HAL
open science

Anthropologie der wende. Kontroversen im alltag der Deutschen vereinigung

Birgit Müller, Emmanuel Terray, Vincent von Wroblewsky

To cite this version:

Birgit Müller, Emmanuel Terray, Vincent von Wroblewsky. Anthropologie der wende. Kontroversen im alltag der Deutschen vereinigung. Berlin : Centre Marc Bloch,, pp.130, 1997, Europe en mutation. Cahier n°5, Centre Marc Bloch. hal-00461237

HAL Id: hal-00461237

https://hal.science/hal-00461237

Submitted on 4 Mar 2010

HAL is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire **HAL**, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.

LES TRAVAUX DU
CENTRE MARC BLOCH

ANTHROPOLOGIE DER WENDE

KONTROVERSEN IM ALLTAG DER DEUTSCHEN VEREINIGUNG

herausgegeben von

Birgit MÜLLER
Emmanuel TERRAY
Vincent von WROBLEWSKY

Berlin 1997

EUROPE EN MUTATION

ANTHROPOLOGIE DES SOCIETES INDUSTRIELLES

ANTHROPOLOGIE DER WENDE

KONTROVERSEN IM ALLTAG DER DEUTSCHEN VEREINIGUNG

herausgegeben von

Birgit MÜLLER

Emmanuel TERRAY

Vincent von WROBLEWSKY

CAHIER N° 5

MAI 1997

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

1997 © Centre Marc Bloch
Schiffbauerdamm 19
D-10117 Berlin

ISBN 2-11-089651-5

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Inhalt

Vorwort
Etienne François 5

Einleitung
Birgit Müller, Emmanuel Terray 7

Machtwechsel im Betrieb in der Wendezeit
Diskussion am 21.04.1993 13

Dem Gewinner gehört der Lorbeerkranz
Das Schicksal des DDR-Leistungssports seit der Vereinigung
Diskussion am 16.06.1993 39

Lokalpolitik in Eberswalde
Diskussion am 30.06.1993 57

Von der Bürgerbewegung ins Abgeordnetenhaus
Diskussion am 10.11.1993 81

Dramatische Wende am ostdeutschen Theater
Diskussion am 13.06.1994 109

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Vorwort

Etienne François

Das Forschungsseminar über die „Anthropologie der Wende", dessen ausgewählte Beiträge der vorliegende Band präsentiert, war die erste Forschungsinitiative, mit der das Centre Marc Bloch seine Arbeit in Berlin begann. Die Veranstaltung besaß in unseren Augen eine solche Bedeutung, daß wir sie sogar noch vor der offiziellen Einweihung des Zentrums abhielten.

Warum jedoch diese Eile? Ich möchte an dieser Stelle nur zwei Gründe anführen:

1. Es war unsere Überzeugung, daß die intellektuellen und wissenschaftlichen Herausforderungen der Veränderungen in Deutschland nach 1989 dazu drängen, nach neuen Zugängen und Analysemethoden zu suchen, welche die engen Grenzen der Disziplinen überschreiten. Dabei sollten in unseren Augen die Erfahrungen und Praktiken der Sozialanthropologie einen zentralen Platz einnehmen.

2. Daneben hofften wir, daß wir als „Neulinge", die außerhalb der disziplinären und politischen Zugehörigkeiten in Deutschland stehen, aber zugleich durch vielfältige Verbindungen und Freundschaften mit Forschern und Akteuren aus Ost und West verbunden sind, möglicherweise eine besondere Rolle für den Dialog und das wechselseitige Verständnis spielen könnten.

Natürlich war dieses Pilotprojekt in erster Linie ein Experiment. Kann es jedoch im Rückblick auf die vergangenen vier Jahre als ein Erfolg betrachtet werden? Über den vorliegenden Band hinaus, dessen Gelingen ich dem Urteil der Leser überlassen will, möchte ich mich hier auf zwei Beobachtungen beschränken:

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Einerseits hat sich leider unsere anfängliche Hoffnung, nach der das Projekt auch in der deutschen Wissenschaftslandschaft einer der in Frankreich oder den angelsächsischen Ländern vergleichbaren Sozialanthropologie zum Durchbruch verhelfen könne, nur teilweise erfüllt: So löste sich nicht nur der als Fortsetzung dieses Experiments gegründete „Verbund Sozialanthropologie der Industriegesellschaften" schon nach drei Jahren auf, auch allgemein erwies sich der „Durchbruch" als schwieriger, als wir zu Anfang gedacht hatten. Obwohl die Widerstände hierbei stärker waren als erwartet, scheint sich die Sozialanthropologie nun jedoch allmählich durchzusetzen. Eine solche Hoffnung gestatten zumindest die Diskussionen über die Projekte zur Gründung eines neuen Instituts für Ethnologie.
Andererseits wurde unsere Überzeugung, daß es notwendig sei, den Dialog zwischen den verschiedenen Disziplinen der Sozialwissenschaften zu stärken, im Laufe der Zeit bekräftigt. Die Praxis der permanenten Konfrontation von Zugängen und Methoden ist daher auch zum grundlegenden Prinzip geworden, auf dem die Arbeit des Centre Marc Bloch beruht. Die Erfahrung hat dabei ebenfalls gezeigt, daß ein solcher Dialog nur dann fruchtbar ist, wenn jede Disziplin ihre eigene Besonderheiten wiederfindet. Weit davon entfernt, die Disziplinen abzuschaffen, trägt die Interdisziplinarität eher dazu bei, diese auf ihre Originalität zurückzuführen.

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Einleitung

Birgit Müller
Emmanuel Terray

Berlin im September 1992: Das deutsch-französische Zentrum für sozialwissenschaftliche Forschung, das zukünftige Centre Marc Bloch, öffnet seine Pforten. Es bezieht fünf Büros im vierten Stock des Akademiegebäudes in der Jägerstraße 22-23 in Ostberlin und beginnt umgehend, mit Wissenschaftlern aus Ost- und Westberlin wissenschaftliche Aktivitäten zu entwickeln. Eine der ersten ist das Seminar „Anthropologie der Wende", von dem die folgenden Kapitel einige Sitzungen wiedergeben werden. Die Organisatoren, Emmanuel Terray, Birgit Müller und Isabelle Cribier, Sozialanthropologen, Effi Böhlke und Vincent von Wroblewsky, Philosophen, laden Sozialforscher ein, die über den Alltag der großen politischen und ökonomischen Veränderungen in Deutschland, auch „Wende" genannt, nachgedacht haben und bitten sie, einige Akteure als Vortragende und Diskussionspartner dazuzuladen. Wir möchte hier nur kurz die Gründe darstellen, die fünf Wissenschaftler aus Ost- und Westberlin und aus Frankreich dazu veranlaßt haben, gemeinsam dieses Seminar zu organisieren und ihm die Form zu geben, die es schließlich angenommen hat.

Im Herbst 1992 ist die Mauer des traurigen Erinnerns seit drei Jahren gefallen und der Prozeß der deutschen Einigung und Wiedervereinigung ist in vollem Fluß. Er bietet den Sozialwissenschaftlern und vor allem den Anthropologen nicht nur einen originellen Gegenstand, sondern stellt sie auch vor neue Herausforderungen. Hier also ein Volk - das deutsche Volk - das abgesehen von zahlreichen regionalen Unterschieden, eine gemeinsame Sprache und intellektuelle Kultur hat und das zwischen 1870 und 1945 auch eine gemeinsame Geschichte als Staat besitzt, der es aber seit 1945 am liebsten entkommen möchte. Nach dem Krieg und der

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Niederlage ist dieser Staat in zwei Teile geteilt, die bald unterschiedliche Wege gehen werden. Schnell gräbt sich eine Grenze zwischen den beiden Deutschland. Von 1961 an trennt sie eine scheinbar undurchdringliche Mauer, und sie hält dreißig Jahre lang, bis sie dann 1989 innerhalb von Stunden fällt.

Von den Westdeutschen der Nachkriegsgeneration wurde die DDR als das andere Land begriffen, nicht nur definiert durch eine nicht zu übersehende Grenze, die Mauer, sondern auch durch das Gefühl, daß ihnen seine Bewohner in ihrem Denken und Handeln fremd waren. Als dann im November 1989 die Mauer fiel, vollzog die ältere Generation im Westen und die junge Generation im Osten die deutsche Einheit im Namen der gemeinsamen Wurzeln aller Deutschen. In unzähligen Reden wurden die Gemeinsamkeiten zwischen den Deutschen beschworen und vierzig Jahre unterschiedlicher Entwicklung ausgeblendet.

Diese Beschwörung des Gemeinsamen und die gleichzeitige Erfahrung der Fremdheit, des Nichtwissens und Nichtverstehens hat uns als Anthropologen fasziniert und war uns suspekt: Welche gemeinsamen Werte wurden dort beschworen, wo kamen sie her und wer brachte sie ein? Es war unschwer festzustellen, daß es die Werte der bundesrepublikanischen Gesellschaft waren, die dort vorangestellt wurden, der aus dem „Wirtschaftswunder" der fünfziger Jahre heraus entstandene Glaube an die Leistungsfreudigkeit der Deutschen, ihr Arbeitswille und ihre Disziplin. Es wurde nicht der Versuch unternommen, die Fremdheit zwischen den Deutschen zu begreifen, obwohl die meisten Ostdeutschen schon vor der formalen Vereinigung darauf beharrten, daß sich in vierzig Jahren sozialistischer Planwirtschaft etwas Eigenes entwickelt hatte, das sie verstanden und respektiert wissen wollten.

Was ist dieses Eigene, was ist das Ergebnis dieser vierzigjährigen Trennung? Versuchen wir uns vorzustellen, was aus Frankreich geworden wäre, wenn die Demarkationslinie von 1940 vierzig Jahre lang erhalten geblieben wäre. Wie können wir 1989 die beiden Teile der deutschen Gemeinschaft charakterisieren? Hat die Spaltung zwei Völker entstehen lassen? Wahrscheinlich nicht. Zwei Nationen? Zweifellos ist das nicht der Fall, denn die Ohnmacht der Führenden der DDR, als sie versuchten eine autonome Nation zu schaffen, ist einer der maßgeblichen Gründe für ihr Scheitern. Und zwei Kulturen? Hier muß die Antwort schon nuancierter sein und hängt von der Genauigkeit unserer Definition von

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Kultur ab. Vielleicht müßte man neue Konzepte entwickeln, um die beiden Parteien zu charakterisieren, die sich im Prozeß der Vereinigung gegenüberstehen. Auf jeden Fall haben alle diejenigen, die den Prozeß der Vereinigung beobachten - Forscher, Journalisten, Schriftsteller, Essayisten oder auch aufmerksame Bürger und Besucher - das Gefühl von zwei „Welten", die sich ignorieren und sich gegenseitig mißtrauen. Alle messen die Dicke der Mauer des Unverständnisses, der Vorurteile, der Abneigungen und Mißverständnisse, die „in den Köpfen" immer noch die beiden Deutschland und die beiden Berlin trennt.

Wie auch immer ihre Gemütslage sein mag, schließlich haben die Deutschen und Berliner nicht mehr die Wahl. Im März 1990 haben die Ostdeutschen für die Einheit gestimmt, die Westdeutschen haben sie toleriert. Wußten sie, was sie erwartet? Man könnte lange darüber debattieren; aber wie dem auch sei, die Weichen sind nunmehr gestellt. Wie leben die Deutschen diese Transformation, die vor allem die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Ostdeutschen völlig umkrempelt? Welche Vorstellungen haben sie davon, und welche Erklärungen geben sie? Welche Strategien erfinden sie, um ihr entgegenzutreten und um in ihr zu bestehen? Von der tristen Nostalgie bis zur eifrigen Anpassung, vom aktiven Widerstand bis zum Sprung ins Vergnügen oder ins Reisen, von der resignierten Passivität der „inneren Emigration" bis zur aktiven Einmischung, zahlreiche Varianten zeigen sich dem Beobachter und sind verbreitet je nach Alter und Generation, nach beruflicher und sozialer Einbindung und nach Ausbildungsstand. Mit anderen Worten, die deutsche Vereinigung bietet dem Sozialforscher ein spannendes Beobachtungsfeld.

Die Sozialanthropologen können aus mindestens drei Gründen bei der Erkundung eines solchen Feldes einen besonderen Beitrag leisten - dies war jedenfalls unsere Überzeugung: Zunächst einmal ist der Forscher in der DDR mit einer Gesellschaft konfrontiert, deren schriftliche Ausdrucksmöglichkeiten weitgehend von der staatlichen Macht vereinnahmt wurden. Die Archive, die Zeitungen und die meisten Bücher, die veröffentlicht werden konnten, sind sicherlich wertvolle Dokumente, aber sie reproduzieren im wesentlichen den Standpunkt der Herrschenden. Um Zugang zur Meinung der Beherrschten zu erlangen, müssen wir ihre Erinnerung befragen, auf das Zeugnis der Akteure zurückgreifen und aufschreiben, was sie uns heute über ihre jüngst vergangene Vergangenheit berichten wollen. Hier kreuzen sich die Wege der Historiker und An-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

thropologen in ihrem gemeinsamen Bemühen, die Vergangenheit zum Sprechen zu bringen und ihre Interpretationen im Wandel der Zeit wahrzunehmen.

Angesichts einer unterdrückenden und kontrollierenden Staatsmacht haben große Teile der DDR-Bevölkerung Zuflucht und Schutz in einfachen Formen der Gemeinschaft gesucht, auf die die Autoritäten wenig Zugriff hatten: die Familie, die Nachbarn, der Freundeskreis, das Kollektiv der Arbeitskollegen, die Sportsfreunde, der Gesangsverein sind zu Räumen relativer Freiheit geworden, oder wie Günter Gauss sagte, zu „Nischen", in die sich der „einfache Bürger" zurückzieht. Im Alltag der DDR-Bürger, nahmen diese Gemeinschaften „an der Basis" einen großen Platz ein. Mit der Vereinigung verlieren sie einen Teil ihrer Bedeutung und ändern langsam und unspektakulär ihren Charakter. Kleine soziale Einheiten mit dichter Interaktion zu untersuchen war seit Bestehen der Disziplin Spezialität der Anthropologen. In der Auseinandersetzung mit den Konsequenzen der Vereinigung wird der Forscher jedoch ständig über kleine soziale Einheiten hinaus verwiesen und muß den langsamen Wandel im Alltag in Verbindung mit dem Lauf der „großen" historischen Ereignisse setzen.

Die Stärke des anthropologischen Ansatzes ist die Anlage auf Dauer, die Suche nach dem beständigen Dialog mit den Akteuren und die Teilnahme und Anteilnahme an den Ereignissen und Beziehungen ihres Alltags. Erst in der Kontinuität der Beziehung erschließt sich die Natur der Veränderungsprozesse, denen die Akteure unterworfen sind, und es wird der Bezug zwischen gesellschaftlicher Veränderung und dem Handeln von formellen und informellen Gruppen und Individuen deutlich.

Im Herbst 1992, in einer Phase der zunehmenden ost-westdeutschen Sprachlosigkeit, versuchten die Anthropologen am Centre Marc Bloch, den Dialog, den sie in ihrer Feldforschung begonnen hatten, fortzusetzen und einen Austausch von Gedanken, Erlebnissen und Meinungen zwischen Forschern und Akteuren, und zwischen Ost- und Westdeutschen herbeizuführen. Die Aufgabe erschien zunächst kompliziert: zwischen West- und Ostdeutschen war der Dialog schwierig; ob zu Recht oder Unrecht, die ersteren fühlten sich mißverstanden und verachtet; die zweiten - obwohl sie manchmal fast rührend gute Absichten hatten - waren ungeschickt, zu rasch mit dem Urteil und mit der Verurteilung. Das Centre Marc Bloch bot jedoch als „extraterritoriales" französisches Gebiet be-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

sondere Ausgangsmöglichkeiten. Seine „Neutralität" bewirkte, daß sich hier Ost- und Westdeutsche zum Gespräch und zur kontroversen Debatte treffen konnten, ohne daß die einen oder anderen auf einen institutionellen Heimvorteil verweisen konnten.

Die Anthropologen des Centre wollten jedoch nicht nur ein Forum für den Ost-Westdialog eröffnen, sie wollten auch die Überlegenheit des Forschers selbst in Frage stellen. Seit das Verhältnis zwischen Forscher und Subjekt als ein Machtverhältnis identifiziert worden ist, bemühen sich Anthropologen, ihr Verhältnis zu ihren Forschungssubjekten deutlich zu machen und ihnen auch in ihren Schriften eine Stimme zu geben. Die Fragen, die vermehrt gestellt werden sind: Was denken die handelnden Subjekte über das, was über sie ausgesagt wird? Wie schätzen sie das Bild ein, das die Forschung von ihnen vermittelt? Warum sollte dem Forscher das letzte Wort bleiben, warum sollte er nicht auch in seiner Verstricktheit mit dem Gegenstand analysiert werden?

In der Seminarreihe „Anthropologie der Wende" standen die Forscher den Akteuren direkt gegenüber, waren sie in einen öffentlichen Dialog verstrickt, zu dem sich noch zahlreiche andere Stimmen gesellten. In jeder unserer Veranstaltungen waren die Forscher mit Akteuren konfrontiert, die sie beobachtet und deren Verhalten sie analysiert hatten und die nun ihrerseits die Äußerungen der Forscher kritisch betrachteten und kommentierten. Wir zeichneten die daraus folgenden Debatten auf Tonband auf, transkribierten sie und überarbeiteten sie sprachlich und stilistisch, um sie lesbarer zu machen. Von den rund fünfundzwanzig Veranstaltungen, die zwischen 1992 und 1994 in dieser Reihe stattgefunden haben, haben wir hier nur fünf ausgewählt. Sie betreffen die Themen: Industriearbeit, Theater, Bürgerbewegung, Lokalpolitik, Leistungssport. Sie geben ein anschaulichen Bild von den Debatten wieder, die im Jahre III der Wende geführt worden sind, in der Suche nach Verständigung, Abgrenzung und Bewertung der Folgen der großen politischen und ökonomischen Veränderungen im Leben der Deutschen. Heute, 1996, sind sie bereits Geschichte, denn Debatten zu diesen Themen werden bereits anders oder gar nicht mehr geführt.

Prag, Paris im Dezember 1996

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Machtwechsel im Betrieb in der Wendezeit

Diskussion am 21.04.1993 mit:

Effi Böhlke	Philosophin
Georg Elwert	Sozialanthropologe
Thomas Edeling	Soziologe
Norbert Falk	Produktionsleiter
Etienne François	Historiker
Horst Froberg	Facharbeiter
Andreas Grohs	Facharbeiter
Sophie Kotanyi	Filmemacherin
Birgit Müller	Sozialanthropologin
Wolfgang Schäfer	Facharbeiter
Marianne Schulz	Soziologin
Dieter Türzer	Facharbeiter
Wolfgang Weber	Maler
Vincent von Wroblewsky	Philosoph

Birgit Müller:
Ich freue mich ganz besonders, daß auch Leute aus den Betrieben, wo ich jetzt einige Zeit verbracht habe, den Weg hierher gefunden haben in diese heiligen Hallen der Akademie der Wissenschaften. Das macht mich natürlich auch besonders nervös. Als Sozialwissenschaftler erzählen und schreiben wir viele Dinge, die meist nicht von den Akteuren überprüft

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

werden. Heute sind Sie hier, um mich zu korrigieren, und die Schlußfolgerungen, die ich ziehe, werden dadurch wesentlich angreifbarer.

Ich habe diesen Vortrag genannt: „Macht und Einfluß im Betrieb der Wendezeit". Im Laufe meiner Forschung konnte ich den Aufbau und die Entwicklung neuer Machtgefüge in den Betrieben an meiner eigenen Stellung als Forscherin im Betrieb nachvollziehen. Nach den ersten Kontakten im Mai 1990 war ich im Sommer 1990 für längere Zeit in zwei Betrieben in Ostberlin, in einer Firma, die Lampen herstellte, und in einer anderen, die Rundschalttischautomaten herstellt. Das sind Industrieroboter - allerdings ohne Arme. Auf einem Tisch von 2 m Durchmesser wandern zu montierende Teile im Kreis von Station zu Station und werden zu kleinen elektronischen oder elektrischen Elementen zusammengesetzt. 1991 kam dann noch ein dritter Betrieb hinzu, der Personenaufzüge herstellte und der von einem multinationalen Unternehmen übernommen worden war. 1990 war in den Betrieben die Situation noch völlig offen, und die Beschäftigten - auf allen Ebenen im Betrieb - waren sehr offen für Gespräche. Es existierte ein Machtvakuum. Das hatte zur Folge, daß man sich über alles unterhalten konnte und daß die Beschäftigten nicht die Befürchtung hatten, daß das, was ich jetzt von ihnen erfuhr, gegen sie verwendet werden konnte. Die Leute, mit denen ich mich unterhielt, hatten Lust, einem Wessi wie mir zu erzählen, wie die Planwirtschaft funktionierte und wie sie damals gearbeitet hatten.

Sie versuchten auch, Vorurteile, die sie bei ihren Westkollegen und Westverwandten festgestellt hatten, auszuräumen und Dinge zu erklären, von denen sie dachten: das können die Westler einfach nicht verstehen.

Heute, 1993, ist die Situation eine ziemlich andere geworden - auch für den Sozialwissenschaftler im Betrieb. Nicht, daß die Leute unfreundlich zu mir wären! Sie erzählen mir auch eine ganze Menge. Aber ich empfinde, wenn ich im Betrieb bin, daß ich zerrieben werde zwischen Interessensgegensätzen und daß ich mit meiner Forschung mitten in einen Machtkampf hineingerate. Die Leiter wie die Arbeitenden, die Meister wie die Leute an den Maschinen haben das Gefühl, ich könnte etwas erfahren, was ich möglicherweise dann jemandem weitererzähle, der es dann negativ für den einen oder anderen auswerten könnte. Das wird alles nicht so offen ausgesprochen, aber das Gefühl ist unterschwellig da,

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

wenn ich als Feldforscherin im Betrieb bin. Manchmal wird das Unbehagen auch offen ausgesprochen, man sagt halb scherzhaft: „Vorsicht, die schreibt alles mit, was ihr jetzt sagt." Oder ich bekomme erzählt: „Ach, nun lassen Sie uns doch mal alleine reden." Meine Schwierigkeiten als Forscherin sind symptomatisch für die reale Situation, in der sich neue Machtgefüge entwickelt haben. Diese Entwicklung von neuen Macht- und Einflußbereichen im Betrieb möchte ich hier hinterfragen: Wie hat sich Macht und Einfluß für die Manager oder die Leiter in den Betrieben verändert, wie für die Mittler - oder sagen wir Meister -, die auf der mittleren Ebene stehen, und wie für die Produzierenden bzw. für die Vertreter der Produzierenden, nämlich die Betriebsräte? Wie haben sich diese Macht- und Einflußbereiche verschoben und verändert im Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft?

Zunächst müssen wir vielleicht mal kurz klären, was der Begriff Macht überhaupt beinhaltet. Ich will mich hier nicht in weitschweifige theoretische Überlegungen stürzen. Ich möchte nur kurz zwei Leute, die dazu Entscheidendes gesagt haben, erwähnen: der eine ist Max Weber, ein Soziologe vom Anfang dieses Jahrhunderts. Weber meinte, daß Macht haben bedeutet, die Handlungen anderer zu kontrollieren und auf ein bestimmtes Ziel hin zu lenken. Um diese Handlungen zu kontrollieren, benutzt derjenige, der die Macht ausüben will, bestimmte Instrumente, versucht zum Beispiel auch, Meinungsäußerungen zu kontrollieren, die Beziehungen zwischen den Leuten, die er kontrollieren will, zu überwachen, zu spalten oder zu manipulieren. Eine ganz andere Definition von Macht hat Hannah Arendt. Sie sagt: Das, was Weber als Macht bezeichnet, ist nichts anderes als Gewalt. Kontrolle über andere Menschen auszuüben, das ist Gewalt. Was Arendt Macht nennt, das ist die menschliche Fähigkeit, gemeinsam zu handeln in Abstimmung und Übereinstimmung mit einer Gruppe; einen Konsens herzustellen zwischen den handelnden Mitgliedern dieser Gruppe. Dieser Konsens kann nur erreicht werden, wenn die Leute in dieser Gruppe wirklich frei sind und uneingeschränkt miteinander reden können. Diese uneingeschränkte Kommunikation zwischen den Mitgliedern dieser Gruppe, das ist für Arendt Grundlage von Macht, das Ziel an sich. Ich werde diese beiden Definitionen von Macht nehmen und sie in diesem Vortrag als zwei Facetten von Macht betrachten. Einmal die zielgeleitete Vorstellung von Macht, daß man irgendetwas erreichen will mit dem Mittel, andere zu kontrollieren, und zum anderen die Vorstellung, daß man in sich selber ruhend als Gruppe,

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

gemeinsam in uneingeschränkter Kommunikation, in Freiheit handeln kann.

Wie hat sich Macht in Betrieben der Planwirtschaft dargestellt? Dadurch, daß der Plan, so wie er aufgestellt wurde, eigentlich nie ausgeführt wurde, schlossen die Leiter und die Arbeitenden einen „Planerfüllungspakt", um die Unzulänglichkeiten der zentralen Planung auszugleichen. Dieser informelle Pakt, der nirgendwo offiziell niedergelegt wurde, äußerte sich zum Beispiel so, daß die Arbeiter in einer Abteilung bereit waren, Wochenendarbeit zu machen, also Sonnabend und Sonntag zu arbeiten, wenn das lange erwartete Material ankam, daß sie aber als Gegengabe von ihrem Meister erwarteten, daß sie auch mal öfter ein Päuschen machen konnten. In dem Lampenbetrieb, den ich mir angesehen habe, hatten die Arbeiter ihre Ecke unten am Fluß, wo sie sich hinsetzten, unterhielten und ein Gläschen tranken. Sie wurden dort vom Meister in Ruhe gelassen, weil sie als freiwillige Gegengabe bereit waren, übers Wochenende zu arbeiten. Wenn etwas nicht funktionierte, wenn keine Ersatzteile für die Maschinen da waren, dann mußten sie auch bereit sein, zu improvisieren.

Für mich stellte sich nicht die Frage: Warum haben die Leute so wenig gearbeitet? Sondern im Gegenteil: Warum haben sie so viel getan, obwohl es doch wenig Handhabe gab, sie zu kontrollieren, und obwohl sie die Arbeitsorganisation, die sie im Betrieb vorgefunden hatten, als irrational und blödsinnig betrachteten.

Es war in den Zeiten des Planerfüllungspaktes nicht unbedingt attraktiv, ein Meister zu sein. Der Meister wurde geduzt von oben und von unten, also von den Vorgesetzten und den Leuten, denen er vorgesetzt war, und er war nicht unbedingt eine Respektperson. Deswegen sind viele Arbeiter, die die fachlichen Qualifikationen besaßen, keine Meister geworden, weil sie diese Position, in der sie von oben und von unten getreten wurden, nicht haben wollten. Manche Meister hatten gar nicht die fachlichen Qualifikationen und wurden dann natürlich auch von den Arbeitern in den Abteilungen nicht ernst genommen. Es gab im Betrieb so etwas wie eine Einigkeit in der Verteidigung der Betriebsinteressen gegenüber den vom Staat vorgegebenen volkswirtschaftlichen Interessen. Das machte sich vor allem an zwei Sachen fest: Im Interesse der Volkswirtschaft der DDR lag es natürlich, daß die begrenzte Zahl der Beschäftigten möglichst viel herstellte für die gesamte Volkswirtschaft. Aber erstens hatte

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

der gesamte Betrieb ein In-teresse daran, eine möglichst niedrige Planauflage zu bekommen, um möglichst wenig produzieren zu müssen, und zweitens lag es im Interesse des Betriebes, möglichst viele Arbeitskräfte einzustellen, um seine Planauflage erfüllen zu können. Dies ist das absolute Gegenteil von dem, was heute in der Marktwirtschaft Betriebsinteresse ist.

Es gab natürlich auch Gegensätze zwischen der betrieblichen Leitung und den Produzierenden, den Arbeitern. Einerseits gab es ständig ein Gerangel um Produktivität. Den Arbeitsrhythmus konnten sie strategisch einsetzen, um sich damit bestimmte Freiräume zu erkaufen. Diese Räume waren nicht nur relativ frei von Arbeitsdruck, sondern sie waren auch relativ frei von ideologischer Kontrolle. Gleichzeitig haben die Betriebe, in denen ich war, noch bis 1989 den sozialistischen Wettbewerb durchgeführt. Das heißt: Sie haben Wandzeitungen gemacht, Brigadetagebücher geschrieben; die Arbeitenden haben an politischen Veranstaltungen teilgenommen - natürlich nicht alle, und meist wurden die Abwesenheiten kaschiert. Dann mußten sich - je nach Einstellung des Betriebsdirektors - die Leute auch Arbeitsbesprechungen mit gleichzeitiger politischer Schulung anhören. Diese ideologische Produktion richtete sich nach dem, was offiziell gepredigt wurde. Das heißt, man orientierte sich am „NEUEN DEUTSCHLAND", und davon abwärts bis zum Betrieb wurde eine bestimmte ideologische Linie reproduziert. Die besagte, um es auf einen Satz zu bringen: „Es geht voran, und die Planwirtschaft ist rational und vernünftig!" Die Beschäftigten mußten in allen möglichen Variationen immer wieder wiederholen: „Die Planwirtschaft ist rational und vernünftig." In ihrer tatsächlichen Praxis jedoch mußten sie immer wieder feststellen: „Das kann doch nicht rational sein, daß ich hier schon wieder zwei Monate auf Material warte!" oder: „Das kann nicht rational sein, wie man hier zum Beispiel Investitionen bekommt für einen Betrieb!" Sie sahen die Unzulänglichkeiten im täglichen Betriebsleben, mußten aber immer wieder reproduzieren: „Es ist in Ordnung, es geht voran."

Ein Mittel, sich dagegen zu wehren, war, den sozialistischen Wettbewerb so routiniert wie möglich zu gestalten, zum Beispiel, indem man jedes Jahr wieder die gleichen Artikel an die Wandtafel hängte. Im Januar etwas zu Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, was man schon einmal vor vier Jahren ausgeschnitten hatte. Mancher Betriebsleiter prüfte jedoch ganz genau, ob das nun neue oder alte Artikel waren. Dies führte

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

dann manchmal dazu, daß die Stecknadeln immer wieder in die gleichen Löcher der alten Zeitungsausschnitte gesteckt wurden. Manche meiner Gesprächspartner waren stolz darauf, daß sie es geschafft hatten, innerhalb von fünf Minuten eine Wandzeitung fertigzustellen. Sie hatten die Köpfe der wichtigsten Regierungschefs der Bruderländer schon in der Mappe und setzten sie dann einfach nur in die Tafel ein.

Es gab auch ein anderes Element von Sich-Widersetzen in diesen Strukturen. Das waren die nicht enden wollenden Gespräche über die Unfähigkeit der Leiter und Meister. Wenn wir den Begriff von Hannah Arendt nehmen, dann gab es zwar keine uneingeschränkte Kommunikation, aber es gab doch Widerspruch in Gruppen von Arbeitenden. Diskussionen und Debatten auch politischer Art entwickelten vielleicht keinen Konsens, aber unterschiedliche Vorstellungen traten doch immer offener zutage. In den achtziger Jahren wurde auch immer offener innerhalb des Betriebes diskutiert und auch versucht, die ideologische Kontrolle auf der Betriebsebene abzuschütteln und zu verändern.

Es ist nicht so, daß die Wende vom Himmel gefallen wäre, sondern es hat durchaus schon Kommunikationsstrukturen gegeben, in den Betrieben, wo bestimmte Entwicklungen diskutiert und überlegt wurden. Als dann die Wende kam, war im Frühjahr 1990 eine revolutionäre Vorstellung von Gesellschaftsveränderung in den Betrieben vorhanden, wenn man revolutionär als Umkehrung der Verhältnisse definiert, als eine Welt, die vom Kopf auf die Füße gestellt wird. In den beiden ersten Betrieben hatten die Arbeitnehmervertretungen, das heißt die BGL, und die Arbeitenden auf den mittleren und unteren Rängen das Gefühl: „Wir müssen jetzt den Betrieb übernehmen, wir müssen jetzt den Betrieb managen, wir sind es, die ihn in die Marktwirtschaft hineinführen müssen."

Im Frühjahr 1990 wurden die Leiter als „rote Socken" abgeschrieben, und die versteckte Kritik an ihnen wurde jetzt offen geäußert. Das zeigte sich in der Lampenfabrik daran, daß man versuchte, die Leiter abzuwählen über Betriebsversammlungen und Petitionen und mit dem Versuch, die Mitarbeiter zu einer Demonstration zu mobilisieren, was aber letztendlich nicht geklappt hat. Das äußerte sich in der Aufzugsfertigung darin, daß die Belegschaftsvertreter versuchten, sich der alten Leiter zu entledigen, obwohl schon westliche Unternehmen zur Übernahme bereitstanden. Angestellte in den mittleren Rängen in der Automatenfabrik ver-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

suchten, den Betrieb an die Marktwirtschaft anzupassen, indem sie auf Kundensuche gingen, was den Strategien der oberen Leiter widersprach.

In dieser Phase kam ich in die Betriebe. Die Leiter setzten sich in diesem Moment hauptsächlich damit auseinander, daß ihre Kompetenz in Frage gestellt worden war. Sie waren weniger darum bemüht, die Betriebe in die Marktwirtschaft zu führen, als ihre eigene Position zu retten. Sie wurden außerdem damit konfrontiert, daß jetzt ihre Person als politische Autoritätsperson völlig in Frage gestellt war und daß die Autorität, die sie vorher hatten und auf die sie ihre vorige Macht begründet hatten, völlig weg war. Bei den Betrieben, die von der Treuhand betreut wurden, waren die Geschäftsführer noch bis spät in den Herbst 1990 nur Geschäftsführer auf Abruf und konnten jederzeit von der Treuhand abgelöst werden. Die Geschäftsführer waren daher vorsichtig, wie sie mit ihrer Belegschaft umgingen.

Die Strategie, die die Arbeitenden in dieser Phase verfolgten, war die zu sagen: „OK, wir übernehmen jetzt den Betrieb." Es geisterten im Frühjahr 1990 viele Ideen über Belegschaftsaktien, Anteile am Volksvermögen durch die Betriebe. Die wurden aber relativ schnell - erstmal mit der Wahl im März 1990 und später dann nach der Währungsreform im Juli 1990 - ad acta gelegt. Schließlich wurden im Herbst 1990 die Leiter wieder zu Geschäftsführern und zu Durchführenden einer restriktiven Politik. Die Arbeitenden mußten feststellen, daß ihr Ziel, einen erfolgreichen Betrieb zu haben, in dem sie mitbestimmen und in dem sie über sich selbst bestimmen konnten, fehlgeschlagen war. Die Leiter waren wieder eingesetzt, und es waren meist die gleichen Leiter wie vorher. Diese Leiter hatten nicht unbedingt als erstes Ziel den wirtschaftlichen Erfolg des Betriebes im Auge, sondern eher den Erhalt ihrer Position. Das äußerte sich zum Beispiel dadurch, daß manche Direktoren eine panische Angst vor Aufkäufern hatten. Sie wollten auf keinen Fall, daß der Betrieb von einem westlichen Unternehmen gekauft wurde, weil sie befürchteten, dann ihre Position als Leiter zu verlieren. Die andere Strategie, die diese wiedereingesetzten Leiter bzw. von der Treuhand mit Macht versorgten Leiter verfolgten, war das Streben nach materiellem Besitz. Der Leiter dieser Lampenfabrik war nicht mehr daran interessiert, möglichst viele Lampen herzustellen oder Kunden für seine Lampen zu finden, sondern sein Interesse war es, Besitzer des Betriebes zu werden. Im dritten Betrieb sicherte sich der Leiter seine Position dadurch, daß er dafür sorgte, daß schon sehr früh Gespräche mit westlichen Interessenten statt

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

fanden, an denen er maßgeblich beteiligt war. Er behielt zwar die Position des Betriebsleiters, aber er verlor Macht und Einfluß. Vom Arbeiter unten in der Montage bis zu den Managern in den Chefetagen nahm niemand ihn so richtig ernst. Nach den ersten Entlassungen im Herbst 1990 mußten die Arbeitnehmer feststellen, daß sie nun keine unersetzlichen Mitglieder des Betriebes mehr waren. Sie mußten die Erfahrung machen, daß sie plötzlich auswechselbar waren. Selbst wenn sie im Betrieb blieben, hatten sie viel vom Gefühl der Wichtigkeit für den Betrieb verloren. Gleichzeitig konnten die Leiter ihre Machtpositionen stärken. Die Utopie vom Anfang 1990, daß die Arbeitnehmer den Betrieb regieren und managen können, war völlig verschwunden.

In dieser Phase des Übergangs regelten die Betriebsräte nicht viel mehr als den Zusammenbruch. In der Lampenfirma wurde der Betriebsrat kurz vor der Betriebsratswahl völlig ausgetrickst von der Geschäftsleitung, indem die aktivsten Betriebsräte in die Geschäftsleitung berufen wurden und dadurch nicht wählbar waren für den Betriebsrat. Nach der Betriebsratswahl wurden sie dann wieder abgesetzt. Als die Automatenfabrik von einer Immobilienfirma gekauft wurde, verhielt sich der Betriebsrat weitgehend passiv, stellte sich auf die Seite des Geschäftsführers, argumentierte in seiner Logik und verbreitete Fehlinformationen über mehrere Wochen hindurch. In der strategisch wichtigsten Phase verwehrte er sich dagegen, daß die Arbeitnehmer zu ihm kamen, Informationen haben wollten und die Dinge hinterfragten. Bei dem dritten Betrieb wurde der Betriebsrat der Ostfirma am Anfang von dem Betriebsrat der Westberliner Schwesterfirma in einige Tricks der Betriebsratsarbeit eingeführt. Auch bei Vertragsabschlüssen, Tarifverhandlungen und Entlassungen erhielt er praktische Schützenhilfe vom Westbetriebsrat.

Allerdings war das Verhältnis zwischen Ostberliner und Westberliner Betriebsrat zwiespältig. Der Westberliner Betriebsrat schulte seine Ostberliner Kollegen nicht aus reinem Altruismus, sondern er wollte verhindern, daß im Osten eine Billigproduktion aufgebaut wurde mit einem völlig hilflosen Betriebsrat, dem man dann alle möglichen Maßnahmen unterschieben konnte, die man im Westen nicht hätte durchsetzen können. Diese Schulung des Ostbetriebsrates war ein Mittel, um dafür zu sorgen, daß sich die Konkurrenz im Osten in Grenzen hielt und daß somit nicht im Westen Arbeitsplätze abgebaut wurden. Wenn wir uns jetzt die Ist-Situation ansehen, könnte man sagen: Wir sind tatsächlich in der Marktwirtschaft angekommen. Ein Freund charakterisierte die Si-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

tuation mit dem Satz: „Es gilt nicht mehr gemeinsames Betriebsinteresse gegen Volkswirtschaft, sondern es gibt Antagonismen im Betrieb selber." Wenn wir uns ansehen, was aus den drei Betrieben geworden ist: Der erste Betrieb, die Lampenfirma, ist jetzt liquidiert worden, hat also den völligen Untergang erlebt. Ich habe gestern mit dem zuständigen Mitarbeiter der Treuhand gesprochen. Die Treuhand spielt da ein etwas merkwürdiges Spiel, das anscheinend nur noch darauf hinausläuft, daß man den Betrieb als Immobilie behandelt und nicht mehr als produzierenden Betrieb, obwohl es da einige Angebote und Vorschläge gegeben hat. Der zweite Betrieb überlebt noch dank der Kurzarbeitsregelungen. Er arbeitet allerdings in einer Branche, die in ganz Deutschland zur Zeit in der Krise ist. Die führenden Betriebe in Westdeutschland, seine Konkurrenten, haben jetzt auch Arbeitskräfte entlassen müssen; oder sie sind auf Kurzarbeit. Es ist nun die Frage, ob der Betrieb in der Lage sein wird, sich mit Kurzarbeit durch diese Flaute der allgemeinen Konjunkturschwäche herüberzuretten oder aber, ob es mit dem Ende der Kurzarbeit dann Schluß mit diesem Betrieb ist. Der dritte Betrieb ist mittlerweile ein Vorzeigeinvestitionsprojekt der internationalen Firma geworden. Dennoch ist immer wieder zu hören: „Wir wissen nicht, ob die Produktion hier weitergeführt wird, es gibt ja noch Konkurrenten im Ausland." In dem dritten Betrieb benutzen die Geschäftsleiter die allgemeine Weltwirtschaftslage, die Marktlage, die Konkurrenz als Mittel, um Druck auf die Produzierenden im Betrieb auszuüben. Den Diskurs: „Wir retten den Betrieb" kann man ständig hören als Motivationsmittel, und dennoch ist sich jeder im Betrieb darüber im klaren, daß dieser „Wir ziehen alle an einem Strang"-Diskurs zwiespältig ist, weil die Auswahl der Arbeitskräfte ja doch bei den Leitern liegt, und daß der Wahrheitsgehalt dieser Aussage nur schwer zu bewerten ist. Der Beschäftigte weiß nie: „Wird der Diskurs jetzt nur benutzt, um mehr Produktivität aus uns herauszuholen, oder ist es tatsächlich so, daß unser Betrieb gefährdet ist? Wenn wir jetzt mehr Arbeitskraft verausgaben; dann brauchen wir vielleicht unter Umständen noch weniger Arbeitskräfte im Betrieb." Also dieser „Friede, Freude, Eierkuchen"-Diskurs - wenn ich das jetzt mal so lax ausdrücken kann - ist eigentlich nur vordergründig, und unter ihm ist immer so ein ungutes Gefühl, so ein Gefühl der Angst. Selbst bei einer Personalpolitik, die auf Kooperation hinzielt, geben die Personalchefs zu, daß Angst im Betrieb das letzte und wichtigste Mittel der Herrschaft ist, trotz aller Kooperation und trotz allen alles vereinigenden Diskurses. Durch die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes wird natürlich die Konkurrenz zwischen den Arbeitenden geschürt, obwohl die Arbeiten

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

den gleichzeitig wissen, daß sie nur etwas erreichen können, daß sie eine annehmbare Position im Betrieb nur haben können, wenn sie sich irgendwie zusammenschließen und zusammenhalten. Aber durch diese latente Angst: „Ich könnte jetzt entlassen werden." oder „Der Nächste wird entlassen." oder „Machen wir Kurzarbeit?", „Hat das zu bedeuten, daß nach dieser Überstundenphase wieder eine Kurzarbeitphase kommt?", „Ist mein Arbeitsplatz in Gefahr?", „Ist die Konkurrenz schon vorhanden?", die hat dann zur Konsequenz, daß so etwas wie ein Schleier über dem Betriebsgeschehen liegt. Die Arbeitenden verschleiern ihre Leistungen vor Vorgesetzten und Kollegen, vor Management und Betriebsrat. Sie verschleiern, ob sie mehr arbeiten, und sogar ihre Überstunden vor dem Betriebsrat; und wenn sie gerade keine Lust haben, zu arbeiten, dann verschleiern sie auch, daß sie nichts tun. Es ist ein ständiges Versteckspiel, und auch bei den Leitern werden Informationen über den wirtschaftlichen Stand des Betriebes oder den wirtschaftlichen Stand des Konzerns nur bröckchenweise und strategisch enthüllt, so daß so etwas wie Klarheit nur äußerst selten zustandekommt. Die Leiter stellen sich zwar einerseits als Ansprechpartner zum Lösen von individuellen Problemen dar, andererseits sind sie aber vor allem daran interessiert, die Leistungen der Arbeitskräfte zu maximieren. Da ist also eine Ambivalenz - einerseits der Partner sein zu wollen der Arbeitenden, andererseits aber höchste Leistungen aus ihnen herauszuholen.

Die überträgt sich auf den Betriebsrat. Denn das Interesse des Betriebsrates im Osten ist, daß der Betrieb auf jeden Fall erhalten bleibt. Und dieses Interesse am Erhalt des Betriebes geht auch vor gewerkschaftlichem Interesse, sodaß das Bestreben nach Erhalt des Betriebes immer wieder aufgewogen werden muß gegen das andere Interesse des Betriebsrates, daß er gegen Ausbeutung kämpft, gegen zu niedrige Löhne, gegen Überstunden bei Kurzarbeit. Gleichzeitig ist diese Zwiespältigkeit noch mal gespalten, weil sich der Betriebsrat nicht nur als eine Instanz sieht, die dafür sorgt, daß die Arbeitenden nicht von ihren Betriebsleitern ausgebeutet werden. Die Betriebsleiter selbst sind ja nur Mittler zu den Kapitalhaltern, und im Fall des letzten Betriebes zu dem multinationalen Konzern, dessen Interessen sie in den Betrieb hinein durchsetzen müssen. Manchmal können selbst die Betriebsleiter die Strategien der Konzernleitung kaum richtig durchschauen und richtig einschätzen. Das schwimmt alles in einem Nebel von Unsicherheit.

Bei der Ostberliner Aufzugsfertigung hat der Betriebsrat das Problem,

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

daß er den Standort erhalten will, möglicherweise auch in Konkurrenz gegenüber den Westarbeitnehmern des gleichen Betriebes in Westberlin und auch gegenüber anderen Standorten im Westen, und daß sein Standpunkt sich dadurch manchmal auch vom Gewerkschaftsstandpunkt unterscheidet.

Heute, 1993, wird in der Presse allgemein die Frage gestellt: "Was passiert als nächstes in der ostdeutschen Metallindustrie? Wird es einen Streik geben, wird es einen erfolgreichen Streik geben können?" Die Spaltungen und auch die Ängste und Unsicherheiten sind so stark, daß meiner Meinung nach nur Leute streiken werden, die nichts mehr zu verlieren haben und wo der Betrieb schon fast vor dem Aus steht.

Ich möchte hier gerne mit Ihnen diskutieren: "Was bedeutet es für den Sozialforscher, in so einem konfliktbeladenen Feld, in der Industrie, im Betrieb, zu forschen?" Mein Gefühl ist, daß man zwischen den Fronten steht und daß man sich am Ende einer solchen Feldforschung - ich bin jetzt am Ende angekommen - fast schon wie so eine Stasi-Spitzel fühlt; weil man einfach ins Kreuzfeuer der unterschiedlichen Interessenslagen gerät.

Welche Bedeutung kann Hannah Arendts Definition von Macht im Betrieb haben? Wie stehen die Chancen für die Arbeitnehmer zur Zeit in den Betrieben, durch uneingeschränkte Kommunikation solch eine Macht zu entwickeln? Ich würde dazu sagen: Sie stehen nicht besser als vorher, als zu Zeiten der Planwirtschaft. Der Faktor Angst ist anders geworden, er hat sich verlagert auf eine existentielle Angst um den Arbeitsplatz und nicht nur auf die Angst, daß man mal etwas Verkehrtes sagen könnte am falschen Ort und für die falschen Ohren bestimmt. In den Westbetrieben, die sich am Anfang wie die Reiche der Freiheit darstellten, kann sich so etwas wie Gruppenmacht nur in eingeschränkter Kommunikation entwickeln und auch wieder nur durch die Diskurse, die vor den Herrschenden und den Leitern verborgen werden und die sich im Verborgenen vielleicht entwickeln. Von dort aus mag sich eine Vorstellung von Gesellschaft entwickeln, die dann vielleicht nicht unbedingt aussieht wie Marktwirtschaft und vielleicht auch nicht wie Planwirtschaft, sondern die einem anderen Gesellschaftsideal folgt.

WOLFGANG SCHÄFER:
Du benutzt das Wort „Stasispitzel". Es hat Eingang in unsere Sprache

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

gefunden, dieses Wortspiel: Stasispitzel. Eine Art von Gefühl wird damit ausgedrückt, und keiner weiß, was damit wirklich gemeint ist. Das ist negativ besetzt; das ist DDR-negativ besetzt und ist etwas, was auch jeder unterschiedlich empfindet; der Bundesbürger alt und neu schätzt das unterschiedlich ein, die einen machen daraus Hexenjagd, die anderen fühlen sich verfolgt. Deswegen solltest Du aufpassen.

B. Müller:
Ja, da hast Du recht. Ich denke, es ist wichtig, aufzupassen, was für Begriffe man benutzt und welche Hintergründe die haben. [...]

B. Müller:
Es gab eine Phase, in der man sagte: „Alles ist möglich" ...

Horst Froberg:
Aber es war eher eine Phase, in der alles möglich war.

W. Schäfer:
Man muß von den Zielen ausgehen, die die Leute hatten. Damals hat niemand was von Vereinigung gesagt, es hat niemand was von Anschluß, von späterem Anschluß, von Vereinnahmung gesagt; es hat niemand was von kapitalistischer Wirtschaft geahnt, sondern es ging ganz einfach - soweit mir die Leute in unserem Betrieb bekannt waren - im großen darum, einen reformierten Sozialismus zu machen. Das heißt also: mit kompetenten Leuten an den richtigen Stellen, ohne Wasserkopf-Bürokratie, ganz einfach rationell; so wie es alle gern möchten. Damit was rauskommt und damit sie ihre Arbeit gern machen - um das mal ganz pauschal zu sagen. Es wurden zwar manchmal persönliche alte Kämpfe noch gefochten - das ist auch ganz klar, wenn man zwanzig Jahre zusammenhockt und dann mal ausflippt - das ist ganz logisch. Ich habe mir hier aufgeschrieben: Es gab einen Konsens der Macht in den Betrieben. Da bin ich mir ganz sicher - auch in der Nachbetrachtung -, auch in unserer Abteilung. Es gab einen nicht abgesprochenen, aber doch herrschenden Konsens der Abteilungsleiter, Direktoren und der mittleren Ebene bis zu den Meistern, weil die ja voneinander abhängig waren. Die Arbeiter sind im Endeffekt unabhängig gewesen. Sie wurden überall gebraucht, wenn sie einigermaßen was konnten. Die haben sich eigentlich nicht gerissen. So war auch das Selbstbewußtsein von vielen ausgeprägt.

Die anderen - die Meister - waren zum Teil geduldet, zum Teil lanciert

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

und abhängig durch persönliche Probleme, die von ihren Leitern auch genutzt wurden. Es war kein Meister daran interessiert, daß die Arbeiter gegen ihn waren, dann war der Himmel für ihn nicht mehr da.

Die, die natürlich ganz besonders herausstachen, die wurden auch in - sagen wir mal - konsequenten Abteilungen abgewählt, abgesetzt. Das hat auch in vielen Betrieben funktioniert. In unserem nicht. Aber da war der Konsens der - sagen wir mal - Angestellten und Arbeitern nicht so weit, daß man einen Gegenkandidaten aufstellen konnte. Das hat nie geklappt.

B. MÜLLER:
Die Leute auf der zweiten Verwaltungsebene, die nie diesen Schritt machen wollten der Parteimitgliedschaft; die diesen Schritt in die Hierarchie nie gemacht hatten, weil sie sich geweigert hatten, in die Partei reinzugehen, um diese Reproduktion der offiziellen Ideologie nicht immer durchsetzen zu müssen. Diese Leute hatten auch eine sehr wichtige Funktion in diesen paar Wochen.

W. SCHÄFER:
In anderen Gruppen hat alles so funktioniert, da ist ja die gesamte Machtstruktur weggefegt worden in einer Wahl. Die Leute wurden an den Pranger gestellt. Es wurden ihre Funktionen ganz klar umrissen, und es wurde gesagt: „Sie erfüllen diese Funktionen nicht; also werden sie abgewählt." Und so ist es ja auch passiert. Wir wollen es ja nicht nur an diesen kleinen Betrieben festmachen. Es hängt eben auch immer von Personen ab, die die Geschicke der Betriebe (bestimmen), auch an Personen, die dann sagen: „Ich nehme das Risiko auf mich und werde jetzt Direktor." Es herrscht eine große Verstimmung in der ehemaligen DDR-Bevölkerung, weil sie diese Art Kapitalismus eigentlich nicht wollte. Viele haben es sich gar nicht vergegenwärtigt, was auf sie zukommt. Das ist eben der Widerspruch.

SOPHIE KOTANYI:
Aber alle haben Kohl gewählt!

DIETER TÜRZER:
Wir haben die deutsche Mark gewählt, den Unterschied würde ich schon machen. Wir haben nicht Kohl, sondern die deutsche Mark gewählt. Die Hälfte der Bevölkerung!

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

W. SCHÄFER:
Das ist das Problem. Sie wußten nicht, was in der Gesamtkonzeption auf sie zukommt.

MARIANNE SCHULZ:
Eigentlich wollte man nur den ganzen Wasserkopf abbauen, die Bürokratie. Eigentlich wollten wir bloß ordentlich arbeiten; „Wenn die neue Technik kommt, dann kommt die Rationalisierung. Dann können wir endlich mal zeigen, was wir können ..."

W. SCHÄFER:
Das war zu dem Zeitpunkt, als nichts passierte, als die Leitung sich in einer Abwarte- oder Sitzstrategie übte. Das war ja dieses Machtvakuum. Es konnte ja keiner was machen in den mittleren Betriebsstrukturen. Aber man konnte ja nicht alle Leitungsfunktionen im Betrieb auf einmal wegwählen. Das hätte man nicht tun können, weil der Betrieb in diesem Moment nicht mehr funktioniert hätte. Man hätte sie austauschen können, aber dazu hat man sich auf Fachkompetenzen berufen und gesagt: „Du bist nicht der äquivalente Fachmann, weil du bis jetzt dieses Studium nicht gemacht hast." Man hat die also nach den alten Denkschemata rausgerettet und konnte damit argumentieren.

WOLFGANG WEBER:
Ich würde dazu mal sagen: Auf der ideologischen Ebene war alles verborgen. Günter Gauß hat eine sehr gute Definition gebracht: die Nischengesellschaft. In den Betrieben war es wirklich so, daß die Arbeiter untereinander ein sehr gutes Verhältnis haben, daß sie über alles gesprochen haben, aber eben in dieser Nische. In dem Moment, wenn du nach oben kommst mit deiner Meinung, dann waren da 2,4 Millionen Genossen in der DDR, das eigentliche Machtinstrumentarium in der DDR. „Die Partei, die Partei, die hat immer recht", und letztendlich war die Partei auch die Machtinstitution in den Betrieben. Der Parteisekretär war ja nicht Angehöriger des Betriebes, der war gestellt über die Kreisleitung der SED, die Gewerkschaft war neben der Partei, mehr war sie nicht. Die gewerkschaftlichen Institutionen waren dazu da, die zu verwalten.

NORBERT FALK
Nach vierzig Jahren sozialistischer Entwicklung konnte sich kaum jemand vorstellen, was da noch an Modellen möglich ist, denke ich. Bei uns im Betrieb zum Beispiel war die Überraschung da, und die ersten, die

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

dann reagiert haben, waren die Leute - wie ja schon dargestellt -, die dann im Dezember 1990 schon Kontakte gesucht haben und die überlegt haben: „Wie können wir jetzt und was machen wir jetzt." Ich glaube, in der DDR herrschte Einigkeit darüber, daß wir technologisch nichts zu bieten hatten gegenüber der BRD. Das wußten sogar Politbüro und ZK - ich erinnere an die Messedurchgänge -, und daß der Trabant nicht vergleichbar ist mit dem Mercedes. Daß dann auch die glatte Angst herrschte bei den Kollegen im Betrieb auch auf der mittleren Ebene, die als Diplomingenieure tätig waren. Also war es das Wichtigste, Ausschau zu halten nach kompetenten Partnern. Partnerschaftliche Beziehungen zu knüpfen wurde dann ein Schwerpunkt. Die Kunden waren alles volkseigene Betriebe, die waren auf einmal weg, Entlassung, Kündigung ...

W. SCHÄFER:
Es ist schon sehr wichtig, das mal wieder zu verdeutlichen, weil die Zeit so darüber wegwischt und nur noch das wirklich Aktuelle wichtig ist. Die Macht kam nicht von der Parteizentrale des Kreises oder des Bezirkes, sondern das waren nur Kontrollorgane, die - sagen wir mal - den Ton kontrollierten, (in dem) der Plan ausgeführt wurde. Die wirklichen Entscheidungen wurden vom Ministerium über die Kombinate - damit sie eben den Anschein der Wirtschaftlichkeitsentwicklung hatten-, gemacht. Und das Schlimme war, daß der Betrieb eine Planvorgabe machen mußte. Der hat also aus eigener Einschätzung gesagt: „Ich kann so und so viel produzieren mit den und den Beschäftigten in dem und dem Zeitraum" und hat dann eine doppelt so hohe Forderung bekommen, und es gab dann so ein Mittelding, was zu machen sei. Und allen war klar: Es geht an sich so mit den Gegebenheiten nicht. Und dann wurde gesagt: „Mit besserer ideologischer Arbeit und" - das ist jetzt der Hammer - „mit intensiverer Einflußnahme auf die Belegschaft machen wir das schon!" Das ist der eigentlich springende Punkt. Das wurde dann über die Gewerkschaft durchgesetzt, über das kleinste Kollektiv, die Arbeitsgruppe am Arbeitsplatz. Aber ich kenne auch Arbeitsgruppen oder Kollektive, die nicht nur nach der offiziellen Lesart Gewerkschaftsarbeit gemacht hatten, sondern wo sich wirklich Beziehungen entwickelt hatten. Das muß man aber auch mal deutlich machen. Weil viele damit sehr intensiv und gut gelebt haben und das heute sehr vermissen.

W. WEBER:
Ja, wir haben ja sowieso nicht schlecht gelebt. Wer heute behauptet, als ehemaliger DDR-Bürger - und insbesondere in Berlin, und ich meine,

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

auch wer aus Produktionsbetrieben kommt -, daß er schlecht gelebt hat, das meine ich auch materiell, der sagt meiner Meinung nach die Unwahrheit. Selbst wenn man nach Polen fährt oder nach Portugal, und heute kann man die ganze Welt bereisen. Im Prinzip war es so, daß viele Dinge gar nicht so schlecht waren. Jedes Jahr der Titelkampf um das Kollektiv der sozialistischen Arbeit, die Pläne der sozialistischen Arbeit, Kollektivpläne, Einzelpläne usw., da waren auch gute Komponenten drin. Und wenn Patenschaften mit Schulen gemacht wurden - wir hatten eine Patenschaft gehabt mit Jugendlichen und haben Reisen gemacht -, das waren Dinge, die man heute vermißt. Sportveranstaltungen wurden gemacht und egal ... Die Frauen sind jedes Jahr weggefahren zum 8. März, haben Frauentag veranstaltet. Das war schlimm für die Männer. Aber es waren ja nicht alle Komponenten negativ. Es ist ja schon so, daß man vielen Dingen nachtrauern muß. Heute vereinsamen die Menschen und sitzen da in ihrer Arbeitslosigkeit. Jeder hatte seinen Arbeitsplatz sicher gehabt. Und diese persönliche Sicherheit war - glaube ich - bedeutungsvoll.

W. SCHÄFER:
Bloß man hat damit so eine Art von Freiheit aufgegeben.

H. FROBERG:
Die Narrenfreiheit.
Es wurde eine Sonderbrigade aufrechterhalten, Alkoholiker, die wurden im Betrieb betreut.

W. SCHÄFER:
Ich kann mich erinnern: Wir wußten, daß er zu uns kommt und ein viertel Jahr bleibt und daß wir ihn dann einfach nicht mehr halten können. Weil wir das schon mal hatten. Und trotzdem haben sich Kollegen intensiv um den bemüht, haben den früh von zu Hause abgeholt und sind mit dem zur Arbeit gekommen. Und dazu hat sie keine Partei gezwungen, das muß man auch dazu sagen! Und das meine ich mit gewerkschaftlicher Arbeit, Kollektivarbeit.

H. FROBERG:
Das hätten die Leute auch gemacht, wenn sie nicht in der Gewerkschaft gewesen wären.

W. SCHÄFER:
Genau! Und das meine ich. Diese Verwobenheit zwischen Gruppen ...

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

H. FROBERG:
Das haben sie gemacht, weil sie Menschen waren, und nicht, weil sie in der Gewerkschaft waren.

W. SCHÄFER:
Heute sind sie ja auch Menschen, und trotzdem gibt es sowas kaum noch. Hier sind auch solche Arbeitsgruppen, das sind auch Menschen, die gehen aber aneinander vorbei und machen das nicht. Das ist schon ein kleiner Unterschied zwischen Menschen und Menschen! In meinem ehemaligen Betrieb hatten die Leute eine Art gleiche Idee. Da sind noch ein paar Leute, die hinter mir stehen. Wenn ich die Diskussion führe - und wir hatten eben nicht nur diese geheimen Diskussionen. Wir hatten Auseinandersetzungen, zum Beispiel in der Konstruktion, wo es darauf hinauslief: „Wir teilen jetzt die Konstruktion in zwei Räume, weil die sich sonst mit ihrem Lineal erschlagen." Es gab die Diskussion wirklich! Es ging aber nicht um Lapidares, da ging es um politische Fragen. Da wurde den Genossen knallhart ins Gesicht gesagt: „Du mit Deinen politischen Floskeln, mach' uns doch Deine Arbeit ordentlich."

EFFI BÖHLKE:
Sind sie vielleicht nicht der Meinung, daß diese Omnipotenz von Macht möglicherweise gegenwärtig sogar stärker ist als zu DDR-Zeiten?

B. MÜLLER:
Zu dem Mehr und Weniger kann ich keine Aussage machen, weil ich nicht in der DDR gelebt habe. Aber auf jeden Fall war das, was eben angesprochen wurde - die Freiheit, die Narrenfreiheit usw. -, das war vorhanden. In diesem Feld, wo sie vorhanden war, ist sie jetzt nicht mehr vorhanden. Auf dem anderen Feld, sagen wir auf dem Feld der Meinungsäußerungen, gibt es jetzt andere Mechanismen der Kontrolle. Vorher konnte man nicht sagen, was man wollte - zumindest nicht öffentlich, höchstens versteckt -, heute kann man sagen, was man will, man kann es schreiben und sagen, aber es hat kaum einen Effekt. Du kannst reden, soviel Du willst: Es nützt kaum etwas. Natürlich gibt es auch Einschränkungen in dem, was Du sagst - aus opportunistischen Gründen, aus Gründen von Überlegungen, was Du zu wem zu welchem Zeitpunkt sagst. Das ist ja klar. Aber selbst wenn ich jetzt mein Innerstes nach außen kehren würde und ich würde es schreiben oder sagen, würde ich damit nicht unbedingt was bewirken. Und insofern - ich möchte ja gehört werden - habe ich unsichtbare Handschellen.

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

W. SCHÄFER:
Also ich habe vorhin hier aufgeschrieben: Markt, Macht-Gesellschaft. Das ist genau eine Absprache der Mächtigen, das wissen wir doch, das ist doch nichts Neues. Das ist schon seit Jahrhunderten so, nur daß die Wirtschaftsform immer ein bißchen Weiterentwicklung und Veränderung erfährt. Aber die Mächtigen sind sich schon einig! Die geben die Macht nicht aus der Hand, jedenfalls nicht freiwillig.

GEORG ELWERT:
Die Isolierung, die Sie heute beklagen, und das Gefühl der Nähe, das in Ihrer Erinnerung zu DDR-Zeiten ist, wie es auch mein Eindruck als außenstehender Kurzzeitbeobachter ist. Mein Eindruck ist, daß diese Nähe, diese Geselligkeit und Solidarität im Alltag auch etwas mit wirtschaftlichen Strukturen zu tun hat, nämlich: daß man angewiesen war; und das wäre noch eine Sache, die bei dem Referat von Birgit zu ergänzen wäre und was auch in den Diskussionsbeiträgen als Anspielung auftauchte, weil es für Sie selbstverständlich ist. Ich habe ein paar Gespräche darüber geführt in DDR-Zeiten: Wie kommt man an bestimmte Sachen, zum Beispiel Eintrittskarten, Ersatzteile, Blockflöten, Kindersachen, Schulranzen usw.? Und da stellte sich heraus, daß es ungeheuer wichtig war, Freunde, gute Bekannte in einer möglichst guten Streuung zu haben. Und daß die Aufrechterhaltung von Kontakten immer etwas Doppeltes hatte: Es war Liebe, Freundschaft, es waren Sympathien, das Erzählen über alte Zeiten - zum Beispiel "Damals, als wir auf diesem tollen Lehrgang zusammen waren" -, aber es hatte auch etwas zu tun mit den Dingen, die man so austauschte.

H. FROBERG:
Der Staat in der DDR war sehr rigide, und wenn man dazwischengegangen ist in einer Art und Weise, die denen fremd war, waren sie oftmals völlig hilflos und wußten überhaupt nicht, was sie machen sollten. Ich will mal ein Beispiel über die Staatssicherheit erzählen: In Berlin war es üblich, daß man alle Staatsgäste im Schloß Niederschönhausen untergebracht hat. Und immer, wenn die dort untergebracht waren, wurde der Park weiträumig abgeschirmt. Mein Sohn war damals noch ziemlich klein, und wir hatten die Angewohnheit, am Wochenende in den Park zu gehen und die Enten zu füttern. Einmal sind wir dahin gegangen, und die Enten waren alle hinter der Absperrung. Die Beamten haben gesagt: „Hier könnt ihr nicht weitergehen, hier ist gesperrt." Da habe ich gesagt: „Ich verstehe das ja, aber der Junge möchte die Enten füttern, und ich glaube nicht, daß

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Sie ihm das erklären können. Sie sind zu zweit, da kann ja mal einer hingehen und die Enten rüberschicken." Und der Mann ist hingegangen und hat die Enten rübergeholt. So was hat es auch gegeben. Es gab keine staatlichen Vorschriften, wie man sich gegen so etwas zu verhalten hat. Wenn man so was erwischt hat, dann konnte man lachend davongehen. Dieses Beispiel versucht zu erklären, daß man, wenn man gewillt ist, kreativ zu sein, dann durchaus Möglichkeiten gefunden hat, nicht den ganzen Tag nur Trübsal zu blasen.

THOMAS EDELING:
Ich wollte überleiten zu dem Problem, was das Thema Existenzangst angeht, also Macht und Einfluß in Betrieben. Meine erste Frage ist vielleicht eher eine theoretische Frage. Wie kann man solche Machtstrukturen im Staatssozialismus, wie kann man die sichtbar machen in solchen Gruppenbeziehungen? Das Problem ist für mich: Wenn man den Betrieb so ansieht, und so, wie Du es geschildert hast und soweit ich Betriebe auch kenne in der DDR, ist das so gewesen: Es gab keine großen Machtunterschiede, keine große Machtquelle, Arbeiter hatten eine relativ starke Stellung gegenüber Meistern, gegenüber Technologen und gegenüber anderen Vorgesetzten. Trotzdem ist es nicht so, daß ein DDR-Betrieb herrschaftsfrei war. Das heißt also: Wenn die Machtquelle nicht im Betrieb angesiedelt war, war sie außerhalb angesiedelt. Wie kann ich das sichtbar machen als Herrschaftsinstrument? Das ist also die Frage - sie ist vielleicht ein bißchen theoretischer Natur. Wenn man nur die Mesoebene betrachtet, dann läuft man Gefahr zu übersehen, was eigentlich dahintersteht.

Die zweite Frage: Ich bin etwas skeptisch gegenüber dem Tenor, der bis jetzt in der Diskussion vorgeherrscht hat, daß tatsächlich im Frühjahr 1990 die Masse der Bevölkerung oder die Masse der Beschäftigten einen sogenannten dritten Weg einschlagen wollte. Die Leute hatten 1990 gar nicht die Möglichkeit gehabt, Alternativen zu entwickeln, weil sie gar keine Vorstellungen hatten.

VINCENT V. WROBLEWSKY:
Ich finde zum Beispiel die Unterscheidung von linkem und rechtem Totalitarismus, um den Faschismus von Formen von Kommunismus zu unterscheiden, sehr sinnvoll. Bei dem linken Totalitarismus - mit dem wir es ja in der DDR zu tun hatten -, da ist ein Widerspruch zwischen der erklärten Ideologie und den Zielen der Gesellschaft und ihrer Praxis,

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

wodurch die Mühle, die Heuchelei, die alle Gebiete durchzieht, zum bestimmenden Merkmal wird. Denn Faschismus ist Übereinstimmung zwischen Ideologie und Praxis, zwischen den erklärten Zielen und der Praxis. Da ist nicht eine emanzipatorische Theorie auf der einen Seite und eine unterdrückte Praxis auf der anderen. Da ist eine Rassenideologie, die die Überlegenheit der deutschen Rasse erklärt; da ist eine Eroberung im Osten erklärt; da ist ein Europabild, man kann das ausführen - und das wird auch gemacht. Sie haben im Prinzip - soweit die die Zeit hatten - ihre Ideologie realisiert.

Die Ideologie, die sich auf Marx berief und die die Emanzipation des Menschen wollte, die ist nicht realisiert worden. Und das war auch durchgehend klar, das hat sich in Details gezeigt: die Spielchen mit der Wandzeitung, wie hier - wo ein alter Mythos aufrechterhalten wird, der irgendwann mal eine gesellschaftsstiftende Funktion hatte, die aber keiner mehr ernst nimmt und der aus anderen Machtgründen entweder mitgespielt, aufgezwungen, beiseite gelassen wird usw. Narrenfreiheit in dem Sinne, wie es sie in der DDR gab, gab es im Dritten Reich nicht. Ich habe das da zwar nicht erlebt, aber jeder kennt es. Ich denke, das ist nicht vergleichbar.

Es gab in der DDR mal die Fiktion, daß ein Wissenschaftsbetrieb, wie der, in dem ich gearbeitet habe, auch ein Produktionsbetrieb ist. Wir haben eben Ideologie produziert und nicht Züge oder Glühlampen. Aber dafür hatten wir unseren Plan, den sozialistischen Wettbewerb, unser Prämiensystem. Das war ja alles kopiert, bis zum Absurden. Und da zeigt sich natürlich - gerade in solchen Vergleichen -, wie die Makrostruktur durchschlägt und zugleich die Homogenität gar nicht realisiert werden kann. In diesem Philosophieinstitut, in dem ich war, da war Ende 1989, Anfang 1990 erstmal nicht klar, daß die Akademie abgeschafft wird, aber da war Dir klar, daß das Institut nicht mit den Strukturen und den Leuten weiter so funktionieren kann. Es wurden Fronten noch deutlicher, die vorher aber auch schon existierten. Es wurde ein neuer Direktor gewählt, und von den Bereichsleitern und Arbeitsgruppenleitern wurden auch die meisten abgewählt. Es wurde eine neue BGL gewählt, aber auch eine neue Parteileitung. Auf der unteren Ebene ging die Kluft und gingen die Fronten - auch weil hier Ideologie produziert wurde - durch die Partei. So sehr die Parallelstruktur richtig ist und in dem Punkt die Ideologie ernstzunehmen war, daß die Partei die führende Kraft ist, hing viel von Personen ab, ob der Direktor, der natürlich automatisch Mit-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

glied der Parteileitung war, über den Parteisekretär die Dominanz hatte oder umgekehrt. Die Kämpfe, die an der Spitze der Hager mit dem Bezirkssekretär zu einer bestimmten Zeit ausficht, die werden dann unter Umständen auf der Akademieebene oder selbst innerhalb eines Instituts ausgetragen. Da ist nicht von vornherein entschieden, wer die Überlegenheit hat. Also das muß man dann schon sehr im Konkreten sehen und sehen, welche Variationen diese Makrostruktur tatsächlich durchgehend hat, wie sie sich ausprägt und welchen Effekt sie hat.

ETIENNE FRANÇOIS:
Wenn Du erlaubst, nur eine Bemerkung: Was Du da beschreibst, das ist genau das System der Polykratie. Was Du gerade sagst, bestätigt eher die These des Totalitarismus als umgekehrt.

V. v. WROBLEWSKY:
Wenn ich sage: linker und rechter Totalitarismus, dann meine ich durchaus, daß das beides totalitäre Formen sind, die vieles gemeinsam haben, wo vieles analog ist, die aber auch grundsätzliche Unterschiede haben. Mit der Konsequenz zum Beispiel, daß die These, daß sich totale Systeme von innen her nicht aufbrechen lassen, daß die zwar tatsächlich für die Geschichte des Nazisystems gilt. Aber die Geschichte hat bewiesen, daß die Prognose für die sozialistischen Länder völlig falsch war.

E. FRANÇOIS:
Und da ist der Widerspruch zwischen der Ideologie und der Praxis ...

V. v. WROBLEWSKY:
Auch! Eine Frage habe ich direkt zu Deinem Thema: Da war natürlich die interessante und traurige Tatsache, daß die Gewerkschaften in dieser Übergangsphase versagt haben. Ich frage mich, wie es kommt und inwieweit sich in den drei Jahren was verändert hat. Ich meine, wenn es eine Institutionsform gibt, die die Sprachlosigkeit in Sprache verwandeln kann in dem Interessenkonflikt zwischen Besitzern und Leitern und Arbeitenden, dann ist es doch die Gewerkschaft auf der Seite der Arbeitenden. Warum da die Westerfahrung, die positive, so wenig in den Osten transplantiert wurde und warum der Lernprozeß nicht schneller ging, das ist für mich eine Frage.

W. SCHÄFER:
Das ist der Unterschied zwischen Rahmen und Ausbildung. Das beweist

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

auch, daß die DDR-Bürger doch sehr individuell geworden sind. Das ist eben der Unterschied zwischen links und rechts eben auch. Daß in diesem linkstotalitärem Staat der Rahmen stabil schien, sich aber innen eine ganze Menge entwickeln konnte.

S. KOTANYI:
Ich bin auch im Bereich der Landwirtschaft darauf gestoßen worden von den Kollegen, weil sie sagten: "Früher, unsere Gemeinschaft, das war eine echte: Wir hielten zusammen."

W. SCHÄFER:
Nein, nein ...

S. KOTANYI:
Lassen Sie mich versuchen, meinen Gedanken zu Ende zu entwickeln. Offensichtlich bestand in den Betrieben genau dieses Gefühl von Gemeinschaft. Sie hatten bestimmte Freiräume; sie konnten bestimmte Dinge entscheiden, und jetzt durch den kapitalistischen ideologischen Wandel können sie nicht mehr so entscheiden wie früher. Früher hatte man eine Souveränität, und heute ist nur noch Diskriminierung da. Über die Trauer über dieses Stück verlorener Freiheit sieht man nicht mehr, wo die großen Entscheidungen getroffen wurden. Das verharmlost die Machtlosigkeit der totalitären Disziplinierung. Ich meine, wenn sie zehn Jahre Training in diesem Kapitalismus haben, könnte sich das Gefühl von Freiheitsverlust relativieren.

E. BÖHLKE:
Ich wollte eben Andreas Grohs eine Frage stellen zur Freiheit, zu den Möglichkeiten der Einflußnahme der Arbeitenden - Du warst ja Betriebsrat in einem Westbetrieb, wie würdest Du das einschätzen? Du hast ja nun nicht die Erfahrung gemacht von der Planwirtschaft. Wie würdest Du das als West-Betriebsrat usw. sehen? Welche Freiräume kann man sich da erkämpfen, erhalten?

ANDREAS GROHS:
Also ich fühle mich im Betrieb nicht unfrei. Ich habe da kein Problem.

N. FALK:
Der ostdeutsche Arbeitnehmer hat meist keine Rückversicherung, wie ein westlicher Arbeitnehmer in dem Alter hat, mit der er eventuell ir-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

gendwelche Löcher ausfüllen kann. Er ist darauf angewiesen, was ihm an finanziellen Mitteln zufließt. Besitzstand gibt es im Osten nicht oder kaum.

Das heißt, die Leute haben alle sehr viel zu verlieren. Arbeitslosigkeit gab es in der ehemaligen DDR nicht. „Wessis" können damit leben. Es gibt welche, die leben sogar sehr gut damit und haben nichts dagegen, wenn sie ab und zu mal arbeitslos sind. Das, glaube ich, ist bei den ehemaligen DDR- Bürgern anders ausgeprägt als bei den Westlern. Aber ganz entscheidend ist, was hier auch rauskam, die Frage des Besitzstandes. Daraus entwickeln sich dann Ängste, wenn die mit vierzig, fünfundvierzig oder fünfzig Jahren den Job verlieren und stehen mit nichts da. Du weißt eigentlich ganz genau, daß da kaum noch eine Chance ist. Ein junger Mensch so wie Andreas, gerade mal Mitte zwanzig, hat eigentlich immer eine Chance, auch wenn etwas schiefgeht. Da liegt ein ganz wesentlicher Unterschied in der Altersstruktur, bei denen, die in unseren Betrieb von Westberlin aus nach Ostberlin gekommen sind; ich finde das ja eigentlich sehr positiv, daß nicht nur transferiert wird von Ost nach West - aber es ist eben auch sehr schwierig, weil der Unterschied im Einkommen, das weiß man ja auch, sehr sehr groß ist. Zum Beispiel die Wessis arbeiten 36 Stunden, die Ossis arbeiten 40 Stunden. Die Nachmittagsschicht endet für den Wessi am Freitag um 17.00 Uhr, für den Ossi um 22.00 Uhr.

W. SCHÄFER:
Das betrifft alle, deren Besitzstand halbiert wurde. Wir können ja mal von Summen reden: Wenn sich eine Familie vierzigtausend Mark für das Alter angespart hatte, dann war das ganz ordentlich! Es ist bei der Währungsunion halbiert worden auf zwanzigtausend Mark, und die Preise sind um fünfzig Prozent gestiegen.

D. TÜRZER:
Habe ich das jetzt richtig verstanden, daß Ihr gesagt habt: „Der Arbeitsplatz ist das Wichtigste für den Menschen"? Das würde ich mittlerweile anzweifeln.

N. FALK:
Die Möglichkeit, das Geld selber zu erwirtschaften oder zu erarbeiten.

D. TÜRZER:
Ich habe da eine andere Meinung: Ich denke, daß wir in Deutschland oder

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

in Mitteleuropa Zeit zum Nachdenken brauchen. Ich bin arbeitslos. Wäre ich nicht hier in Mitteleuropa, nicht hier in Deutschland, sondern woanders in der Welt: das stimmt, meine Existenz wäre gefährdet. Deswegen würde ich die These nicht unbedingt unterstützen, daß man, wenn man in Deutschland keine Arbeit hat, ein unglücklicher Mensch ist. Also, das wichtigste Gut des Menschen ist, daß er ein Mensch ist und nicht, daß er einen Arbeitsplatz hat. Also, sterben wird er nicht!

W. SCHÄFER:
Es geht nicht um Sterben, es geht um ...

D. TÜRZER:
Um? Da muß ich mal die Gegenfrage stellen: Wer hat denn den Arbeitsplatz, der ihm gefällt? Versteh' mal! Wie geht man jetzt in die neue Industrie ein, wie prostituiert man sich?

H. FROBERG:
Das Problem des Menschen ist doch, daß er ein Gehirn hat und das dieses Gehirn beschäftigt sein will. Das ist ja unser aller Problem, deshalb machen wir ja alle irgendwas. Wir können nicht nur in der Sonne liegen und uns freuen, daß wieder Sommer ist. Wenn Du sagst:" Arbeit muß es nicht unbedingt sein!" - dann würde ich mal akzeptieren ...

D. TÜRZER:
Ich habe nicht „Arbeit" gesagt! Ich habe „Arbeitsplatz" gesagt.

W. SCHÄFER:
Arbeit im Sinne von Arbeitsplatz, um unseren Lebensunterhalt zu haben. Die Gesellschaft kann natürlich nicht fünfzig Millionen Arbeitslose bezahlen. Sie muß doch irgendwo das gesellschaftliche Produkt erwirtschaften. Das Selbstverständnis kann darauf nicht hinauslaufen. Es geht ja hier nicht um Einzelschicksale, mir jedenfalls geht es um Konzeptionen.

G. ELWERT:
In kaum einem Land der Industriegesellschaft war das Denken in den Kategorien von Lohnarbeit und die Selbstverständlichkeit, daß man einen Arbeitsplatz braucht, stärker entwickelt als in der DDR. Das ist ein Paradoxon. Wir haben dadurch eine Summe von interessanten Mißverständnissen, zum Beispiel die ABM-Stellen. Es gibt in Westdeutschland

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

und Westberlin einen bestimmten Teil der Bevölkerung - der nicht unerheblich ist - die streben den zweiten Arbeitsmarkt an. Auch Hochschulabsolventen. Ich will nicht sagen: „Das ist gut, das ist schlecht!" Ich sage einfach nur: „Es gibt da einen relevanten Teil, die streben den zweiten Arbeitsmarkt an, den Arbeitsmarkt der ABM-Stellen." Während in den Ostländern jeder, der arbeitslos ist oder auf ABM, emotional verwirrt ist - möglicherweise.

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Dem Gewinner gehört der Lorbeerkranz

Das Schicksal des DDR-Leistungssports seit der Vereinigung

Diskussion am 16.06.1993 mit:

Volker Dubbick	Sportpsychologe
Gunter Gebauer	Sportsoziologe
Uwe Hakus	Sportwissenschaftler, Trainer
Sophie Kotanyi	Filmemacherin
Rolf Lindner	Soziologe
Birgit Müller	Sozialanthropologe
Kristin Patzwahl	Hürdenläuferin
Alfred Richartz	Sportsoziologe
Wolf Schäfer	Facharbeiter
Wolfgang Weber	Maler
Vincent v. Wroblewsky	Philosoph

GUNTER GEBAUER:
Jemand, der aus den alten Bundesländern oder Westberlin kommt, ist vermutlich wenig berechtigt, über das zu sprechen, was in der ehemaligen DDR vor sich ging, darüber, wie der Sport gefördert wurde, welche Rolle er spielte. Selbst längere Zeit nach der Wende sind wir im Grunde genommen immer noch Beobachter von außen. Es ist notwendig, die Betroffenen selbst zu fragen. Deshalb habe ich mich an den Olympiastützpunkt in Berlin gewandt und um Hilfe gebeten. Dr. Dubbick vom

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Olympiazentrum hat sofort auf meine Bitte reagiert und ist mit einer Aktiven und einem Trainer gekommen. Außerdem habe ich einen Mitarbeiter unseres Instituts mitgebracht, Herrn Richartz, der damit beschäftigt ist, die Veränderungen zu beobachten, die bei den Kindern der Sportschulen, den Talentschmieden der ehemaligen DDR, vor sich gehen.

Der Spitzensport in der DDR ist ohne Zweifel insofern ein wichtiges Thema, als er in der Ex-DDR eine Symbolrolle spielte. Und zwar als doppelter Wettkampf. Zum einen Wettkampf innerhalb des Sports, gegen sportliche Mitbewerber, zu denen man ein spezielles Verhältnis hatte: Einerseits sind sie Konkurrenten, andererseits sind sie diejenigen, die mit einem den Wettkampf bestreiten. Zum anderen war der sportliche Wettkampf eine politische Konfrontation gegen politische Gegner. Diese beiden Ebenen eines doppelten Wettkampfes sind in der Diskussion der Vergangenheit vermischt, miteinander verwechselt worden. Der sportliche Wettkampf wurde immer wieder als politischer Kampf gedeutet, und der politische Kampf wurde im Sportwettkampf repräsentiert, so daß eine Mischung der Ebenen entstand. Das war möglich, weil der Sport als Repräsentant des Staates und der Politik aufgefaßt wurde. Diese Auffassung wurde sehr bald auch von der Bundesrepublik geteilt. Deshalb spielte der Sport eine wichtige Rolle. Man sollte nicht nur die sportlichen Leistungen betrachten, sondern auch versuchen, die große politische Bedeutung des Hochleistungssport in der ehemaligen DDR zu begreifen.

Ich möchte drei Ebenen unterscheiden: Die erste ist die der gesellschaftlichen Leistungsfähigkeit des gesamten Staates, des politischen Systems. Es fand ein Ost-West-Vergleich statt, eine Konfrontation, und zwar insbesondere zur Zeit des Kalten Krieges, so daß der Hochleistungssport gleichzeitig die gesellschaftliche Leistungsfähigkeit der DDR repräsentierte. Die zweite Ebene ist die Leistungsfähigkeit der Gemeinschaft des DDR-Sozialismus. Damit ist nicht der Staat gemeint, sondern eine - zumindest als Idee existierende - Gemeinschaft, geprägt durch politische Zugehörigkeit, aber auch dadurch, daß ihre Angehörigen ein und dieselbe Kultur teilen - die deutsche Kultur -, die sich im Sport unter den Prämissen des DDR-Sozialismus als besonders leistungsfähig erwiesen hat. Die dritte Ebene ist die technisch-organisationelle Ebene, die Leistungsfähigkeit des Spitzensports, der Organisatoren, Trainer, Sportwissenschaftler und der Athleten insgesamt - die Pädagogen könnte man noch dazurechnen und das Schulsystem. Insgesamt handelt es sich um ein lückenloses, außerordentlich leistungsfähiges System, das über Jahrzehnte langfristig

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

geplant war und außerordentlich gut funktionierte. Dieses technisch-organisationelles System ist nach der Wende zwar nicht aufgelöst worden, hat aber doch einen großen Teil der alten Organisationsstrukturen, der Organisationsbasis verloren und ist dabei, sich nach den Bedingungen der Bundesrepublik umzuorganisieren. Wie das im einzelnen geschieht, können wir einerseits in der Arbeitsweise des Olympiastützpunktes verfolgen, wir können sehen, wie Trainer, Psychologen und andere im Hochleistungssport arbeiten und natürlich auch etwas über die Lebensbedingungen der Athleten und ihre dramatischen Veränderungen erfahren. Ich möchte nicht lange weiterreden. Wir hören zunächst die Anwesenden, und wir befragen sie gleichzeitig. Ich möchte dabei nicht die Rolle eines Talkmasters übernehmen, sondern fände es besser, wenn wir gleich ein Gespräch beginnen würden. Ich hoffe, es gelingt uns, einiges zur Anthropologie der Wende beizutragen.
[...]

Birgit Müller:
Welchen Stellenwert hatte einerseits der Sport, andererseits die berufliche Arbeit im Leben der Sportler zu Zeiten der DDR, und wie würden Sie das Verhältnis beider Bereiche heute beurteilen? Und wurde man in der DDR leichter vom Betrieb für sportliche Aktivitäten, fürs Training, für Reisen usw. freigestellt?

Kristin Patzwahl:
Mein Name ist Kristin Patzwahl, ich komme ursprünglich aus Leipzig. Ich laufe 100 Meter Hürden. Für mich kam erst der Sport, dann das Studium, die Ausbildung, das war mit der Schule so vereinbart. Man mußte sich völlig auf den Sport konzentrieren. Heute arbeite ich mehr als damals, dreißig Stunden in der Woche.
[...]

In der DDR haben wir gewisse Vorteile gehabt. Mein Studium ging über drei Jahre, in den ersten drei Jahre erhielten wir das übliche Stipendium. Ein normaler Student hätte nach drei Jahren einen Abschluß gehabt und dann angefangen zu arbeiten. Die Spitzensportler erhielten nach den drei Jahren weiterhin das Stipendium von 120 Mark, jedoch plus einen Ausgleich. Die Studienzeiten wurden mit den Trainingszeiten abgestimmt. Als normaler Hochschulabsolvent hätte ich 600 - 650 Mark verdient, so wurde die Differenz zwischen den 120 Mark und 60 Mark dazugegeben.

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Ich ging zwar arbeiten, wurde jedoch so finanziert. Heute arbeite ich von 9 Uhr bis 5 Uhr und trainiere dann bis um 8 Uhr.

VINCENT V. WROBLEWSKY:
Der Normalbürger glaubte oft, als Sportler bekommt man gleich eine Wohnung oder ein Haus und hat keine Wartezeit für ein Auto, hat Zugang zu besonderer Ernährung - und was weiß ich noch alles!

In Wirklichkeit waren es relativ wenige, die besondere Vergünstigungen erhielten. Weil sie dem Staat Devisen einbrachten, mußten sie eben nicht vierzehn Jahre auf ein Auto warten, sondern halt nur drei Jahre.

ROLF LINDNER:
Die Freistellungen waren keine Besonderheit des DDR-Systems; wir kennen das vom Bundesgrenzschutz, der Polizei, der Bundeswehr - das ist anscheinend systemneutral. Und dann: Wenn wir vom System ausgehen und das nicht nur auf die Bundesrepublik beziehen (das College-System, das den Sportler als Hauptstudent honoriert, der in erster Linie Sport betreibt usw.), wo ist der Unterschied, wo sind die Besonderheiten der DDR, gab es sie wirklich und wo sind sie? Was hat den DDR-Sport und das Sportsystem ausgezeichnet?

WOLFGANG SCHÄFER:
Ein wichtiger Unterschied ist sicher die Rolle des Sports in der Gesellschaft. In den 50/60er Jahren kam die Trennung der Sportmannschaften in Mannschaften der Bundesrepublik und Mannschaften der DDR, das Aufreißen des Widerspruchs zwischen Sportlichem und Gesellschaftlichem. Zuerst hatte sich die Rolle des Sports noch nicht so deutlich dargestellt. Erst bei den ersten Olympiaden wurde der Sport für die Politik ausgenutzt - zum Teil auf dem Rücken der Sportler und auch zu ihrem Schaden, Sie vollbrachten ihre sportliche Leistung unter einem gewissen Druck - den Erfolg für ihr Land zu erringen, nicht nur im freundschaftlichen Leistungsvergleich, der natürlich auch hart sein kann.

VOLKER DUBBICK:
Im Wettkampf spielte das keine Rolle!

W. SCHÄFER:
Ein anderer Aspekt war die gesamtgesellschaftliche Situation in der DDR, wo der Sport als Teil der Erziehung betrachtet wurde. Seine Funktion kann ja auch eine gute in der Gemeinschaft, in einer Mannschaft, im

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Training sein. In der DDR war der Sport ganz anders in das System integriert, als er es in das System der Bundesrepublik mit seinen Vereinen ist. Der Sport erfüllte die Funktion von Gemeinschaftsbildung, von Erfolgserlebnissen und auch von Freude, besonders im Breitensport. Der Breitensport existierte ja wirklich und wurde gefördert. Er war die Grundlage für die Auswahl von Leistungssportlern, zum Beispiel durch große Sportfeste an den Schulen und in anderen Institutionen. Die Spartakiadebewegung insgesamt hatte doch etwas Gutes. Und ich verstehe nicht, warum die KJS (Kinder- und Jugendsportschule) nicht übernommen wurde. Die schulische Leistung spielte doch dort eine primäre Rolle. Wenn ein Schüler die schulischen Anforderungen nicht erbrachte, wurde nicht gesagt: Der ist ein guter Ringer, da übersehen wir seine schlechten schulischen Leistungen, er konnte sogar im schlimmsten Fall von der KJS fliegen, wenn er faul war.

G. GEBAUER:
Dazu werden wir noch kommen, auch auf die Frage, warum das KJS-System nicht einfach übernommen wurde. Aber ich wollte noch ein wenig nachhaken. Sie haben gesagt: Sie haben als Sportlerin ein Trainingskollektiv zur Verfügung gehabt, Sie durften Ihr Studium verlängern, und zwar ganz erheblich, mit Ihnen wurden individuelle Pläne abgestimmt - kurz, es gab viel Entgegenkommen. Haben Sie das Gefühl, daß Sie gut betreut wurden?

K. PATZWAHL:
Man mußte sich im Grunde wenig Gedanken machen. Man wurde medizinisch betreut, alles war im Prinzip auf den Sport ausgerichtet. Für mich war es in sportlicher Hinsicht mehr oder weniger ideal.

G. GEBAUER:
Eine Zwischenfrage: Können Sie aus Ihrer Erinnerung sagen, wieviele und welche Leute sich um Sie gekümmert haben? Doch sicherlich ein Trainer oder zwei Trainer?

K. PATZWAHL:
Mindestens ein Trainer, ferner hatte jede Sektion einen Arzt, wir hatten zwei bis drei Physiotherapeuten, wir hatten Psychologen und auch etliche Funktionäre, also einen ganzen Stab. Bei vielen Dingen sagt man sich heute, das hätten wir selbst für uns regeln können. Heute habe ich auch einen Trainer, der allerdings wenig Zeit hat, außerdem einen Psycholo-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

gen, da habe ich aber kaum Zeit, hinzugehen (es wäre zur Nachtschicht), dann noch einen Lauftrainer, den sehe ich öfter, er arbeitet zu günstigeren Zeiten.

PUBLIKUM:
Sie trainieren in Westberlin?

K. PATZWAHL:
Ja.

SOPHIE KOTANYI:
Könnten Sie über Restriktionen sprechen, z. B. bei nicht gern gesehenem Verhalten u. ä.?

W. SCHÄFER:
Als Sportler hatte man Vorbildfunktion. Wichtig war die Kaderakte: Wer einen Onkel in Stuttgart oder Mannheim hatte, der hatte schon seine Schwierigkeiten. Im Sport kann ich es nicht so gut einschätzen, da hatte ich keine Einsicht. Aber in anderen gesellschaftlichen Bereichen gab es viele Probleme. Man mußte sich distanzieren oder sich schriftlich verpflichten, keine Kontakte zu haben und kam für bestimmte Richtungen nicht in Frage.

V. DUBBICK:
Das traf auf Spitzensportler nicht so zu.

B. MÜLLER:
Eine der Rollen der Sportler in der DDR war es, Diplomaten im Trainingsanzug zu sein, wie gesagt wurde. Ging es so weit, daß Sportler zum Beispiel auf bestimmte politische Situationen des Landes, in das sie reisen sollten oder in dem sie die die DDR als Sportler repräsentieren sollten, vorbereitet wurden? Gab es Schulungen oder Informationen für Sportler?

ALFRED RICHARTZ:
Zu DDR-Zeiten waren die Spitzenathleten sehr diszipliniert, sie traten versiert auf und konnten sich gut äußern, das ist mir immer aufgefallen. Auch, daß sie die verlangte Vorbildrolle für die Gemeinschaft auf eine ganz bestimmte Weise und imponierend - wie ich finde - erfüllt haben. Das hat mich am meisten beeindruckt. In Westdeutschland herrscht da

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

gegen eher ein Starsystem. Wenn einer groß ist und dazu noch in einer der Sportarten, in der man viel Geld verdient - ich denke an Fußball usw., da gibt es ganz eigene Formen der Repräsentationsmöglichkeiten, während in der DDR doch offenbar bescheidene, freundliche, offene Haltungen gepflegt wurden. Worauf ist das zurückzuführen? Ist das System dafür verantwortlich oder wurde man ständig darauf hingewiesen, daß man der Gemeinschaft etwas zurückzugeben hat?

K. PATZWAHL:
Ich war erst seit 1989/90 beteiligt, aber ich meine, es war eine Frage der gesamten Erziehung. Natürlich kann man von der Gleichmacherei in der DDR sprechen. Es kam aber nicht vor, daß man - weil man zum Beispiel Olympiasieger war - mehr gefördert wurde als andere. Wer bestimmte Leistungen erreicht hatte, hatte sie aufgrund des gleichen Trainings erreicht. Insofern hatten wir keine Stars. Hinzu kam die Vorbereitung auf den Höhepunkt: Man war sechs bis acht Wochen vorher im Trainingslager zusammen. Alle waren zusammen, es war intim, wenn man so will. Es war ein ganz anderer Zusammenhalt, weil es wie eine kleine verschworene Gemeinschaft war. Sicherlich hat jeder mal Allüren, aber man hat sie nicht herangezüchtet, indem zum Beispiel einer, der gut aussieht, aber schlechter ist, trotzdem mehr bekommt - so, wie es jetzt verschiedene Sponsoren machen. Jetzt gibt es individuelle Möglichkeiten, früher hat jeder für die gleiche Leistung dasselbe bekommen.

G. GEBAUER:
Jetzt wollen wir vielleicht noch die anwesenden Trainer befragen.

[...]

UWE HAKUS:
Mein Name ist Uwe Hakus, ich bin Sportwissenschaftler in Berlin und arbeite genauso wie Dr. Dubbick im Olympiastützpunkt. Inhaltlich befasse ich mich mit Abläufen in 15 olympischen Sportarten, also Leichtathletik, Volleyball, Basketball ... Ich habe an der Deutschen Hochschule für Körperkultur (DHFK) in Leipzig studiert, zuvor war ich bis 1982 aktiver Leistungssportler, und zwar in der Leichtathletik und im Fußball. Ich habe während zweier Jahrzehnte erst als Leistungssportler und dann als Studierender und Trainer Erfahrungen sammeln können. Ich wollte unbedingt einmal Weltmeister werden, und entsprechend war ich ehrgeizig, wobei ich von Anfang an auch Erfolg hatte. Ich strebte immer

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

nach Höherem, wollte mich nicht mit Mittelmaß zufrieden geben. So kam ich zum Sport, dann zum Leistungssport, übrigens gegen den Willen meiner Eltern. Sie waren nicht davon überzeugt und auch nicht begeistert, aber sie ließen sich scheiden, so daß ich mit zwölf Jahren auf die Sportschule gehen durfte. So war das bei mir: ohne Druck von oben. Es hat mir riesengroßen Spaß gemacht, aber auf Grund einer Verletzung mußte ich leider aufhören. Das hat aber dem Spaß am Sport keinen Abbruch getan, und deswegen begann ich mit dem Sportstudium. Es ist schade, daß die DHFK die Wende nicht überlebt hat, und es ist auch schade um die Leute, die dort gearbeitet haben. Vom Inhalt, von der Qualität her - ich habe jetzt auch mit vielen von den Sporthochschulen Köln und Mainz sprechen können - stand die DHFK diesen überhaupt nicht nach. Aus meiner Sicht hatte sie sogar ein höheres Niveau.

Die Wende habe ich so erlebt: Ich hatte 1987 als Trainer angefangen, in einem Sportclub in Berlin. Der Turn- und Sportclub (TSC) Berlin war ein rein staatlicher Verein, er wurde vom Magistrat, sicherlich auch vom Sekretariat für Körperkultur und Sport gelenkt. Gegenüber dem Sportverein Dynamo, der den bewaffneten Organen unterstand, hatten wir leichte Nachteile: Wir hatten schlechtere Trainingsbedingungen, wir mußten zum Beispiel unsere Trainingszeiten für die große Halle bei ihnen anmelden, und sie wurden für uns limitiert. Es gab Unterschiede zwischen Sportlern aus dem Nachwuchsbereich und denen aus dem Spitzenbereich. Die im Spitzenbereich hatten bessere Trainingsmöglichkeiten, sie konnten die Sportstätten von Dynamo mehr nutzen, andere weniger. Doch das spielte keine entscheidende Rolle. Jetzt haben wir Superbedingungen, zum Beispiel die ( )-Halle und alle Stadien in Berlin, dennoch sind die Leistungen nicht besser geworden.

Von 1989 bis 1990 war ich verantwortlich für den Nachwuchsbereich. Ich durfte mit der Wende zum ersten Mal die DDR verlassen. Ich ging nach Sofia (das war auch noch nicht das kapitalistische Ausland) und betreute dort die Sprint- und Hürdenkader. Aufgrund meiner verwandschaftlichen Verhältnisse durfte ich vorher nicht ins kapitalistische Ausland reisen, doch berührte das mich nicht weiter. Mir machte der Sport Spaß, und ich hatte keine Probleme mit irgendwelchen Staatsorganen. Insofern konnte ich auch damit leben, daß ich - wenn ich gute Athleten hatte - nicht ins kapitalistische Ausland reisen durfte. Allerdings mit dem Hintergedanken, daß ich mit guten Athleten, die mich brauchen, auch irgendwann einmal würde mitreisen dürfen. Gut, dann kam die Wende, und jetzt hat

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

man die Möglichkeiten, zu reisen. Man hat jedoch nicht mehr die Zeit, ständig mitzureisen.

Ich bin jetzt auch hauptamtlich Trainer und verantwortlich für alle olympische Sportarten, ich habe in Berlin nicht nur die Leichtathletik zu betreuen, sondern auch Schwimmen, Turnen, Eishockey, Basketball, Volleyball ... - und alle haben ihre Probleme. Da hat man es relativ schwer, sich auf die Leichtathletik und auf ein bis zwei oder drei Athleten zu konzentrieren. Insofern teile ich die Auffassung, daß sportliche Leistung wirklich nur noch im Team zu erreichen ist. Ich habe die Männer der Hürdensprinter betreut und betreue sie nach wie vor, wir sind zwei Trainer bei den Frauen, und da wir im Grunde genommen beide Hobbytrainer geworden sind, teilen wir uns die Arbeit: Wenn ich nicht da bin, ist der andere da, und wenn er nicht da ist, bin ich da.

Für mich war es relativ schwer, vom reinen Trainerstatus, also vom reinen Spezialisten und Methodiker mich zu wandeln und oberflächlicher zu arbeiten. Oberflächlicher, weil ich für mehrere Sportarten arbeiten muß, und da kann ich nicht mehr so tiefgründig ins Detail gehen. Wir sind 12 Kollegen in der Sportwissenschaft, und dort gibt es schon mal einige Reibungen im Fachbereich. Ich mußte erst in dieses neue System eindringen, sehr viele Gespräche führen. Selbst die Athleten, die aus der DDR kamen, hatten sehr große Schwierigkeiten. Wir glaubten, für Jüngere ist es relativ leichter als für Ältere, doch das scheint nicht so zu sein. Ich glaube, aufgrund ihrer Unerfahrenheit haben die jüngeren Athleten - sie sind jetzt 22 Jahre alt - mehr Probleme. Und auch, weil sie in der DDR keine Möglichkeit mehr gehabt haben, sich relativ oft, zwanglos und normal zu artikulieren. Das ist nicht obwohl, sondern weil jetzt alles machbar ist. Sie können sich jetzt die Trainer aussuchen. Sie sind nicht mehr an einen Trainer gebunden, sie können jetzt sagen: „OK, Herr Sowieso, das war's, ich suche mir einen neuen Trainer." Sie haben die Möglichkeit, den Ort zu wechseln. Sie konnten nach der Wende in der gesamten Bundesrepublik - sie waren ja relativ gute Sportler, sind es nach wie vor - neue Vereine suchen mit neuen Trainern und einer besseren finanziellen Absicherung. Aber - toi toi toi - die Athleten sind alle in Berlin geblieben, obwohl sie aus meiner Sicht finanzielle Einbußen gemacht haben, sie sind arbeitslos gewesen und hatten Probleme mit der Freizeit, denn ich war nicht mehr den ganzen Tag für sie da, sondern nur noch stundenweise. Und sie wußten auch nicht mit den vielen neuen Möglichkeiten umzugehen. Die Jungs mußten erstmal ausloten, wieweit man

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

sich überhaupt in bestimmten Phasen entwickeln kann, inwieweit Vergünstigungen wahrzunehmen sind, wo sind Vorteile, was sind Vergünstigungen - die Erfahrung mußte und muß nach wie vor jeder Athlet für sich selber machen.

Und für viele Trainer war es ein großes Problem, auf einmal mit einem Honorar weiterarbeiten zu sollen, mit dem sie ihre Familien nicht ernähren konnten, und sie haben auch sehr schnell die Bindung zu den Athleten verloren sowie die Bindung zum Sport. Man muß schon ein wenig verrückt sein, um heutzutage im Sport zu arbeiten. Es kostet nicht nur sehr viel Zeit: Man muß auch Ideale haben, muß spinnen können und noch Träume haben. Denn die im Moment problematische Situation in unserem neuen Staat - sage ich mal - bringt für uns auch viele negative Erscheinungen mit sich, vor allem im sozialen Umfeld. Vorhin wurde gefragt, wo denn die Vorteile des DDR-Sportes lagen. Es gab einen ganz großen Vorteil - bei dem man allerdings bezweifeln kann, ob es überhaupt ein Vorteil war: die völlige Absicherung seines Lebens. Man konnte sich bequem in den Sessel setzen, man wurde auf alle Fälle Rentner, man brauchte sich um relativ wenig, um fast gar nichts, zu kümmern. Es war eben alles vorgegeben. Und nun hat man das nicht mehr. Ich hatte das nicht mehr, ich konnte mich jetzt weiterentwickeln, keiner sagt einem, wohin, wozu und wofür - die Ziele und Motive muß man sich selber setzen, und damit haben wir nach wie vor zu tun, nicht nur als Athlet, sondern auch als Trainer. [...]
Vielleicht noch ein Beispiel: Mein Tagesrhythmus als Trainer hat sich gewandelt. Früher haben wir um 10.00 Uhr angefangen und um 17.00 Uhr war Feierabend, da waren wir noch nicht mit dem Training fertig, wir hatten nicht zweimal am Tag trainiert. Jetzt sieht mein Tagesablauf so aus: Ich bringe um 6.30 Uhr die Kinder in den Kindergarten und bin zwischen 20.00 und 22.30 Uhr zu Hause. Wenn es gut geht, bin ich schon vor 22.00 Uhr zu Hause, aber das ist nicht die Norm. Das erklärt sich daraus, daß ich meine Nebentätigkeit als Trainer in den Abendstunden wahrnehme. Deshalb sage ich, man muß verrückt sein, solche Sachen zu machen, weil man ja doch im persönlichen Bereich Opfer fordert, die durch das Finanzielle überhaupt nicht aufgewogen werden. [...]

W. SCHÄFER:
Ich habe ein gewisses Problem, das ich wahrscheinlich mit denen teile, die nicht direkt im Sport tätig oder Leistungssportler waren. Für mich ist es schwierig nachzuvollziehen, was Teile der Bevölkerung nicht nur in

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Deutschland, sondern in vielen Teilen dieser Welt dazu bringt, sich bei Olympischen Spielen oder Weltmeisterschaften mit dieser Faszination vor ein Radio oder vor den Fernseher zu setzen - manche exzessiv sogar - und die Wettkämpfe zu verfolgen. Natürlich wird das von politischen Meinungsmachern genutzt. Und die Gesellschaft der DDR hat das natürlich bemerkt, so daß sich über viele Jahre ein festes System etabliert hat, das dann in festen Bahnen lief. Für mich ist es schwierig - der Psychologe könnte dazu vielleicht etwas sagen -, was der tiefere Grund ist. Es ist ja eine systemübergreifende Erscheinung, hat also nichts mit Sozialismus oder anderen Gesellschaftsformen zu tun. [...]

U. HAKUS:
Das kann an der enttäuschten Sporterfahrung liegen, die wohl jeder mal gemacht hat, wenn er Sport getrieben und wieder aufgehört hat.

R. LINDNER:
Muß man das denn legitimieren? Man kann sich genauso dafür begeistern, wie man sich begeistert, wenn man ins Kino oder ins Theater geht. Gibt es etwa legitime und nicht legitime Formen der Kultur?

W. SCHÄFER:
Warum größere Teile der Gesellschaft zu gewissen Höhepunkten diese so verinnerlichen und dann ist es wieder völlig weg, ist schwer zu sagen. Dann kommt wieder eine Olympiade, und alle sind wieder ganz da. Und auf der anderen Seite - und das ist für mich das Problem in dieser Bundesrepublik - verstehe ich nicht, daß die Förderung und die Unterstützung so weit abgebaut ist. Daß in der Gesellschaft die Förderung nicht mehr dieselbe Rolle spielt und die Probleme der Trainer und Sportler so wenig wahrgenommen werden. Es hat sich soviel verschlechtert für die Athleten, die ja doch sehr viele Entbehrungen im Training auf sich nehmen. Ich kenne das von einigen, die beim Rudern waren, sie waren nicht glücklich, wenn sie ihre Trainingseinheiten hinter sich hatten. Sie gingen immer bis an ihre Leistungsgrenzen. Dann ist der Erfolg verständlicherweise nach drei oder vier Jahren oder vielleicht manchmal erst nach zehn Jahren die große Erleichterung.

U. HAKUS:
Gute Kader - das habe ich als Trainer miterlebt - waren nicht unbegrenzt vorhanden. In der DDR der 80er Jahre gab es Sportler, die im Grunde genommen ihren Zenit überschritten hatten. Da aber noch kein Nach-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

wuchs da war, mußten sie versuchen, so lange noch gute internationale Leistungen anzubieten, bis Nachwuchskader da waren. In solcher Situation war es wirklich problematisch, einfach aufzuhören. Es wurde Druck auf diese Sportler ausgeübt. Wir wollten den Europacup gewinnen, wir wollten den () gewinnen - ich gehe von der Leichtathletik aus - und das mußte ja irgendwie realisiert werden. Also mußte man Ältere reaktivieren. Deshalb kam man schwer vom Sport weg.

[...]

PUBLIKUM:
Wie haben sich die Verhältnisse jetzt geändert?

U. HAKUS:
Ich möchte es an meinem Beispiel veranschaulichen. In der Wendezeit haben wir eine Dreiraumwohnung bekommen, wir hatten vorher zu dritt mehrere Jahre in einer Einraumwohnung gelebt, meine Frau hat auch studiert, ich war dann als Trainer beschäftigt, und dann kam auch schon unser kleiner Sohn. Es war alles ein wenig kompliziert, außerdem war die Wohnung im Hinterhof. Viel Geld habe ich auch nicht verdient: als ich in einem staatlichen Betrieb arbeitete, habe ich mit 600 Mark im Monat angefangen. Jetzt habe ich die Möglichkeit, mich mit Leuten zu unterhalten, die nicht aus der DDR kommen, die aus Frankreich kommen oder aus Großbritanien oder aus Spanien oder aus Amerika, ich habe die Möglichkeit, in andere Trainingslager zu fahren. Mehrere Jahre hintereinander waren wir auf den Kanarischen Inseln, wo auch viele Nationalmannschaften trainieren. Man hat heute die Möglichkeit, mit seinen Athleten mehr unterwegs zu sein. Und auch familiär haben wir uns einige Ziele erfüllen können. Wir haben jetzt soviel, wie meine Eltern nach dreißig Jahren hatten. Das kann ich natürlich alles nur aus meiner jetzigen Position, wo ich Arbeit habe, sagen, wo ich in der glücklichen Situation bin, Arbeit zu haben. Deshalb können wir es uns leisten, daß meine Frau eine Umschulung macht, die wir selber bezahlen. Insofern hat die Wende für uns persönlich sehr viel gebracht, wir haben jetzt die Möglichkeit, zusammen zu trainieren, die hätten wir in der ehemaligen DDR nie gehabt.

A. RICHARTZ:
Ich habe eine etwas andere Sicht auf die Dinge, weil ich als Sportsoziologe, als Westler, als jemand, der im Nachhinein Veränderungsverläufe an-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

schaut - auch ganz andere Informationen bekomme, auch einen anderen Blick, eine andere Perspektive habe. Das Forschungsteam, dem ich angehöre, interessiert sich für biographische Verläufe von Jugendlichen, die in Berlin Sportschulen besuchen, darunter ehemalige Kinder- und Jugendsportschulen, von denen schon die Rede war. Dabei werden Schüler der achten bis elften Klasse von uns interviewt. Ich möchte zunächst nur kurz in Erinnerung rufen, was die wichtigsten Charakteristika einer KJS sein sollten. Sie sollte hocheffizient sein, Eignungsperspektiven erkennen und ein gutes Leistungsprognosesystem entwickeln, zum Beispiel hinsichtlich der Körpergröße. Bei anderen Parametern bin ich mir nicht so sicher, weil ich kein Trainingswissenschaftler bin. Sie strebten ein sehr hohes Maß an Verläßlichkeit an, sowohl in Hinsicht auf die Schulkarriere wie auf die Sportkarriere; Lebenslaufbahnen wurden längerfristig ins Auge genommen und eine entsprechende Schulorganisation entwickelt, bei der die Entwicklung der sportlichen Leistungen in den Mittelpunkt gerückt war und die Schulorganisation sicherzustellen hatte, daß keine Nachteile im Bereich der kollektiven sozialen Entwicklung daraus entstehen. Es wurde organisatorisch sehr viel bereitgestellt, um gute sportliche Leistungen zu ermöglichen und trotzdem die Bildungslaufbahn sicherzustellen. Am Ende der Ausbildung konnten Klassen mit sehr wenig Schüler stehen.

Ich habe einmal von einer Klasse gehört, in der Andreas Koben am Ende allein war. Das war gekoppelt mit einer entsprechenden Schulzeitverlängerung, das heißt mit einer Entzerrung des Bildungsabschnittes, in dem der kognitive Stoff angeeignet werden muß. Diese Charakteristika beschreiben zugleich, was sich verändert hat. Zur Erinnerung: Im institutionellen Bereich wurde die Schulleitung ausgetauscht. Die Schule paßte nicht in das Bildungssystem der BRD, und zwar aus folgenden Gründen: Da ist zunächst der Bildungsauftrag, der für die Schulen der BRD anders definiert ist, ferner das Recht der Eltern, die Schulzuweisung der Kinder zu bestimmen. Es kommen wesentliche rechtliche Probleme hinzu, die dazu führten, daß die Weiterführung dieser Sportschulen überhaupt in Frage stand. Es werden zur Zeit eine ganze Reihe von Modellen ausprobiert und entwickelt. Es handelt sich um 16 Schulen plus Wintersportschulen, insgesamt also 20 Schulen. Davon befinden sich drei hier in Berlin. Teilweise wurden Schulen zusammengelegt. Als erstes wurden die Schulleitungen ausgewechselt, die Schulleiter an den Schulen im Osten Berlins sind alle ehemalige Lehrer aus dem Westen oder besser: Direktoren aus dem Westen, und der Rest des Leitungsgremiums der Schule

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

besteht meistens aus ehemaligen Ostlehrern. Dann ist das Lehrpersonal ausgewechselt worden, ich glaube achtzig Prozent der Lehrer, die im Osten unterrichtet haben, sind ausgewechselt worden durch Lehrer, die sonst an anderen Schulen unterrichtet haben. Unter ihnen sind auch einige Westlehrer. Das heißt, insgesamt hat sich die Schulorganisation von der Ausrichtung auf Sport und Leistungsentwicklung zur schulische Entwicklung gedreht. Oder: Wir haben beide voneinander entkoppelt, um es genauer zu sagen. Zum Beispiel müssen die Lehrer jetzt ihre Rahmenpläne erfüllen - ganz wie an einer normalen Schule auch. Sie haben jetzt ein Interesse daran, den normalen Fortschritt in ihrer Klasse sicherzustellen. Sie haben mit dem Sport nichts zu tun, auch nichts mit sportlicher Laufbahn, sie haben vielleicht nicht mal eine Kenntnis über oder ein Interesse an der sportlichen Laufbahn. Aber nicht nur die Leitung und das Lehrpersonal sind ausgewechselt worden, auch die Schülerpopulation hat sich verändert. Wenn früher eine Klasse zum Beispiel nur aus Leichtathleten bestand, hat sie jetzt durch die Öffnung des Schulzuganges ein völlig heterogenes Publikum. Bei den Leistungssportlern sind entsprechend ganz unterschiedliche Sportarten in einer Klasse. Sie können sich vorstellen, daß das hinsichtlich der Trainingsabläufe und der Koordination große Probleme mit sich bringt. Und da sowohl die sportliche wie auch die schulische Seite ihr Überleben sichern will, gibt es ständig Reibungsflächen. Für die Schule hat sich damit natürlich auch die Verläßlichkeit einer Entwicklungsplanung, einer Perspektive völlig verändert. Es wird nicht sichergestellt, daß bei Konflikten zwischen der Schul- und der Sportkarriere eine gute Lösung gefunden wird, oft gilt es zu entscheiden: Nehmen wir Nachteile im Schulbereich in Kauf, um im Training intensiv wie bisher weiter zu machen oder umgekehrt? Auch die Entwicklung nach dem Schulabschluß ist ungewiß, es bleibt offen, ob das Sportengagement genug Vorteile bietet, wobei das auch sportartspezifisch und leistungsspezifisch ist.

Ich will es hierbei belassen und von einigen Auswirkungen berichten, die man erfährt, wenn man mit den Schülern spricht. Zunächst ist eine sehr große Enttäuschung festzustellen, da die meisten Schüler - ich glaube durchweg - die Schule, wie sie jetzt ist, als Verlust erfahren. Das System der KJS fanden sie in vieler Hinsicht besser und ihnen zuträglicher. Zweitens empfinden die Schüler oft große Orientierungsschwierigkeiten. Das hängt zwar vom biographischen Verlauf ab, es handelt sich immer um Einzelschicksale, trotzdem ist die Entscheidung, wann man was macht, welchen Beruf man wählen könnte, welche Vorleistungen man bringen

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

muß, völlig unklar. Es gibt deshalb eine Art Motivationsloch. Das ist besonders bei Westschülern zu beobachten. Sie sagen zum Beispiel: „Am Sonntag mache ich nichts." Die Trainer an solchen Schulen haben mitunter damit zu kämpfen, daß die Persönlichkeit der Schüler den Bedingungen nicht mehr angemessen ist. Heute ist ein Wechsel in der Einstellung zum Training erforderlich. Während früher das Training durch äußere Kontrolle aufrecht erhalten werden konnte, sind heute die Bedingungen verändert. Der Schüler muß selbst seinen Trainingsprozeß kontrollieren. Er muß zum Beispiel das Training straff weiter machen, wenn der Lehrer aus der Halle geht, er darf nicht aufhören, wenn der Trainer mal nicht hinschaut. Das führt manchmal zu Leistungsabfällen. [...]

WOLFGANG WEBER:
Man hatte in der DDR nicht die Möglichkeit sich auszuprobieren, sondern die Sportkarriere wurde vorgegeben.

A. RICHARTZ:
Ich meine, wenn wir vom Ausprobieren von Möglichkeiten sprechen, muß man sich vergegenwärtigen, worum es dabei geht. Es geht ja um Trainingsumfänge von zwanzig, dreißig Stunden in der Woche. Es kann auch sein, daß es weniger sind, aber zumindest ist das für den Sport artspezifisch und altersspezifisch zu differenzieren. Es kann also nicht nur so eine Art Ausprobieren bleiben, so wie man zum Beispiel mal in die Sternwarte geht und guckt, ob einen Astronomie interessiert.

[...]

W. SCHÄFER:
Diese Schule hat nach allen Auswechslungen und Veränderungen nichts mehr mit der KJS zu tun. Nichts außer eventuell den Namen. Ich kann mich erinnern, daß französische Trainer nach Berlin kamen und die KJS kennenlernen wollten, sie wollten sehen, was für sie positiv für ihre Ganztagsschule wäre - in Frankreich ist ja das Schulsystem auch ein ganz anderes als in der Bundesrepublik. Und jetzt wird gesagt: "Komm damit zurecht, richte Dich nach unseren Gesetzen, Du hast es ja so gewählt, richte Dich nach dem, was jetzt zu tun ist."

A. RICHARTZ:
Man kann feststellen - wenn man über diese Schulen spricht -, daß man

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

nicht über seinen Schatten springen kann, daß man immer das favorisiert, was man kennengelernt hat, das Schulsystem, das einem vertraut ist. Wenn man die Halbtagsschule besucht hat, dann findet man das natürlich besser. In Frankreich findet man es selbstverständlich, daß die Schule sich auch auf den Nachmittag erstreckt. Wenn man ein dezentralisiertes Abitur kennengelernt hat, hält man das für das Vernünftige, das Normale, hat man das Zentralabitur kennengelernt, dann ist das das Gerechte usw. Sie können das auf vielen Gebieten durchgehen, ich habe vergleichende Studien zwischen der Bundesrepublik und der ehemaligen DDR aus Frankreich kennengelernt, das ist ganz genau dasselbe. Aber unter den Bedingungen der Bundesrepublik, des bundesrepublikanischen Schul- und Bildungswesens und der entsprechenden pädagogischen Vorstellungen darüber, wie Persönlichkeiten heranzubilden sind und sich zu entwickeln haben, der Freiheit, der Würde usw., versteht es sich, daß die KJS nicht mehr so weiterexistieren konnte. So etwas wie eine nationale Talentsichtung, wie es sie in der DDR gegeben hat, ist undenkbar. Viele Politiker hätten das furchtbar gern so gemacht, insbesondere unser Innenminister war ganz wild darauf, dieses System zu übernehmen. Aber es geht nicht. Es geht nicht, daß wir ein nationales zentrales Talentsichtungssystem haben, das lückenlos alle Menschen erfaßt, das Messungen vornimmt, um zukünftige Größenverhältnisse oder absolute Größen festzulegen. Das ist vollkommen unvereinbar mit allen Vorstellungen, die wir von der Schule haben. Wir haben ja auch Vorstellungen vom Datenschutz, von bestimmten schützbaren Werten der Persönlichkeit usw. Das sind Bremsen, an denen kann kein Schulsystem vorbei.

Zweitens: Sie können keinen Bildungspolitiker in der Bundesrepublik davon überzeugen, daß der Sport wichtiger ist als die Inhalte der Schule. Sie können keinen Medizinprofessor davon überzeugen, daß Sportler besondere Konditionen bekommen müssen, damit sie besser fechten können. Einige Vergünstigungen sind annehmbar - sie dürfen zum Beispiel eine Zwischenprüfung nachmachen, das ist alles. Oder einen Schein einen Monat später. Oder sie dürfen auch mal ein Semester verschieben, aber das darf eigentlich auch jeder Student. Aber daß man dem Sport einen so großen Wert beimißt, akzeptiert kein Lehrer, auch die Sportlehrer nicht. Das geht gegen das System der Bundesrepublik. Sie wahrscheinlich als erste nicht - denn sie haben Sport nicht als einziges Fach, sondern unterrichten zwei Fächer. Zum Beispiel Sport und Französisch, Sport und Latein oder Sport und Mathematik usw. Und das zweite Fach wird sie immer daran hindern, das erste Fach Sport für absolut zu erklären. Ich

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

kann das deswegen gut beurteilen, weil ich selber diese Lehrer ausbilde und prüfe und auch Wert darauf lege, daß sie solche Einstellung entwikkeln. Man kommt nicht los von seinen eigenen Positionen. Ich kann Sie sehr gut verstehen, wenn Sie sagen, Sie haben das alles aufgebaut. Die DDR hatte ein ungeheuer tüchtiges, leistungsfähiges System, in der Sportförderung usw. Sie wollen das gerne beibehalten? Auch nur Elemente davon zu erhalten setzt sehr viel voraus, an Verständigung und Einsicht, daß beide Parteien nicht über ihren Schatten springen können. Der Schulsenator in Berlin wird es sich nicht entgehen lassen, die Direktoren neu zu besetzen.

W. SCHÄFER:
Wäre es nicht einfacher, sie nach Eignung zu besetzen, statt sie durchgängig auszuwechseln. Ja, genau, das ist es ja. Der Sieger trägt den Lorbeerkranz. Nun ist das natürlich nicht gerecht, tun wir nicht so, als ob es gerecht wäre!

A. RICHARTZ:
Es geht nicht darum - wir werden das bestimmt nicht behaupten. Aber der Sieger - wenn sie so wollen - in der Konfrontation DDR und BRD, wenn man das so ausdrücken will, der Sieger will möglichst beides haben, er will sein eigenes System so weit wie möglich auf den anderen Landesteil ausdehnen, und er will aus dem Sport maximal die Vorteile ziehen. Und das ist gescheitert, das kann man so sagen. Das wissen Sie besser als ich. Mit der Trainereinstellung, mit der Motivierung der Athleten - Sie sehen die Probleme, die auftauchen. Man kann nicht den Kuchen essen und ihn gleichzeitig haben. Irgendwas ist daran, was nicht möglich ist, und im Augenblick hat man das Gefühl, daß es eine Vermischung von Formen gibt. Ihnen bereitet das Bauchschmerzen, anderen bereitet das im Westen auch einige Unklarheiten. [...]

G. GEBAUER:
Ich möchte mich herzlich bedanken bei denjenigen, die uns heute informiert haben. Was mir hier gut gefallen hat, ist zweierlei. Erstens die Fülle an konkreten Informationen, die immer mit konkreten persönlichen Schicksalen verbunden sind, und zweitens die unverkrampfte Art, wie darüber berichtet wurde und wie man sich gegenseitig darüber informiert hat. Etwas ist geschehen, was sonst in ähnlichen Kreisen, wo nur Deutsche unter sich sind, nicht vorkommt: Es wurde öfter gelacht. Das allein zeigt schon, daß dieser Abend gelungen ist.

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Lokalpolitik in Eberswalde

Diskussion am 30.06.1993 mit:

Etienne François	Historiker
Rolf Lindner	Soziologe
Birgit Müller	Sozialanthropologin
Sophie Kotanyi	Filmemacherin
Sieghart Neckel	Soziologe
Christian Trill	Stellvertretender Bürgermeister
Publikum	

SIEGHART NECKEL
Gemeinsam mit Helmut Berking und mit den Studenten unseres Instituts führen wir seit 1990 eine Studie zum sozialen und politischen Wandel in der Stadt Eberswalde durch und freuen uns sehr, heute abend hier darüber sprechen zu können. Uns wurde gesagt, das Kolloquium zeichnet sich auch dadurch aus, daß ein Gespräch zwischen den Akteuren, den Betroffenen dieses Transformationsprozesses und interessierten Wissenschaftlern stattfinden soll und daß man vor allen Dingen an Berichten aus erster Hand interessiert ist sowie daran, was sich jetzt ändert. Wir schlagen vor, daß ein Betroffener, ein Akteur, den ich gleich vorstellen werde, zunächst aus seiner Sicht die Situation in der Stadt Eberswalde schildert und wir dann unsere Stellung dazu erläutern. Christian Trill, stellvertretender Bürgermeister von Eberswalde, hat sich bereit erklärt, uns über die Veränderungen in Eberswalde zu berichten.

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

CHRISTIAN TRILL:
Ich fand die Idee ganz toll, hier und heute über die Lokalpolitik und über ihre Entwicklung seit 1989/90 zu berichten. Deshalb habe ich auch spontan zugesagt. Ich freue mich auch darüber, daß Studenten und Studentinnen hier sind sowie Vertreter anderer Kommunalverwaltungen. Ich denke, da kann sich die eine oder andere Sache ergänzen, vielleicht sind in Berlin die Entwicklungen auch völlig andere als in Brandenburg. Ich werde mit meiner Person beginnen. Ich bin siebenundzwanzig Jahre jung und damit wohl immer noch der jüngste Beigeordnete in Brandenburg, ich bin verheiratet und habe zwei Söhne. Ich bin gebürtiger Eberswalder und von daher mit der Stadt immer verbunden gewesen. Ich habe bis September 1989 an der Humboldt-Universität in Berlin studiert und wollte zu DDR-Zeiten Lehrer werden, für Mathematik und Physik. Als sich in Berlin die Bürgerbewegung NEUES FORUM gegründet hatte, war ich als Student Feuer und Flamme. Für mich war es sehr wichtig, diese Gedanken auch nach Eberswalde zu tragen. So habe ich im September 1989 mein Studium abgebrochen und habe in Eberswalde als Mitinitiator der ersten Stunde das NEUE FORUM mitgegründet und maßgeblich dazu beigetragen, daß die politische Wende in Eberswalde ihren Anstoß im Herbst 1989 erhielt.

Im Mai 1990 war ich Kandidat für die Stadtverordnetenversammlung in Eberswalde/Finow und bin prompt gewählt worden. Damit begann etwas in meinem Leben, das ich mir ursprünglich nicht mal hätte vorstellen können, nämlich in einer Kommunalverwaltung als Berufspolitiker tätig zu sein. Einen Tag vor der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung fragte mich der designierte Bürgermeister, ob ich nicht Lust hätte, in der Stadtverwaltung Eberswalde/Finow eine leitende Position zu übernehmen. Ich habe erst eine Nacht darüber geschlafen, am nächsten Tag zugesagt - ohne zu ahnen, was auf mich zukam. Natürlich ist das völlig untypisch - ich habe mittlerweile kennengelernt, wie kompliziert das Verfahren ist, um an eine solche Position heranzukommen. Es ging dann eigentlich alles ziemlich schnell: Die Kommunalwahl war gelaufen, die Wahl als Beigeordneter lief ziemlich schnell über die Bühne, und ich habe mich dann einfach reingestürzt, ohne zu wissen, wo es hingehen soll. Aber ich hatte viele idealistische Vorstellungen und versuchte, mit meiner Intelligenz und meinen Ideen etwas anzuschieben.

Ich möchte zunächst etwas zur Stadt Eberswalde/Finow sagen, weil sie wahrscheinlich nicht sehr bekannt ist. Sie liegt fünfzig Kilometer nord-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

östlich von Berlin, ist die fünftgrößte Stadt im Land Brandenburg und die größte kreisangehörige Stadt im Lande Brandenburg. Wir hatten bis 1989 ungefähr 55 000 Einwohner, 1992 waren es nur noch 51 000. Dieser Trend ist leider noch nicht zu Ende. Die Einwohnerzahlen sinken weiter und vor allem die 18 - 25jährigen wandern aus der Stadt ab. Es kommt hinzu, daß die Geburtenrate drastisch gesunken ist, ungefähr auf ein Drittel der Vergleichszahlen von 1989. Die Stadt Eberswalde/Finow war bekannt als Industriestandort, vor allem der metallverarbeitenden Industrie. Der Kranbau Eberswalde hatte über 3000 Beschäftigte, heute sind es noch an die 600. Das Walzwerk hatte an die 2000, jetzt sind es noch 900. Dieser Abbau in der Industrie macht sich natürlich insgesamt in der Stadt stark bemerkbar, denn gerade dieser Bereich von Facharbeitern, dieses Arbeiter-Potential war schon sehr wichtig für die Stadt. Der Trend hat sich völlig von der Großindustrie abgewandt, und das erzeugt große soziale Spannungen in den Wohngebieten wie in der ganzen Stadt. Eberswalde hatte bis 1952 eine Forstakademie, die weit über die Stadt- und Landesgrenze hinaus bekannt war. Anfang der fünfziger Jahre wurde diese Forstakademie geschlossen, offensichtlich weil die Professoren ein wenig zu aufständig wurden. Im vergangenen Jahr wurde wieder eine Fachhochschule in Eberswalde gegründet. Nicht nur im Bereich Forstwissenschaften, sondern auch in anderen Sektionen soll dort künftig gelehrt werden, bis zu tausend Studenten sollen dort studieren.

Eberswalde war schon zu DDR-Zeiten, um das mit modernen Worten zu benennen, Mittelzentrum. Wir sind in der Planung des Landes Brandenburg als Mittelzentrum mit Entwicklungstendenz zum Oberzentrum eingestuft. Wir haben versucht, den Kahlschlag auf dem industriellen Sektor zu kompensieren, indem wir völlig andere Zweige ansiedeln - vor allem im Dienstleistungssektor. Es ist gelungen, mehrere Behörden in Eberswalde anzusiedeln, sowohl Bundes- als auch Landes- oder Kommunalbehörden, zum Beispiel die Kreisverwaltung. Eberswalde wird also weiterhin Kreisstadt bleiben. Der Mittelstand, vor allem Handwerk und Gewerbe, hat sich stark entwickelt. Seit 1990 registrierten wir im Bereich des Handwerks 406 Anmeldungen und im Bereich des Handels sogar 1400. Diese Entwicklung ist sehr wichtig für eine Stadt, denn gerade die Steuereinnahmen sind - oder sollten - die Hauptfinanzquelle der Kommunen sein. Um bei den Steuereinnahmen zu bleiben: In unserem städtischen Haushalt, der ein Gesamtvolumen von hundert Millionen Mark hat, haben wir ca. nur 1,2 Prozent an Steuereinnahmen aus Gewerbesteuern. Vergleichbare Städte liegen bei 35 Prozent. Vor allem die Hand-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

werksbetriebe, überhaupt die Gewerbetreibenden, nehmen sich sehr gute Steuerberater und lassen alle möglichen Investitionen, die sie in den vergangenen Jahren getätigt haben, entsprechend abschreiben. Für die Gewerbesteuer bleibt in den nächsten Jahren nicht viel übrig. Erschwerend kommt hinzu, daß freundlicherweise die Gewerbekapitalsteuer in den neuen Bundesländern nicht erhoben wird, so daß diese Einnahmequelle wegfällt. Gleichzeitig wurde aber eine Gewerbesteuerumlage beschlossen, die uns von den 1,2 Millionen an Gewerbesteuern nur noch 900 000 Mark übrigläßt. Mit 900 000 Mark sind nicht mal die Gehälter der städtischen Feuerwehr zu bezahlen.

Meine Aufgaben innerhalb der Verwaltung sind sehr vielschichtig. Ich bin verantwortlich für die Organisation der Verwaltung und für das gesamte Personalwesen. Wir haben immerhin noch 1100 Beschäftigte in der Stadtverwaltung und den entsprechenden Einrichtungen. Ich bin zuständig für die gesamte Ordnungsverwaltung und für das Personenstandswesen und zu guter letzt für die Kulturverwaltung. Höre ich die Diskussionen hier in Berlin, dann stelle ich fest, daß die gleichen - natürlich nicht in dieser Dimension, aber vergleichbar - auch in einer Stadt wie Eberswalde geführt werden - auch dort ist die Finanznot ganz erheblich. Wir hatten 1990, im Mai, als ich in der Verwaltung zu arbeiten anfing, über 1700 Beschäftigte. Es gab damals keinen wirklichen Gesamtüberblick - man mußte sich erstmal durcharbeiten, um herauszubekommen, welche Einrichtung städtisch, welche kreislich, welche bezirksgeleitet ist. Das waren große Probleme. Dazu kam, daß die Personalausstattung im Vergleich zu westlichen Städten um ein Drei- bis Vierfaches höher war. Die Finanzausstattung war aber um ein Drittel oder Viertel niedriger. Außerdem hatten die vorhandenen Mitarbeiter - gerade die Mitarbeiter im Bereich der Kernverwaltung - zum überwiegenden Teil niemals gelernt, was kommunale Selbstverwaltung ist. In fast allen Bereichen, angefangen von den Finanzzuweisungen bis zu den Stellenplänen, wurde alles zentralistisch im fernen Frankfurt - 80 Kilometer entfernt von Eberswalde - entschieden. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen waren nur noch ausführende Organe.

Jetzt sollen sie eigenverantwortlich nicht nur die Probleme erkennen, sondern auch nach Lösungswegen suchen. Besonders bei den Mitarbeitern, die bereits in der Verwaltung waren, war es ein sehr schwieriger Prozeß, sie dazu zu befähigen - und ist es immer noch. Viel bessere Erfahrungen haben wir mit denjenigen gemacht, die als sogenannte Seitenein-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

steiger in die Verwaltung kamen, die noch nie in der Verwaltung etwas zu tun hatten. Zum großen Teil waren es Naturwissenschaftler, Ingenieure, die Ideen mitbrachten und schneller verinnerlichten, wie kommunale Selbstverwaltung funktionieren kann. Die Ausbildung spielt dabei narürlich eine große Rolle. Niemand hatte eine Ausbildung auf der Grundlage der Ausbildungspläne, die in der Bundesrepublik üblich sind. Jetzt sind wir in der glücklichen Lage, eine Anpassungsfortbildung mitmachen zu dürfen. Man fragt sich manchmal, wohin man angepaßt werden soll. Aber dennoch ist es wichtig, daß alle eine derartige Weiterbildung mitmachen.

Bis Anfang 1991 gab es eine Schonfrist, in der man jede Entscheidung noch so begründen konnte: Ich wußte es nunmal nicht besser. Diese Zeiten sind jetzt vorbei. Bis Mitte 1991 schwebten wir irgendwo in einem gesetzlosen Raum. Die Gesetze der DDR waren zwar noch in Kraft, jedoch zum großen Teil nicht mehr anwendbar, weil bestimmte Verwaltungsebenen nicht mehr da waren oder weil die Zuständigkeiten sich völlig verändert hatten. Außerdem fanden die Landtagswahlen in Brandenburg erst ein halbes Jahr nach den Kommunalwahlen statt. Das hatte zur Folge, daß es keine Landesgesetzgebung gab. Der Einigungsvertrag hatte zwar festgelegt, DDR-Recht gilt in bestimmten Fällen als Landesrecht weiter, sonst gilt Bundesrecht als Landesrecht. Das war jedoch oft nicht anwendbar, da in den Bundesgesetzen häufig im letzten Absatz steht: Das nähere regelt das Landesgesetz. Und genau diese nähere Regelung hatten wir nicht, so daß wir da zum Anfang ziemlich in der Luft hingen. Das hatte den Vorteil, viele Dinge schneller und unbürokratischer lösen zu können, es hatte aber auch den Nachteil, daß manches entschieden wurde, das nicht rechtens war.

Jetzt erkennen wir, unter welchen Zwängen wir oft stehen und daß die vielen Ideen, die wir 1989/90 hatten, durch die Vielzahl der Gesetze und Überlieferungen aus dem alten Bundesgebiet nicht zu verwirklichen sind. Wir können nicht mehr so frei entscheiden, wie wir eigentlich möchten. Andererseits wurden wir durch unserere Partnerstädte aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sehr unterstützt. Ich denke, ohne diese „Aufbauhilfe" - so wurde es genannt, und das ist genau die richtige Bezeichnung - wäre es in vielen Dingen nicht so schnell vorwärts gegangen. Wir hatten das Glück, wirkliche Partner in unserer Verwaltung zu haben, die nicht nach dem Motto arbeiteten, alles, was sie machen, ist richtig, und wir müssten das genauso machen. Sie haben uns immer Alterna-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

tiven offengelassen. Den sogenannten Besserwessi haben wir in unserer Verwaltung zum Glück nicht erlebt. Wir konnten viele Dinge lernen und hatten immer Entscheidungsmöglichkeiten. Wir konnten sagen, wir machen es so, auch wenn es in den Partnerstädten ganz anders gemacht wird.

Auf der politischen Ebene haben wir in Eberswalde eine sogenannte Ampelkoalition. Die SPD erreichte bei den Kommunalwahlen 1990 mit über 40 Prozent das beste Ergebnis, das überhaupt im Land Brandenburg erreicht wurde. Die CDU hingegen kam knapp über 25 Prozent. Die PDS sitzt mit 15 Prozent noch im Stadtparlament, die Grünen haben zusammen mit dem NEUEN FORUM eine Fraktion gegründet und liegen bei 10 Prozent. Ich kann heute sagen, daß die anfänglichen politischen Diskussionen davon getragen waren, möglichst einen Konsens zu finden. Das hat sicherlich seine Wurzeln in den Gepflogenheiten, die damals am RUNDEN TISCH geboren wurden. Politisches Gezänk oder Austausch von politischen Grundsatzpositionen - um eventuell möglichst viele Wähler für sich zu gewinnen - haben wir bis Anfang 1992 nicht gekannt. Jetzt ist das allerdings anders. In den öffentlichen und auch in den nichtöffentlichen Sitzungen der Ausschüsse finden ebenso wie in der Stadtverordnetenversammlung politische Auseinandersetzungen statt, bei denen jeder auf seinen Grundsatzpositionen verharrt und nicht mehr bemüht ist, einen gemeinsamen Nenner zu suchen. Ich finde es schade, denn es hätte doch die Möglichkeit bestanden, eine neue politische Kultur in Gang zu setzen. Doch auch in dieser Hinsicht haben wir uns leider viel zu schnell den Verhältnissen der alten Bundesländer angepaßt. Mittlerweile haben wir in vielen Gesprächen und aus eigenen Anschauung mitbekommen, wie in den Kommunen in Westdeutschland politisch gearbeitet wird.

Die wichtigsten Themen, die während der gesamten Legislaturperiode diskutiert werden, lassen sich ziemlich kurz darstellen. Zunächst wird ständig über die Finanzausstattung der Kommunen diskutiert, vor allem darüber, was mit dem wenigen Geld gemacht wird. Im Grunde reicht dieses Geld nicht einmal aus, die Pflichtaufgaben zu erfüllen - dennoch setzt darüber die politische Diskussion ein. Obwohl im Land Brandenburg das KITA-Gesetz besagt, daß ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindergartenplätzen gesichert werden muß, wird immer wieder versucht, das Gesetz zu umgehen, um Personal einzusparen, was eine qualifizierte pädagogische Arbeit unmöglich machen würde. Ein zweiter Diskussi-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

onspunkt ist die Frage der Stadtentwicklung, der Stadtplanung. Dabei gibt es zwei extreme Meinungen. Die eine will, daß Eberswalde ein liebes, kleines, kleinbürgerliches Städtchen mit 50 000 Einwohnern bleibt. Die andere denkt an eine blühende Stadt mit bis zu 100 000 Einwohnern. Darüber wird zur Zeit politisch viel gestritten.

Wir haben ein großes urbanes Problem. Bis 1972 bestand die Stadt Eberswalde/Finow aus zwei Städten: Eberswalde und Finow. Obwohl keine Zusammenhänge zu erkennen waren, auch kein fließender Übergang zwischen ihnen - der ist auch heute noch nicht da -, hat man diese Städte zu einer Stadt vereint. Es immer noch keine einheitliche Stadt entstanden; es ist einfach ein Loch zwischen ihnen da. Zwischen den Städten klafft gewissermaßen ein Niemandsland. Es wäre also wichtig, einen Zusammenhalt zu schaffen, den geographischen Mittelpunkt der Stadt zu entwickeln. Zum anderen hat Eberswalde/Finow einen Bandstadtcharakter. Die Entfernung vom Ortseingangsschild bis zum Ortsausgangsschild beträgt vierzehn bis fünfzehn Kilometer. Da schlängelt sich die Stadt entlang, was schon an sich große Verkehrsprobleme mit sich bringt, aber außerdem führt eine Bundesstraße durch die Stadt. Der gesamte Kraftverkehr und LKW-Verkehr geht über diese eine Straße. Das stellt eine außerordentliche Belastung für Mensch und Umwelt dar. Wir arbeiten an den verschiedensten Lösungen, Umgehungsstraßen,Verkehrsentwicklungspläne werden entworfen und verworfen. Es ist ein langwieriger Prozeß.

Ein anderer Punkt, der in der politischen Auseinandersetzung besonders der letzten Wochen immer wieder eine Rolle spielte, ist die zumutbare finanzielle Belastung der Bürger. Der Innenminister fordert, möglichst alle Finanzierungsquellen zu erschließen, um unsere eigene Finanzkraft zu erhöhen. So wurden Satzungen über Straßenausbaubeiträge oder Erschließungsbeiträge erlassen. Die Höhe der Beteiligung der Bürger an solchen Leistungen - im Dezember haben wir Kommunalwahlen in Brandenburg - ist Gegenstand fast jeder Stadtverordnetenversammlung geworden. Von großer Bedeutung ist auch die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung nicht nur der Stadt, sondern der Region. Wir erhoffen uns entsprechende Impulse durch die Einrichtung eines Regionalflughafens. Eberswalde hat schon seit Anfang des Jahrhunderts einen Militärflugplatz. Nach dem Abzug der Russen wollen wir diesen zivil weiter betreiben und erhoffen uns dadurch, den einen oder anderen Investor zu bewegen, sich in oder um Eberswalde niederzulassen. Insgesamt ist die Anbin-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

dung ans überregionale Verkehrsnetz recht gut. Zum einen gibt es Autobahnen, zum anderen den Oder-Havel-Kanal, ferner die Schiene, die Berlin und Polen wieder direkt verbindet, und schließlich käme dieser Flugplatz dazu.

Nicht nur in Eberswalde, sondern in allen ostdeutschen Kommunen, wahrscheinlich auch in Berlin, spielen die Eigentumsverhältnisse, das Eigentum von Grund und Boden und von Gebäuden eine besondere Rolle. Man kann nicht oft genug sagen, was der Einigungsvertrag in dieser Sache verzapft hat. In der Stadt Eberswalde gibt es 4000 Rückübertragungsansprüche für Grund und Boden, für Gebäude und andere Dinge. Das ist ein großes Hindernis für die Planung und für die Neuansiedlung. Das kann sich eine westdeutsche Verwaltung überhaupt nicht vorstellen, daß da ein Grundstück ist, bei dem nicht klar ist, wem es gehört. Ein Beispiel: in der Innenstadt wollen wir ein großes Einkaufszentrum auf einem Platz bauen, für den es 42 Grundstückseigentümer gibt. Alle behaupten, sie wären die rechtsmäßigen, aber keiner weiß es so richtig. Jeder hat einen Antrag gestellt, doch zugesprochen wurde der Platz erst einem Viertel von ihnen. Das stellt uns vor natürliche vor riesige Probleme. Das ist wahrscheinlich in Ostberlin nicht anders.

Wie in Berlin, wo um das Schillertheater heftig diskutiert wurde, haben wir intensiv um unsere Kultureinrichtungen gestritten und gerungen. Doch die Kultur wird kein Wahlkampfthema mehr sein, weil es - zumindest für die nächsten drei bis vier Jahre - ein ausreichendes Angebot gibt. Dann wird man zusätzliche Möglichkeiten schaffen müssen, denn eines dürfen wir auf keinen Fall: die Einwohner geistig verarmen lassen. Wir wollen nicht, daß die Einwohner von Eberswalde nach Berlin fahren müssen, um mal ein kulturelles Erlebnis zu haben. Als Mittelzentrum sind wir das nicht nur den Einwohnern schuldig, sondern auch dem Umland. Es wird schon genug Kahlschlag betrieben. Soweit vielleicht als Einstieg, als Überblick. Sicherlich könnten wir viele Stunden zu jedem einzelnen Punkt sprechen, es gibt vielleicht aber noch das eine oder andere Thema, das man intensiver diskutieren könnte.

S. Neckel:
Wir haben einige Informationen über die Stadt Eberswalde erhalten. Vielleicht sollten wir kurz sagen, wie wir zusammengekommen sind. Die Idee, eine Gemeindeforschung in der damals noch existierenden DDR, hatten Helmut Berking und ich um 1989. Wir hatten in Ostberlin Kolle-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

gen kennengelernt, die vor allem Kulturwissenschaftler waren, und wir hatten in Westberlin bereits in den Jahren zuvor lokal gearbeitet. Es ging dabei um Stadtteilstudien, vor allem über die Entwicklung von Lebensstilen in städtischen Räumen und deren politische Auswirkungen. Dann bot sich die Gelegenheit nach dem Fall der Mauer an, das auch in Ostdeutschland zu machen. Wir wollten dabei an eine soziologische Tradition anknüpfen, die immer dann augenfällig wiederbelebt wird, wenn es Phasen eines rasanten sozialen Wandels gibt, bei dem sich die Ereignisse förmlich überschlagen. Das war so in den Vereinigten Staaten, wo das Instrument der Gemeindestudie das erste Mal entwickelt wurde, aber auch in der westdeutschen Nachkriegsentwicklung in den fünfziger Jahren, als die westdeutschen Städte durch die Zuwanderung der Flüchtlinge und durch den Wiederaufbau sich in ihrer Zusammensetzung stark veränderten. In solchen Zeiten versuchte man, brennpunktartig einen schnellen sozialen Wandel zu erfassen, wobei allerdings die Gemeindegröße in der Regel sehr viel geringer gewesen ist als die Stadt, mit der wir es jetzt zu tun bekommen haben. Die Stadt Eberswalde hat immerhin 50000 Einwohner. Für eine Gemeindestudie im umfassenden Sinne einer Art soziologischer Totalerhebung oder im Sinne einer möglichst vollständigen ethnologischen Studie oder ethnographischen Studie - wie wir eher sagen würden - ist diese Stadt zu groß.

Wie sind wir auf Eberswalde gekommen? Uns war klar, daß wir in Berlin wohnen bleiben würden, da wir an unser Institut gebunden sind. Wir haben mit Ostberliner Kollegen zusammen einen Zirkel um Berlin geschlagen, ungefähr im Umkreis von siebzig Kilometern. Das hielten wir für Tagesausflüge angemessen. In diesem Radius haben wir eine Stadt gesucht, die uns für die DDR durchschnittlich, gewöhnlich und normal erschien. Als wir mit dem Finger auf die Stadt Eberswalde kamen, sagten unsere Ostberliner Kollegen: Ja, nehmt Eberswalde, das ist die DDR. Das haben wir dann auch getan und sind im Dezember 1989 zum ersten Mal dort gewesen. Mit Hilfe von überwiegend kirchlichen Akteuren haben wir Anfang 1990 mit den ersten Interviews begonnen. Wer sind die Akteure, die einen Prozeß ins Gang bringen? Wir haben, quasi im Schneeballsystem, diejenigen kennengelernt - unter ihnen auch Christian Trill - die in dieser Zeit der Wende in dieser Stadt dabei waren, eine Art politische Doppelherrschaft aufzubauen: Auf der einen Seite gab es noch die alten Institutionen, den Rat des Kreises usw., auf der anderen Seite war ein „Runder Tisch", hatte sich faktisch eine bereits dominierende Gegenmacht etabliert. Diese Situation währte bis zu den Wahlen zur Volkskammer und dann zum Kommunalparlament. Zunächst bemühten wir

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

uns, die Akteure kennenzulernen, deren Beweggründe und Motive. Wir machten dann mit vielen von ihnen Mehrfachinterviews, bei den wir versuchten, die persönliche Entwicklung und den Wandel von Einschätzungen zu erfassen.

Nachdem unser erster Informationsbedarf ein wenig gedeckt war, strebten wir eine Gemeindestudie an, die sich vor allem auf den politischen Wandel konzentriert. Bei einer Stadt dieser Größe ist es nur möglich, bestimmte Ausschnitte der Realität einigermaßen zu rekonstruieren, zu dokumentieren, zu analysieren. Deshalb entschlossen wir uns dazu, die politische Sphäre zu unserem Hauptthema zu machen. Wir konnten auch hier an eine bestimmte Forschungstradition der Gemeindeforschung, die ebenfalls aus den Vereinigten Staaten kommt, anknüpfen. Diese versucht, auf Gemeindeebene die Prozesse politischer Machtbildung, die Prozesse sozialer Elitebildung abzubilden. Es gibt dafür verschiedene Methoden, die ihre Vor- und Nachteile haben. Wir haben uns für ein rekonstruktives Verfahren entschieden, mit dem wir erkennen wollen, wie im Lauf der Zeit bestimmte Entscheidungen getroffen werden, welche Regelmäßigkeiten dabei auftauchen, wie eine neue politische Elite - die bereits in Positionen ist oder auch informelle Bedeutung hat - sich herausbildet. Noch einige Bemerkungen zu unserer Methode. Wir arbeiten am wenigsten stationär, das heißt, wir halten uns nicht sehr lange in der Stadt auf. Das ist sicherlich in mancher Hinsicht ein Nachteil. Deshalb ist es auch keine ethnologische Arbeit. Wir versuchen, bestimmte Defizite, die sich daraus ergeben, daß wir den Alltag in dieser Stadt nicht durchdringen, dadurch auszugleichen, daß wir einen sehr langen Zeitraum ansetzen und in diesem Zeitraum bestimmte Entwicklungen konzentriert verfolgen.

Unsere Forschung begann Anfang 1990 und endet mit der Kommunalwahl im Dezember 1993. Unser Ziel ist es also, unter dem Gesichtspunkt des politischen Wandels die erste Legislaturperiode abzubilden und zu analysieren. Die Arbeitsgebiete, die wir dabei unter uns verteilt haben, hängen auch mit der Mitarbeit von Studenten zusammen. Neben der Frage politischer Elitebildung untersuchen wir Konfliktstrukturen in der Stadt: Welche Konfliktstrukturen, welche Konfliktgruppen bilden sich heraus, wer steht gegen wen mit welchen Argumenten, wie wird Politik zwischen den unterschiedlichen Gruppen gemacht? Dieses Projekt ist seit dem letzten Jahr auch ein Studienabschlußprojekt an der Freien Universität, am Institut für Soziologie. Studenten entwickeln eigene

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Arbeitsschwerpunkte, zu denen sie in der Mehrzahl der Fälle auch Diplomarbeiten schreiben. Dabei geht es zum einen um die Entwicklung des lokalen Parteiensystems, darum, welche soziale Bindungen neu gegründete Parteien haben und welche alten in einer Stadt wie Eberswalde fortbestehen. Wie rekrutieren Parteien ihre Mitglieder, welche Art von Politik wird gemacht?

Ein zweiter Schwerpunkt beschäftigt sich mit dem, was man gemeinhin öffentliche Meinung nennt. Dazu werden zum Beispiel die lokalen Zeitungen analysiert. Eberswalde gehört zu den wenigen Städten in der ehemaligen DDR, in denen der Versuch unternommen wurde, eine eigene Lokalzeitung ohne westdeutsche Unterstützung zu gründen. Dieser Versuch ist - wie so manches andere - schief gegangen. Die Zeitung ist nicht direkt geschluckt worden, sie wurde jedoch niederkonkurriert von der ehemaligen Bezirkszeitung der SED, die sich heute im Besitz der () befindet. Wir versuchen, ein Profil der Argumentationsstrukturen in der veröffentlichten Meinung, der öffentlichen Meinung herauszuarbeiten, wobei es zwei zentrale Konflikte sind, die in diesem Bereich besonders interessieren. Der eine ist ein innerstädtischer Konflikt: der Rechtsradikalismus in der Stadt, der besonders offensichtlich wurde, als 1990 ein Angolaner in Eberswalde umgebracht wurde. Seitdem ist das Thema Rechtsradikalismus in vielfältiger Weise in der Stadt präsent. Wir untersuchen es, indem wir rechtsradikale Veranstaltungen besuchen, wir zeichnen sie auf, analysieren ihre Argumentationen. Wir sprechen mit Sozialarbeitern, die in den Jugendklubs mit ensprechenden Problemen konfrontiert sind, machen Interviews mit Schulleitern, mit Lehrern usw. Es geht uns dabei vor allem um den Umgang mit dem Phänomen.
Ein anderer Konflikt, der uns für bestimmte Konfliktkonstellationen typisch schien, war der Konflikt um die Ansiedlung eines großen Kaufhauses im Ortsteil Finow. Lange Zeit erregte er die Gemüter dieser Stadt. Das Zusammentreffen westlicher Investoren und einheimischer Politiker führte dazu, daß die Parteienkonkurrenzen gut abbildbar wurden.

Ein weiterer ausgewählter Ausschnitt ist der sozioökonomische Wandel, das heißt die Veränderung der ökonomischen Struktur in der Stadt und deren soziale Folgen. Im größten Wohngebiet der Stadt, in dem ca. 16000 - 17000 Einwohner leben, versuchen wir durch Experteninterviews, Beobachtungen, Teilnahme an bestimmten Ereignissen, Gespräche in Jugendklubs etc. eine qualitative Beschreibung des Wandels des Alltagslebens, der Problemstruktur dieses Wohngebiets - es handelt sich um

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

eine Plattenbausiedlung - zu erhalten. Das ist ungefähr die Bandbreite dessen, was wir untersuchen.

BIRGIT MÜLLER:
Das ist ja eine sehr umfassende Untersuchung des politischen Raumes in Eberswalde. Am Vortrag von Herrn Trill hat mich die Schilderung des gesetzlosen Raumes bis Mitte 1991 interessiert, von dem ihr ja auch noch was mitbekommen habt. Herr Trill, Sie haben das einerseits geschildert als eine nie wiederkehrende Möglichkeit zum unbürokratischen Handeln, wo alle möglichen Kräfte sich in Bewegung setzen konnten, kreative Ideen haben konnten - die danach nicht mehr so umgesetzt werden konnten, als die Landesgesetze, Reglements usw. über Eberswalde hereingebrochen sind. Was ist denn bis Mitte 1991 in die Wege geleitet worden? Sind in Eberswalde gerade in dieser gesetzlosen Zeit bestimmte Besonderheiten entstanden oder Weichen gestellt worden, die auch noch heute die politische Landschaft bestimmen?

C. TRILL:
Ich möchte zwei Beispiele dafür aufführen, was zunächst ging, und dann nicht mehr. Wir hatten ab Mitte 1990 einen Baudezernenten aus Westdeutschland, der die bundesdeutsche Gesetzgebung recht gut kannte, da er Rechtsanwalt war. Er wußte genau, was nicht geregelt ist, und hat dieses Wissen bewußt angewandt. Es gab damals weder einen Bebauungsplan noch einen Flächennutzungsplan. Es war aber möglich, Baugenehmigungen zu erteilen, zum Beispiel für ein großes Werk. Als dann die bundesdeutsche Gesetzgebung mit dem Einigungsvertrag in Kraft trat, waren die Genehmigungsverfahren durch, und es wurde gebaut. Doch das blieb leider fast die einzige Neuansiedlung auf dem produzierenden Sektor. Alles war unkompliziert, weil der Investor sagte: Na ja, wenn hier alles so schnell geht und so unkompliziert, dann komme ich sofort, das ist doch dann kein Problem. Ein anderes Beispiel: Es wurden auf der Grundlage dieses gesetzleeren Raumes Grundstücke verkauft mit der Option, dort sofort bauen zu können. Bei diesen Investoren handelte es sich aber um Einheimische, um Eberswalder Mittelständler, die noch nicht so bewandert waren in der Beschaffung von Finanzmitteln, die nicht Bescheid wußten über Kredite, über die verschiedensten Finanzierungsformen. Es hat einfach zu lange gedauert, bis sie sagen konnten: so, jetzt haben wir alles zusammen, jetzt können wir bauen. Und als sie alles zusammen hatten, war das Brandenburger Naturschutzgesetz in Kraft getreten, und auf einmal standen auf diesem Gelände Pflanzen, die

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

dort stehen bleiben mußten. Sie haben ihr Grundstück, haben aber noch immer nicht gebaut. Es ist einfach nicht mehr möglich, so zu handeln, wie man damals hätte handeln können. Wobei ich das nicht werten möchte. Man wollte ja nicht vorsätzlich etwas falsch machen, sondern man hat einfach gesagt: „Das ist gut und richtig, und das müssen wir jetzt eben machen". Man hat es damals mit seinem Innersten vertreten können. Jetzt sagt man auch: „OK, Naturschutzgesetz, Biotope müssen geschützt werden, also müssen wir überlegen, was wir im Rahmen der geltenden Gesetze machen können und wo wir investieren können." Zur zweiten Frage: Ich denke, es ist wenig davon übriggeblieben, wenig hinübergerettet worden. Mit jeder Stunde Anpassungsfortbildung bekommt man mehr mit, wo die Grenzen sind, sodaß man von vornherein einschätzen kann, ob sich der Aufwand lohnt oder ob man gegen Mauern rennt, die sich sowieso nie öffnen werden. Da sagt man sich angesichts des nie endenden Berg von Arbeit: „Gut, jetzt konzentriere ich meine Leistungskraft lieber auf das, was machbar ist."

SOPHIE KOTANYI:
Mich interessiert, wo die meisten Anpassungen gemacht werden mußten.

C. TRILL:
Die Grundidee der Weiterbildung, der Anpassungsfortbildung, ist richtig. Ich habe jedoch an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung des Landes Brandenburg die Erfahrung gemacht, daß wir offensichtlich aufgrund der Knappheit an Dozenten immer vorlieb nehmen mußten mit gestandenen Herren, die im Range eines Direktors a. D. wahrscheinlich bereits drei Jahre zu Hause gesessen haben nach vierzig Jahren bundesdeutscher Verwaltung, und die wirklich bemüht waren, uns dahin zu führen, wo sie mal aufgehört haben. Sie wollten uns genau dieses System, das sie in ihrer täglichen Arbeit gehabt haben, einfach überzustülpen, ohne nach links und nach rechts zu sehen, ohne unsere besonderen Bedingungen zu berücksichtigen, ohne zu sehen, wieweit man gehen kann und was einfach nicht machbar ist.

PUBLIKUM:
Gibt es da konkrete Änderungen durch die Realität des westlichen Rechtsstaates?

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

C. TRILL
Natürlich haben wir eine Rechtsstaatlichkeit. Da jedoch in diesem Staat - weil die Justizminister seit längerem Liberale waren - die Gesetzgebung oft ziemlich liberal ist, wird bei der Umsetzung der Gesetze oft ein großer Ermessensspielraum eingeräumt. Diese Ermessensspielräume wurden und werden von uns sehr stark ausgenutzt. In Westdeutschland ist man aufgrund der Tatsache, daß fast jeder Ermessungsspielraum schon einmal gerichtlich geklärt wurde, wesentlich enger. Wenn ich es vernünftig begründen kann, will ich flexibler sein und versuchen, so weit wie möglich jede kleine Lücke im Gesetz zu nutzen. Doch ich habe den Eindruck, auf dieser Anpassungsfortbildung soll uns das nicht vermittelt werden. Wir sollen uns auf dieser Schiene bewegen, immer schön geradeaus blicken, nicht sehen, was links und rechts ist. Damit habe ich Probleme. Zum Glück weiß ich in vielen Dingen auch in Bezug zur DDR nicht so Bescheid - ich ging zur Schule, habe studiert, jedoch nie in einem sozialistischen Betrieb oder in einer sozialistischen Verwaltung gearbeitet. Deshalb fehlen mir die Vergleichsmöglichkeiten. Ich habe das bisher eher als Vorteil empfunden.

ETIENNE FRANÇOIS:
Sie erwähnten in ihrem Bericht die Abwanderungsbewegung aus Eberswalde. Können Sie das näher erklären? Es würde mich interessieren, wieviele aus dem Westen gekommen sind, in welche Bereiche, mit welcher Qualifikation? Wer wandert aus und wie lange? Die zweite Frage: Sie sprachen über die Besitzrückgabe. Welchen Umfang hat sie? Und wie geht man mit dem dadurch erzeugten Unsicherheitsfaktor um? Eine dritte Frage, auch an Sie: Ich kann mir vorstellen, daß nach der Wende viele neue Formen der Organisation, Vereine z. B. und andere Zwischenformen zwischen den großen Parteien oder Blöcken entstanden sind. Was beobachten Sie auf diesem Gebiet der Neuformierung gesellschaftlicher Zwischenzonen? Und schließlich die Frage nach den Konflikten. Sie betonen das sehr stark in ihren Projekten. Haben Sie schon Teilergebnisse, können Sie schon sagen, nach welchen Mustern sich die Gruppen bilden? Was spielt dabei eine entscheidende Rolle? Verwandtschaftsbeziehungen, Kämpfe von großen Familien, die Ideologie oder die Parteizugehörigkeit - oder gibt es andere Faktoren? Welche Rolle spielt das Erbe der Begrenztheit, wie läßt sich das noch verfolgen, beobachten?

C. TRILL: Wir haben diese Wanderungsbewegung noch nicht sehr konkret untersuchen lassen. Es gibt einen entsprechenden Auftrag für die

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Stadtentwicklungsplanung, die derzeitig realisiert wird. Es gibt eine Landesentwicklungsgesellschaft, die u. a. auch diese Wanderungsbewegung mit untersuchen wird. Es ist aber so, daß aus den alten Bundesländern vor allem Führungskräfte - sagen wir der gehobenen und höheren Ebene - gekommen sind und immer noch kommen.

E. FRANÇOIS:
Wo wohnen sie?

C. TRILL:
Sie wohnen in Eberswalde oder in der Umgebung.

E. FRANÇOIS:
Kommen sie allein?

C. TRILL:
Erst allein, und wenn es läuft, dann holen sie ihre Familie nach.

E. FRANÇOIS:
Viele?

C. TRILL:
Ja, bei fast allen öffentlichen Institutionen wie Arbeitsamt, Finanzamt, Polizeipräsidium, natürlich Stadtverwaltungen, Sparkassen, Banken - gerade in diesen öffentlichen Bereichen sind es sehr viele.

E. FRANÇOIS:
Das heißt also, die Schlüsselstellen gehen an „Wessis"?

C. TRILL:
Ja, das kann man sagen. Zumindest für die zweite Ebene. In der Stadtverwaltung haben wir in der Führungsebene einen Beigeordneten aus Westdeutschland. In der Ebene darunter sind es mehr aus Westdeutschland. Im Arbeitsamt ist der Chef aus Westdeutschland, beim Finanzamt auch. Beim Polizeipräsidium haben wir eine Präsidentin aus Brandenburg, die zweite Riege ist dann wieder fast komplett aus Westdeutschland.

E. FRANÇOIS:
Wie sieht es in den Schulen aus?

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

C. TRILL:
In den Schulen sind eigentlich durchweg Eberswalder. Zur Abwanderung: Mir liegen darüber konkrete Zahlen vor, und zwar nach Alter geordnet. Es sind die 18-25jährigen und dann nochmal die 34-38jährigen, die abwandern, die sich regelrecht in Richtung Westen abwenden. Ich denke, ein Ende ist nicht abzusehen, man kann nicht sagen: 1995 oder 1998 ist es vorbei.

E. FRANÇOIS:
Sind das Leute, die endgültig aus der Stadt ausziehen oder gibt es darüber hinaus viele Pendler?

C. TRILL:
Pendler gibt es auch. Das ist aber überschaubar. Bei der Frage der Grundstücke ist es ähnlich, es ist nicht abzusehen, wann die Dinge insgesamt geklärt sein werden. Es besteht ein Mißverhältnis zwischen den Aufgaben, dem Berg an Arbeit und der Tatsache, daß man einfach kein Geld hat, um Personal einzustellen. Im Vermögensamt arbeiten bereits 23 Personen. Man brauchte eigentlich 60, um in einem überschaubaren Zeitrahmen zum Ende zu kommen. Zur Frage nach dem gesellschaftlichen Leben, nach der Neuformierung der Gesellschaft: Fast alle Vereine, die mal früher existiert haben, haben sich in derselben oder in abgewandelter Form wiedergegründet - ob Schützenvereine, Gesangsvereine oder Sportvereine. Ich finde es sehr schön. Es ist sehr wichtig, daß die Menschen einen Ausgleich finden, daß sie die Möglichkeit haben, sich selbst zu betätigen. Das ist ja sehr wichtig in dieser Gesellschaft. Man muß ja immer fit bleiben und Ideen haben und sich selbst antreiben. Ich finde, da hat sich schon sehr viel entwickelt und wird sich auch noch viel entwikkeln.

S. NECKEL:
Noch zur Frage der Zuwanderungen. Wer wandert zu? Nach unserer Beobachtung sind es ja verhältnismäßig wenige, die aus dem Westen zuwandern. Es konzentriert sich auch auf die öffentlichen Bereiche. Ich vermute, es sind Männer, die es entweder vor sich haben oder schon hinter sich haben.

Es sind ausnahmslos Männer, Männer, die entweder Ende zwanzig bis Ende dreißig sind und in der Mehrzahl der Fälle ledig. Und soweit ich

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

weiß, nicht mit Kindern. Jedenfalls wäre das die Minderheit. Und es sind Männer, die über 50 oder um die 50 sind, die ihre Familien in Westdeutschland haben und zurückkehren wollen. Zur Bevölkerungsentwicklung muß man hinzufügen, daß man nicht genau einschätzen kann, ob die reale Abwanderung nicht erheblich gravierendere Ausmaße hat. Wir selbst sind dabei, uns ein wenig durch die Datenbestände durchzukämpfen, die aus DDR- Zeiten verfügbar sind und die fortgeschrieben worden sind. Diese Datenbestände sind teilweise äußerst problematisch, sie wurden vor allem problematisch in der Zeit der Wende, als das allgemeine Bevölkerungsregister der DDR außer Rand und Band geriet und über Wochen und Monate nichts mehr ordentlich gemeldet wurde. Die tatsächlichen Wanderungsbewegungen konnten überhaupt nicht mehr statistisch abgebildet werden. Abgesehen von der Qualität der Datenbestände vor der Wende ist durch die Wende nochmal erheblich etwas durcheinander gekommen. Es kommt aber noch hinzu, daß die Stadtverwaltung die Wanderungsbewegungen am Indikator der Abmeldungen ermißt. Wir wissen allerdings, daß es viele Abwanderungen gibt, die keine Abmeldung nach sich ziehen. Viele Leute bleiben gemeldet, inklusive ihrer Wohnung, die sie in Eberswalde behalten. Insofern muß man davon ausgehen, daß die Abwanderung seit 1989 weit mehr als zehn Prozent betrifft und dabei in noch stärkerem Maß die bereits erwähnten Altersgruppen.

Zur Konfliktstruktur: Was wir erforschen, ist nicht für die gesamte DDR verallgemeinerbar, möglicherweise gilt es für den Norden, für Brandenburg. Wir haben hier besondere politische Verhältnisse: Die Opposition gegen das alte Regime ist jetzt mitbeteiligt an der politischen Macht - ein Tatbestand, der in den seltensten Fällen in der ehemaligen DDR zutrifft. Das hat politische Konsequenzen gehabt: Die politische Führung der lokalen Ebene der ehemaligen DDR befindet sich in keinen Positionen mehr. Die Stadtverwaltung wurde - was nicht selbstverständlich ist - bis auf die Ebene der Amtsleiter politisch „gesäubert". Unterhalb dessen gibt es altes Personal. Zu Zeiten der DDR, der SED, gab es unterhalb der politischen Ebene eine zweite Reihe von Funktionsträgern, die zum überwiegenden Teil auch über die SED eingebunden waren. Das war aber nicht unbedingt entscheidend. Das bezieht sich vor allem auf den Bereich der Wirtschaft, einen Bereich, auf den auch die politische Elite keinen direkten Einfluß hatte, ebenso wie auf den Bereich der Verwaltung. Das gilt aber durchaus auch für öffentliche und städtische Einrichtungen und Massenorganisationen. Wir nennen das das alte Establish-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

ment. Es hat ein altes Establishment gegeben in dieser Stadt in der DDR-Zeit, bestehend aus einer Funktionselite. Unserer Beobachtung nach existiert dieses alte Establishment in Form von informellen Netzwerken weiter und spielt im ökonomischen Bereich eine zunehmend geringere Rolle. Es hat 1991 eine größere Rolle gespielt - das hängt mit der Treuhandpolitik zusammen und damit, wie diese Führungsebenen sich verändert haben. Am Anfang sind die Geschäftsführer überall als Angestellte der Treuhand übernommen worden. Aber es besteht auch in informellen Kreisbildungen fort, die sich unter anderem auch über bestimmte Vereine konstituieren. In manchen Vereinen bündeln sich Leute, die in der Stadt früher eine bestimmte Bedeutung hatten. Es gibt meines Erachtens - ich weiß nicht, ob es die politische Führung in der Stadt selbst so sieht, - es gibt gegen diese politische Führung, die als Gelegenheitsgewinner einer Revolution erscheint, den Versuch einer fortwährenden Diskreditierung. Diskreditierungsstrategien, die mal über die Presse, mal informell in der Stadt, auch über bestimmte Vereine, lanciert werden. Wir haben versucht, diese Diskreditierungsstrategien, soweit sie uns bekannt wurden - wir kennen natürlich nur einen Ausschnitt-, abzubilden. Es gibt sicherlich eine dritte Gruppe, die in diesem Zusammenhang wichtig ist: der Westteilverein, der sich langsam angesammelt hat. Auch in der Entwicklung der Konfliktstruktur hat es in dieser Stadt Veränderungen gegeben. Gerade am Beginn der Amtszeit von Herrn Trill - also ganz am Anfang - gab es eine ziemliche Unverträglichkeit zwischen ökonomischen und politischen Eliten. Aus der westdeutschen Gemeindeforschung ist bekannt, daß die Institutionen nicht der entscheidende Faktor für kommunale Politik sind, sondern die Informalität, die sich um sie herum bildet. Und dies schien uns vor allem in den Jahren 1990/91 bis 92 hinein zwischen den älteren, eher ökonomisch begründeten Funktionseliten und den neuen politischen Eliten gestört zu sein. Wir glauben, die Gruppe des westlichen Personals hat eine bestimmte Moderationsstellung eingenommen, was dann wiederum zu anderen Guppenbildungen führte. Es gibt auf der anderen Seite, besonders in Wahlkämpfen, die Ausbildung von Parteienkonkurrenzen, konkurrenzdemokratische Elemente; die waren früher auch weniger ausgebildet. Früher dominierte das ältere Modell auch im Westen, das Modell, was man „konkordanzdemokratisch" nennt, also: Konflikte vermeiden. Jetzt entwickeln sich konkurrenzdemokratische Verhältnisse. Das halte ich für eine Normalisierung.

Andererseits ist ein Auseinanderfallen der verschiedenen Realitäts-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

bereiche durch die immensen Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur, die Deindustrialisierung usw. zu bemerken. Ein Indiz dafür ist auch die geringe Bindung der Parteien. Die SPD hat zum Beispiel, glaube ich, in Brandenburg 2000 Mitglieder. In Eberswalde sind es knapp über hundert. Das dokumentiert, daß es den neuen Parteien nicht gelingt, so etwas wie eine soziale Bindung aufzubauen. Manchmal erscheint es uns, als ob im Osten an einem Punkt der Entwicklung angefangen wird, an dem der Westen krisenhaft angelangt war. Selbst Wohlfahrtsverbände wie das Rote Kreuz baut man nicht vor dem Hintergrund eines breiten ehrenamtlichen Engagements auf, nachdem man die entsprechende DDR- Organisation abgewickelt hat. Ich glaube, ehrenamtliches Engagement findet man in der Stadt außerordentlich selten. Man baut auf professionalisierte Strategien. Ob man damit das nötige soziale Unterfutter für diese Institutionen, Organisationen binden wird, ist die Frage.

B. MÜLLER:
Ich sehe da ein gewisse Parallele: einerseits das Zusammenbrechen der basisdemokratischen Bewegung „RUNDER TISCH" und der Rückzug der Leute, die zu derartigen Versammlungen hingingen und anderseits die fehlende ehrenamtliche Basis für nichtstaatlichen Organisationen im sozialen Bereich oder in anderen Bereichen. Anders gesagt, eine unterentwickelte Zivilgesellschaft. In Eberswalde fehlt es an einer nichtstaatlichen, nicht parteimäßig organisierten Opposition oder einfach nur an einer Alternative im Handeln und im Denken. Oder gehe ich da zu weit?

S. NECKEL:
Ich möchte nochmal betonen: Wir haben es in Eberswalde mit einer Mittelstadt zu tun. Bei der Auszehrung des politischen Personals, das in der Zeit der Wende eine Rolle gespielt hat, muß man auch berücksichtigen, daß sich ein wichtiger Prozeß bei ihnen wiederholt hat und für viele andere Leute in der Stadt auch eine Rolle spielt: nämlich die Sicherung ihrer materiellen Existenz. Ganze Milieus, aus denen Gruppen oder Zusammenhänge entstanden sind in der Zeit der Wende, haben versucht, über Beschäftigungsgesellschaften eine Basis für ihre eigene Berufstätigkeit zu schaffen. Die Probleme der Existenzsicherung haben eine sehr große Rolle gespielt. Es gibt zwar eine Renaissance von Vereinen, aber es gibt kaum einen kommunalen Geist. Das hängt aber auch mit der sozialökonomischen Position dieser Stadt zusammen. Man bedenke nur, daß 18 000 Leute in einem stadtfernen Plattenbaukomplex wohnen, sie müs-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

sen über Busse mit der Stadt verbunden werden. Wenn sie dann reinfahren und beobachten können, daß sich in der Stadtmitte einiges tut, bestimmte Planungen, bestimmte Bauvorhaben, während in ihrem, dem größten Wohngebiet der Stadt, die öffentlich zugänglichen Einrichtungen eine nach der anderen verschwinden, zum Beispiel die großen Dienstleistungswürfel, die Gaststätten, es gibt fast keine Kneipen in diesem Viertel mehr. In einem Viertel hat bereits die letzte Kneipe dichtgemacht. Dabei fängt es an. Und es gibt einen einzigen Jugendklub, der auch versucht hat, etwas zu kompensieren, indem er sich für die Erwachsenen geöffnet hat, was aber nicht funktioniert hat. Viele in der Stadt werden vom Vergesellschaftungsprozeß regelrecht abgekoppelt. Das kombiniert sich natürlich mit der Abkopplung, die sich daraus ergibt, daß man aus dem Lebenszusammenhang Arbeit herausgefallen ist. Es entwickeln sich Gruppen in der Stadt, von denen man schlecht sagen kann, inwiefern sie Bindungen zu ihrer eigenen Stadt bekommen, ob sie städtische Aktivitäten mittragen oder auch nur bei den nächsten Kommunalwahlen wählen werden. Die geschätzte Beteiligung bei den Kommunalwahlen liegt zwischen 50 und 60 Prozent. Im Westen ist die rückläufige Beteiligung bereits ein längerer Prozeß - im Osten beginnt er erst.

PUBLIKUM:
Ist es nicht wahrscheinlich, daß die Abwanderungswelle noch fünf bis zehn Jahre anhält und Eberswalde in fünfzehn Jahren nur noch 32 000 Einwohner hat?

C. TRILL:
Ganz so düster sehe ich es natürlich nicht, sonst wäre ich wahrscheinlich nicht mehr in diesem Amt. Ich bin optimistisch. Ich denke, es war richtig, daß wir zum Ausgleich für dem Abbau der Industrie wenigstens Arbeitsplätze im Bereich der Dienstleistungen geschaffen haben. Neben der Gewerbesteuer, die eigentlich nicht da ist, ist zur Zeit die größte Einnahmequelle der Anteil an der Einkommenssteuer. Das heißt, es ist wichtig, sinnvolle Beschäftigung zu finden, jedoch wird Eberswalde den Traum verabschieden müssen, wieder Industriestadt zu werden. Wirklich gefördert werden sollte aber der Mittelstand: Handwerk und Gewerbe und eben auch Dienstleistungen. Wir gehen sowieso immer mehr in Richtung Dienstleistungsgesellschaft. Jedenfalls empfinde ich es so. Und deshalb sollte man es nicht so pessimistisch sehen. Außerdem erhoffe ich mir aus der Nähe zu Berlin Impulse für die Stadt.

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

PUBLIKUM:
An der Darstellung verwirrt mich der Eindruck, daß es auf der einen Seite eine politische und technische, vor allem eine technische Elite in der Stadt gibt, die sehr beschäftigt ist, wahrscheinlich eine Menge Überstunden macht und in deren Umkreis sich soziale Aktivitäten entfalten. Andererseits hat die Stadt kaum Möglichkeiten, ist aber auf das Engagement ihrer Bürger und Bürgerinnen angewiesen. Die engagieren sich aber nicht. Meine Frage lautet daher: Warum tun sie es nicht? Weil früher viele soziale Zusammenhänge über die Arbeit vermittelt wurden, die jetzt nicht mehr da ist, oder weil sie keine Einflußmöglichkeiten sehen oder weil sie keine Lust haben? Was gibt es für Überlegungen in der Stadt, das Engagement der Bürger in Gang zu bringen?

S. NECKEL:
Eines ist natürlich wichtig, man soll einen Weg sehen. Bei dieser Plattenbausiedlung liegt wirklich das Hauptproblem. Das fängt bei den Kleinsten, bei den Kindern an. Es ist ja nicht einmal ein Spielplatz da. Das geht bei der Jugend weiter: Es ist kein Betätigungsfeld da. Es geht über die Eltern weiter bis zu den Alten. Da sage ich, es muß sich die öffentliche Hand - selbst in ihrer Finanznot - trotzdem weiter verschulden, um Impulse zu setzen. Das machen wir ja, in diesem Jahr zwar erst beginnend - man hätte es früher schon machen können. Aber wir werden anfangen, für die Kleinsten, für die Jugend etwas zu machen und versuchen, außerhalb des Wohngebietes Arbeitsplätze zu schaffen für die Eltern. Wenn die Eltern zu Hause sitzen und sich nur noch ankeifen, weil sie keine Arbeit und keine Beschäftigung haben, färbt das zwangsläufig - und zwar sehr schnell - auf die Kinder und Jugendlichen ab. Das merken wir in unserer Stadt immer wieder. Die Alternative fängt damit an, einen Spielplatz zu bauen, eine Skateboard-Bahn oder eine Swatchhalle zu bauen, weil es die Jugend will, weil es die Kinder wollen. So kann Kommunalpolitik in Ostdeutschland durchaus wirken und versuchen, diesem Prozeß entgegenzusteuern.

PUBLIKUM:
Ist da nicht eine Erwartungshaltung: Die Kommunalpolitik macht es schon für einen?

C. TRILL:
Ja, das stimmt schon. Aber es hat sich eine Entwicklung vollzogen seit drei Jahren. Erst ging alles ziemlich abwärts, es war ein totales Desinter-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

esse da, selbst mit den tollsten Angeboten konnte man nichts mehr erreichen. Seit dem letzten Jahr werden jedoch die Bürgerversammlungen, die regelmäßig in den Stadtteilen stattfinden, so sehr besucht, daß die Räume manchmal nicht mehr ausreichen. Nach zweieinhalb Stunden Gespräch sind die Leute dann auch soweit, ihre Vorstellungen zu äußern. Ich kann das aber wirklich nicht soziologisch deuten.

S. NECKEL:
Die vielen Bürgerversammlungen hängen mit einem Zentralproblem der Kommunalpolitik zusammen: In welcher Weise beteiligen sich die Bürger an den Kosten, an den Umlagen der Wiederherstellung, der Etablierung der kommunalen Infrastruktur? Es geht um die Anliegerkosten etc. Das sind Dinge von existentieller Bedeutung. Da kommen die Leute. Sie wollen wissen, wieviel sie bezahlen sollen, und sie fühlen sich ungerecht behandelt, weil sie - in vielen Fällen - überhaupt bezahlen sollen. Das ist ein Hintergrund dieser (Beteiligung). Es gibt auch erste Bürgerinitiativen, die sich um kommunale Belange kümmern. Es ist nicht untypisch, daß sie aus einem Kontext stammen, der auch vorher ein bestimmtes kommunales Eigenverständnis hatte, nämlich aus Finow, diesem kleineren Teil der Doppelstadt, wo zumindest in der Frontstellung gegen die größere Stadt Eberswalde, die einen geschluckt hat, so etwas wie ein Finower Lokalgeist weiterexistiert. Sozialökologisch kommt hinzu, daß es eine mehr oder minder geschlossene Agglomeration ist. Von dort gehen Initiativen aus, die auch auf kommunale Planung Einfluß nehmen wollen. Man kann dabei die Aktivität eines sozialen Segments beobachten, das typischerweise in der Kommunalpolitik im Westen eine größere Rolle spielt und bisher im Osten kaum eine Rolle gespielt hat, nämlich der Mittelstand, von dem hier die Rede war. In westdeutschen Kommunen tragen traditioneller Weise der alte Mittelstand und der junge öffentliche Dienst die Kommunalpolitik. Für den jungen öffentlichen Dienst trifft das auch für Eberswalde zu, aber nicht für den Mittelstand, dieser hatte bisher mit sich selbst viel zu tun. Er fängt jetzt über Bürgerinitiativen an, sich in erste, noch interessenbezogene Dinge einzumischen. Eine Frage, die wir uns natürlich noch stellen, ist: Wird sich etwas verändern in der Rekrutierung neuer Abgeordneter, neuer Kandidaten, treten andere soziale Segmente auf?

ROLF LINDNER:
Ich möchte den Experten aus Eberswalde fragen: Wie sehen Sie die Situation, wie stehen Sie zu den Diagnosen des Supervisors, der daneben sitzt?

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Inwieweit spielt die Gruppe selber, die Untersuchungsgruppe, eine politische Rolle in der Stadt, inwieweit trägt sie zur Veränderung dessen bei, was sie untersucht? Inwieweit trägt sie auch zum Selbstverständnis von Expertentum und durch die entsprechenden supervisorischen Begleituntersuchungen zu bestimmten Politikzielen in Eberswalde bei? Oder steht sie nur bedeutungslos am Rande?

C. TRILL:
Am Rande steht die Gruppe nicht. Doch soweit wie die heutige Veranstaltung gingen die Analysen noch nie - oder höchstens im Ansatz. Bisher wurden erste Zusammenfassungen vorgelegt - eigentlich immer nur eine Darstellung der Verhältnisse, wie sie eben sind, ohne daß man Rückschlüsse daraus zog oder gar Vorschläge unterbreitete. Bisher ging es darum festzustellen: Wie sieht es eigentlich aus? Die Frage nach dem Warum oder was man besser machen könnte oder auch Empfehlungen für mich persönlich - soweit waren wir noch nicht. So sehe ich es. Die Untersuchung belastet mich überhaupt nicht, sonst hätte ich sicherlich gesagt: „Es reicht jetzt, Schluß." Ich erhoffe mir auf der anderen Seite durchaus den einen oder anderen Hinweis oder Tip, weil man natürlich auch immer wieder in die Gefahr gerät, betriebsblind zu werden, Meinungen zu verfestigen. Deshalb bin ich der Meinung - natürlich völlig unwissenschaftlich - daß es nur gut sein kann, immer wieder von außen in die Stadt hinein zu sehen und in unregelmäßigen Abständen sich diesen Fragen zu widmen. Ja, ich denke, wir machen das sehr intensiv, und ich versuche, mir die Zeit zu nehmen, um wirklich tiefgründig die Dinge zu erläutern. Ich denke, so ist das beste Ergebnis von dieser Studie zu erwarten.

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Von der Bürgerbewegung ins Abgeordnetenhaus

Diskussion am 10.11.1993 mit:

Effi Böhlke	Philosophin
Brigitte Engler	Soziologin, Abgeordnete von der Fraktion Bündnis 90 / Grüne (AL)/(UFV) im Berliner Abgeordnetenhaus
Sophie Kotanyi	Filmemacherin
Irena Kukutz	Abgeordnete der Parlamentarischen Gruppe Neues Forum / Bürgerbewegung im Berliner Abgeordnetenhaus
Marianne Schulz	Soziologin
Emmanuel Terray	Sozialanthropologe
Marianne Tietze	Stadträtin für Bildung und Kultur im Bezirk Friedrichshain

EFFI BÖHLKE:
Unser Thema ist, was aus politischen Akteuren der Bürgerbewegung in Ostdeutschland im Zeitraum von 1989 bis jetzt geworden ist. Wie haben sie sich als Bewegung weiterentwickelt? Welche Probleme hatten oder haben sie, sich in die neuen politischen Strukturen zu integrieren?

Wir sind heute eine weibliche Runde, Hauptreferentin ist Frau Schulz. Marianne Schulz ist Soziologin und Philosophin, sie kommt aus Ostdeutschland und hat an der Humboldt-Universität studiert, hat dort für

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

längere Zeit als Assistentin am Institut für Soziologie gearbeitet und sich mit Fragen der Persönlichkeitsentwicklung und der Lebensweiseforschung beschäftigt. Ab 1981 war sie am Institut für Soziologie und Sozialpolitik an der Akademie der Wissenschaften beschäftigt und hat sich dort unter dem Motto „Kritik der bürgerlichen Soziologie" mit dem Thema der Industriesoziologie in der Krise der Arbeitsgesellschaft — in den alten Bundesländern— befaßt. Nach der Wende hat sie sich im wesentlichen mit politischer Soziologie beschäftigt. Sie hatte angefangen, sich mit der Umstrukturierung der Parteien und der ostdeutschen Bürgerbewegungen zu beschäftigen, als sie, wie alle Wissenschaftler der Akademie der Wissenschaften, von den Umwälzungen betroffen wurde. Sie ging dann zunächst in die Türkei im Rahmen eines Forschungsprojektes des Wissenschaftszentrums Berlin. Zur Zeit ist sie bei der Max-Planck-Gesellschaft tätig.

Zu meiner Rechten sitzt Frau Brigitte Engler. Sie ist auch Soziologin, Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus für Bündnis 90 / Grüne. Zur Linken Frau Irena Kukutz, ebenfalls im Abgeordnetenhaus, und zwar für das Neue Forum.

MARIANNE SCHULZ:
Mein Thema heute ist: „Der Wandel der Bewegungsakteure in Ost-Deutschland", das ich unter dem Aspekt der Identitätsprobleme von Bewegungsakteuren angehen möchte. Soziale Bewegungen sind amöbenhafte Phänomene. Je nach Veränderung der internen oder externen Kontextbedingungen können sie ihr Aktivitäts- oder auch Radikalitätsniveau verändern. Sie können unsichtbar werden, dann wieder sichtbar. Diese Diskontinuität sollte möglichst nicht auf ihre Lebensdauer bezogen werden. Ich möchte hinweisen auf die Arbeiterbewegung, auf die Frauenbewegung, die seit über 200 Jahre existent sind, in verschiedener Weise, in verschiedenen institutionellen Formen. Wenn Bewegungen sich institutionalisieren - das kann man an den Grünen der alten Bundesländer sehen, die ja aus einer Bewegung kamen und sich dann zu einer Partei organisiert haben -, dann gibt es immer wieder neue Ausdifferenzierungsprozesse und an den Rändern die Kritik an dieser neuen Institutionalisierung.

Es ist in der Literatur umstritten, ob die ostdeutsche Bürgerbewegung überhaupt den neuen sozialen Bewegungen zuzurechnen ist. Unter „Bürgerbewegung" ist der Handlungs- und Kommunikationszusammen-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

hang der Gesamtheit individueller und kollektiver Akteure zu verstehen, die außerhalb der Handlungs- und Kommunikationsstrukturen der SED, der Blockparteien und anderer staatstragender Institutionen über bloße Protestartikulationen hinaus an der demokratischen Umgestaltung der politischen Machtstrukturen in der DDR aktiv teilgenommen haben. Empirisch gehörten zu den Bürgerbewegungen drei verschieden Organisationsformen.

Zum einen die acht politischen Organisationen, die die Bewegung am „Runden Tisch" vertraten. Das waren Vertreter vom Neuen Forum, von Demokratie Jetzt, der Initiative für Frieden und Menschenrechte, der Sozialdemokratischen Partei, des Demokratischen Aufbruchs, der Grünen Partei. Zum zweiten waren da die sogenannten „Single-Issue-Organisations" (z. B. die Grüne Liga) in einer Vielzahl von lokalen und regionalen Bürgerinitiativen. Drittens gab es seit 1968 die öffentliche Arbeit der evangelischen Kirche.

Ich möchte versuchen, acht Phasen der Entwicklung zu skizzieren, und fange am besten mit der Vorgeschichte an. Die erste Etappe der ostdeutschen Bürgerbewegung würde ich datieren in die Zeit von 1968 bis 1978. Der Kontext war der Einmarsch der sowjetischen Truppen in die CSSR und die westeuropäische Studentenbewegung. Der Konflikt, der sich auftat, war die enttäuschte Reformhoffnung, dann diese militaristische Restabilisierung poststalinistischer Verhältnisse und ein Aufbäumen von antitautoritären Emotionalitäten in der DDR-Jugend, der ersten DDR-Nachkriegsgeneration. Akteure, die sich in irgendeiner Weise durch Handlungen gegen das System stellten, waren zum einen jüngere Vertreter der Intelligenz der DDR, Nachwuchswissenschaftler, Studenten, es waren Reste des Bildungsbürgertums, und es war ein Teil religiös orientierter Jugendlicher. Sie alle diskutierten das Problem des demokratischen Sozialismus, das Problem der Selbstbestimmung, der Selbstverwaltung, einer entsprechenden Reform der Bürgerrechte.

Die Bewegung bestand zum einen aus informellen Gruppen, wie die Gruppe um Jens Reich, die 20 Jahre lang in der DDR unabhängig von anderen Organisationen bestand und sich vorwiegend aus einem vernetzten Freundeskreis zusammensetzte. Es gab konspirative Gruppen. Diese waren vor allem marxistisch orientiert und haben versucht, theoretisch an dem Bild des Sozialismus zu arbeiten. Sie orientierten sich in zwei Richtungen. Die einen, die wieder nach einer historischen Mission suchten, ver-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

standen sich als Elite. Dies führte innerhalb der Gruppe zu Spannungen, weil sie keine Möglichkeiten hatte, eine öffentliche Diskussion darüber herzustellen. Die anderen hatten sich das Ziel gesetzt, Öffentlichkeit herzustellen. Das war die sogenannte Kulturopposition.

Man sollte dazu wissen, daß Anfang der 70er Jahre zum einen die Weltfestspiele in Berlin vorbereitet wurden, zum anderen Honecker damals an die Macht kam und einige Liberalisierungen vor allem in der Kultur- und Jugendpolitik zugelassen hatte. Für die Weltfestspiele mußte die katastrophale Infrastruktur für die Jugend verbessert werden. Es entstanden Jugendclubs und Kulturhäuser. In diese drang die Kulturopposition ein. Dies war nicht nur hier in Berlin verbreitet, sondern auch in Jena, in Halle und an anderen Orten. Endpunkt dieser Bewegung ist die bekannte Biermannaffäre 1976.

Es endete mit einer großen Depression, die Gruppen wurden von Staats wegen zerschlagen, und es gab Berufsverbot. Dennoch hatte dies auch nicht intendierte Effekte. Dazu gehört, daß ein Teil der jungen Leute damals über die Tramperbewegung und über die vernetzten Freundschaftskreise weiter Kontakt hielten. Weitere Folgen waren eine starke Aussteiger- oder Lebensreformbewegung, die Flucht aufs Land und Anfänge ökologischer Reflexion. Es gab Protest gegen die offizielle Form der Modernisierung der Städte, z. B. als die Kirche in Leipzig gesprengt wurde. Auf der anderen Seite hielten sich neben der Aussteigerbewegung konspirative Gruppen, die unter anderem das Buch von Bahro „Die Alternative" reflektierten. Auch die Kirche öffnete sich den jungen Leuten, die mit der Gesellschaft nichts mehr anzufangen wußten. Die „Junge Gemeinde" mit ihren antiautoritären Bestrebungen sorgte für einen stärkeren Zulauf der Jugend zur Kirche. Interessanterweise war das eine Bewegung, die auch von unten initiiert wurde.

Die zweite Phase, die Entstehungsphase der ostdeutschen Bürgerbewegung, würde ich datieren auf 1978 bis 1985. 1978 gibt es eine grundsätzliche Kontextveränderung. Es setzt sich die Konzeption „Kirche im Sozialismus" durch. Durch die Vereinbarung mit dem Staat tritt eine Veränderung in der gesellschaftlichen Situation der Großinstitution Kirche ein. Sie erhält einen größeren Spielraum und damit die Möglichkeit, daß Gruppen ihren institutionellen Schutz nutzen können. Es entstehen die ersten alternativen, politischen und sozialethisch orientierten Gruppen, insbesondere die Friedenskreise bei den evangelischen Studenten.

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Sie können nach aktionistischen, thematischen und selbstbezogenen Gruppen oder nach fundamentalistisch-religiösen, sozialethischen oder politischen Gruppen unterschieden werden.

Die Struktur der Friedens- und Frauengruppen, der Wehrdienstverweigerer und Friedenskreise war labil, weil ihre Hoffnungen immer wieder enttäuscht wurden. Gruppen lösten sich auf, spalteten sich oder setzten sich anders zusammen. Diskontinuitäten kennzeichneten die organisatorische Struktur. Die Kontakte zwischen den Gruppen waren zu diesem Zeitpunkt noch außerordentlich sporadisch. Kontakte zur Außenwelt gab es vor allen Dingen über die Umweltgruppen. Die Handlungsformen waren Selbsthilfe, insbesondere bei den Frauen- und Minderheitengruppen, thematische Arbeit und Organisation von Solidaritätsaktionen. Aktionistische Gruppen blieben in der Minderheit, mit Ausnahme vielleicht der großen Aktion „Schwerter zu Pflugscharen".

In den 80er Jahren differenzierten sich die Bewegungen aus, in die Friedens-, Ökologie- und Dritte-Welt-Bewegung und in Ansätze einer Emanzipationsbewegung von Frauen, einer Lesben-Schwulen- und Minderheitenbewegung. 1984 kam dann die Repressions- und Rausschmißwelle, in deren Folge 30.000 Leute in die Bundesrepublik übersiedelten. Von 1985 bis 1989 kann man von einer Vernetzungsphase sprechen. Es entstanden viele neue Gruppen. Lokale Gruppen vernetzten sich, in den Regionen, aber auch überregional.

Seit 1983 bestand das Netzwerk „Konkret für den Frieden", und seit diesem Jahr wurde ein jährliches Treffen für alle Basisgruppen veranstaltet und jeweils ein Fortsetzungsausschuß gewählt. Damit war ein Netzwerk über dem Netzwerk gebildet. Es gibt einen Ausspruch von Ulrike Poppe, die selber in diesem Fortsetzungsausschuß gearbeitet hat, daß 1988 in diesem Fortsetzungsausschuß DDR-weit 325 Gruppen vereint waren. Diese Netzwerkbildung war auch umstritten. Denn natürlich ist in dieser ganzen Zeit die Staatssicherheit nicht untätig gewesen und hat versucht, die Gruppen zu unterwandern.

Mit der Entstehung der Menschenrechtsgruppen, der Initiative für Frieden- und Menschenrechte, wurde zum ersten Mal konkrete Menschenrechtsarbeit geleistet, und dies zum Teil außerhalb der kirchlichen Gruppen. Dies führte zu riesigen Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Bürgerrechtlern. Damit hatte der Staat eines erreicht: statt der

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Auseinandersetzung mit der politischen Opposition die Spaltung der Opposition.

In der Bevölkerung entstand eine Erwartungshaltung. Ich denke, daß man tatsächlich von der Formierung einer politischen Opposition sprechen muß. Das wird spätestens 1989 deutlich. Im Sommer 1989 findet eine strukturelle Ausdifferenzierung der Gruppen statt. Interessant ist, daß sich die Opposition nicht geschlossen als eine Gruppe, sondern als verschiedene Organisationen repräsentiert. Wenn man genauer hinschaut, gibt es organisatorische und programmatische Differenzierungen schon zur Zeit dieser latenten Phase. Das Heraustreten in die Legalität mit dem Anspruch, öffentlich wirksam zu werden, ist auch eine Absage oder eine deutliche Kritik an der Kirchenleitung, die nicht bereit war, aktiver zu werden. Wie Sie sicherlich wissen, hatte das Neue Forum eine große Resonanz. Das Neue Forum hatte November/Anfang Dezember 1989 schon etwa 300.000 Mitglieder. Sehr schnell breitete es sich aus. Wir konnten feststellen, daß es sich wie ein Netz über die ganze ehemalige DDR gezogen hat.

Mit diesem Zulauf änderte sich natürlich das Akteurspotential. Der Zulauf war massiv, und die Bevölkerung schien zunächst die gleichen Interessen zu haben. Das hat sich dann jedoch sehr schnell geändert. Auf den Massenzulauf mußte organisationspolitisch reagiert werden, weil die Bevölkerung natürlich nachfragte, was denn zu tun sei. Die Bewegungen mußten sich sozusagen mit sich selbst beschäftigen, sie mußten sich institutionalisieren, sich formieren, sie mußten Strukturen bilden. Sie hatten in dieser Zeit überhaupt keinen Raum für programmatische Arbeit. Während sie das alte Regime bekämpften, den „Runden Tisch" bildeten und die Macht stürzten, hatten sie programmatisch zu klären, ob sie die Macht überhaupt übernehmen wollten. Sie waren ja von der Struktur her keine politische Opposition, sondern eher eine kulturorientierte Bewegung.

Bis zum Schluß ist diese Entscheidung eigentlich unentschieden geblieben. Es gab ein Verhandlungsgremium, welches sich schon am 4. Oktober konstituiert hatte. Offenbar haben die verschiedenen Bewegungsorganisationen mit diesem Instrument ihre einheitliche Strategie gegen das System durchgesetzt. Am 6. Dezember ist eigentlich der Punkt gekommen, den man jetzt so interpretiert, daß es zu diesem Zeitpunkt zu einer Machtübernahme durch die Bürgerbewegung hätte kommen kön-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

nen. Aber von da an kommt es zu der Entstehung der vielfältigsten Parteien, es kommt zur Wende in der Wende. Bis Ende Januar 1990 hatten sich etwa 16 Parteien und Organisationen gebildet.

Im März 1990 sind die Volkskammerwahlen, und es tritt das für viele schockierende Ereignis ein, daß nur 2,5% der Stimmen an das Neue Forum gehen. Der Höhepunkt ist vorbei, sie sind wieder eine Opposition. Sie lassen sich trotzdem, als die, die die Wende herbeigeführt haben, auf die Parlamentarisierung ein. Es wird angestrebt, Länderorganisationen zu schaffen. Aber für den ganzen Institutionalisierungsprozeß braucht man Personal - doch es kommt kein Personal mehr nach, und die Mitglieder schwinden. Den Bewegungen wachsen keine neuen Mitglieder zu. Sie vermögen in dieser Phase auch nicht zu mobilisieren, höchstens zu dem Thema Staatssicherheit, dann noch einmal kurz zu dem Thema um den Paragraph 218, und dann ist die Mobilisierung zu Ende.

Die kleineren Organisationen vertreten nur eine Option: Wenn sie überhaupt überleben wollen, dann müssen sie sich zusammenschließen, um die 5%-Hürde zu schaffen. Im September 1991 vereinigen sich die Initiative für Frieden und Menschenrechte, Demokratie jetzt und Teile des Neuen Forums zum Bündnis 90. Das ist eine Partei, die vorrangig für die Option des Parlamentarismus steht, die sich zusammensetzt aus Parlamentariern und hauptamtlichen Funktionären. Sie entspricht der klassischen westdeutschen Struktur der oppositionellen Parteien und Verbände, die mit der Option „Wiedervereinigung" mitgeliefert wurde.

1991 ist der letzte Zeitpunkt, an dem die Bewegungen sich entscheiden können, wie sie sich zum Parteiengesetz stellen, ob sie sich dem Parteiengesetz unterordnen oder ob sie sich als politische Vereinigung wieder auflösen. Das Bündnis 90 entscheidet sich nach langem Streit dafür, Partei zu werden. Das Neue Forum betrachtet sich auch innerhalb des Bündnis 90 als Bürgerbewegung. Es erkennt nicht an, daß es mit der Akzeptanz der formalen Strukturen auch tatsächliche Entscheidungen trifft. Das Neue Forum argumentiert, keine Partei zu sein. Es will ein Netzwerk sein, ohne erklären zu können, was das ist, und ohne die Frage zu prüfen, wer denn nun für ein derartiges Netzwerk wäre. Das Bündnis 90 hat sich im Laufe seiner Annäherung an die Westgrünen praktisch in die Westgrünen hinein transformiert. Das Neue Forum verliert weiter an Stärke, allmählich geht den Bewegungen das Geld aus. Das Neue Forum steht vor der Frage, ob es sich auflöst.

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Auf der anderen Seite gibt es eine Ausdifferenzierung der Szene in neue thematische Gruppen. Wir haben das untersucht und festgestellt, daß es im Osten eine Menge an neuen Projekten gibt. Aber das Dilemma ist, daß auf Grund der hohen Zahl der ABM-Stellen, die den Projekten zur Verfügung gestellt wurden, offensichtlich auch die Struktur verzerrt wird. Wir sind wirklich nicht in der Lage zu sagen, ob es sich bei der Vielzahl der neuen Projekte um eine neue soziale Bewegung handelt oder ob sie mit dem parallelen Arbeitsmarkt zusammenhängen.

Das Bündnis 90 wird Bestandteil einer Bewegungspartei, der Grünen. Das Neue Forum muß sich erst noch entscheiden. Sie haben einen interessanten Begriff geprägt: den der „Verflüssigung" ihrer Strukturen, und man wird prüfen müssen, wie und in welcher Weise die Verflüssigung als eine „Bewegungsinfrastruktur" für die neue soziale Bewegung wirksam werden kann; ich bin sehr optimistisch, daß sich eine neue soziale Bewegung auch in den neuen Bundesländern formieren wird. Es gibt da eine Besonderheit, die man vielleicht erwähnen muß. Im Unterschied zur alten Bundesrepublik sind hier auf Grund ihrer Parlamentarisierung und auf Grund des Eindringens vieler Bewegungsaktivisten günstige Bedingungen für neue soziale Bewegungsprojekte entstanden.

PUBLIKUM:
Gab es eine spezifische DDR-Identität der Bürgerbewegung?

M. SCHULZ:
Das ist außerordentlich schwierig zu beantworten. Das ist sehr umstritten. In allen Gesellschaften, die wenig ausdifferenziert sind, sind Werte wie Solidarität usw. anzutreffen. Aber vielleicht reden wir darüber mit unseren Gästen. Frau Engler war Mitglied der SED. Irena Kukutz ist eine ganz alte Aktivistin, die auch eine ganze Reihe von Repressionen erfahren hat. Ich denke, daß die Frage nach der Identität sehr verschieden beantwortet werden kann. Wir sollten die Frage erst einmal weitergeben.

PUBLIKUM:
Besteht denn der „Salon", der Freitagskreis, eigentlich noch?

BRIGITTE ENGLER:
Ja, der besteht immer noch.

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

PUBLIKUM:
Mich würde die Frage interessieren, ob Sie da immer noch unter sich sind oder ob Sie versuchen, mit Westberlinern oder Westdeutschen oder Franzosen neue Kontakte auszubauen. Oder ist das immer noch so eine kleine Nische, die die ehemaligen ostdeutschen Intellektuellen zusammenhält?

B. ENGLER:
Wir haben schon zu DDR-Zeiten versucht, Westdeutsche einzugliedern. Die waren da auch ganz neugierig und sind gekommen, um uns zuzuhören und uns zu bestaunen. Sie sind dann aber auch ganz schnell weggeblieben. Das hat nicht funktionniert. Der Kreis findet seit Jahrzehnten alle 14 Tage statt. Ab Herbst 1989 hat es eine ganz große Pause gegeben, weil viele auch ganz engagiert versucht haben, mitzumischen. Aber mittlerweile bin ich von diesem riesigen Haufen von Leuten die einzige geblieben. Damals haben eine ganze Menge von Leuten aus dem Kreis in der Übergangszeit mitgemacht, z. B. in der Stadtverordnetenversammlung. Viele haben sich dann total resigniert zurückgezogen. Und ich fühle mich aus dieser Runde als einzige, die weitergemacht hat, und das ist für mich eine ganz merkwürdige Situation.

Allerdings muß ich feststellen, daß ich auch lieber schwänze, anstatt hinzugehen. Inzwischen bin ich so sehr erschöpft, daß ich mich ganz selten auf etwas anderes konzentrieren kann. Manche Themen kommen mir auch so überflüssig vor, es gibt da oft ganz andere Probleme, als die, die mich bewegen. Vor 1989 haben wir einmal eine Runde gemacht, wir haben sie Berufsrunde genannt. Da hat jeder von seinem Beruf und seinem Berufsbild gesprochen, auch darüber, wie er zu diesem Beruf gekommen ist, welche Frustrationen er in der Zwischenzeit erfahren hat. Das haben wir vor einem Jahr, als wir wieder eingestiegen sind, wieder gemacht. Was sich innerhalb dieser fünf Jahre alles verändert hat, das war wirklich sehr spannend. Und da habe ich auch keinen einzigen Abend verpaßt, weil es interessant war, wie sich die einzelnen Berufswege total verändert haben. Viele sind ausgestiegen und haben etwas ganz anderes gemacht, viele haben resigniert. Auch die Erfahrungen von Leuten, die im westlichen Teil des Landes Arbeit gefunden haben und in diese westliche Struktur eingetaucht sind, eine Struktur, die wir in der DDR nicht hatten, waren spannend.

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

PUBLIKUM:
Viele, von denen, die aktiv waren, haben praktisch resigniert?

B. ENGLER:
Ja.

M. SCHULZ:
Der Bereich, in dem man nicht resigniert, das ist der professionelle. Im Unterschied zur DDR, wo man eine Rolle zugeordnet bekam, muß man sich jetzt eine neue Rolle selber schaffen. Ich mache die Erfahrung und beobachte dies auch mit Interesse, daß wir uns beruflich neu orientieren müssen und daß keine Zeit und Kraft bleibt, die eigentliche politische Arbeit zu machen.

In der DDR habe ich diesbezüglich andere Erfahrungen gemacht. Ich war eine DDR-Bürgerin, die immer gedacht hat, daß man etwas verändern kann, wenn man sich nur engagiert. Ich habe dies bis zum Exzeß betrieben. Auch innerhalb der SED. Ich habe versucht, politische Soziologie zu machen, das gab es ja in der DDR nicht. Und dies ist mir sehr schlecht bekommen. Ein Argument war immer, daß so etwas nicht die Soziologen, sondern die Staatswissenschaftler machen.

Aber das Ergebnis war dann, daß ich in die Praxis gegangen bin, daß ich mich als Abgeordnete habe wählen lassen, um zu schauen, was ich dann verändern könnte. Und das war interessant, denn man konnte tatsächlich gewisse Dinge bewegen. Ich war von 1979 bis 1984 Abgeordnete im Stadtbezirk Friedrichshain. Ich habe ein behindertes Kind, und ich habe gedacht, daß man für diese Randgruppe etwas bewegen könnte. Es hat sich zwar etwas bewegt, aber das war sehr minimal. Aber wir haben zu DDR-Zeiten im Stadtbezirk Friedrichshain durchsetzen können, daß trotz des bestehenden Menschenbildes zehn Plätze für behinderte Kinder in einer Kinderkrippe eingerichtet wurden, obwohl 20.000 Unterschriften (dagegen) gesammelt wurden.

PUBLIKUM:
20.000 dagegen?

ZWISCHENRUF:
Ist das grauslich!

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

M. SCHULZ:
Also, man konnte schon was machen. Das Problem war nur, daß es Konsequenzen hatte. Mir hing zu diesem Zeitpunkt die Bezeichnung „Die Grüne" im Stadtbezirk an. Damals habe ich aber etwas begriffen. Damals hatte man diese schwachsinnige Idee von der „Berlin-Initiative", was hieß, daß man mit den Ressourcen aus den letzten Winkeln dieses Landes Berlin wiederaufbauen wollte. Ich hatte in diesem Zusammenhang als Abgeordnete eine Rekonstruktion zu betreuen. Ich kann mich daran erinnern, mit welchen Idealen ich mich dafür einsetzte und kämpfte, bis ich auch die letzten Leute aus diesem Haus raus hatte, und wie ich dafür gesorgt habe, daß sie woanders eine Wohnung erhalten, um diese Zustände nicht tragen zu müssen. Wenn ich mir das heute anschaue, dann frage ich mich, ob ich nicht zu DDR-Zeiten ganz andere Möglichkeiten hatte, etwas zu bewegen und zu verändern.

Ich hatte auch immer große Zweifel. Ich war eigentlich immer gegen die Resignation. Also ich habe jetzt keine Zeit für Politik, ich habe jetzt immer ein schlechtes Gewissen gegenüber der Bewegung und dem Bündnis 90. Wir müßten eigentlich hingehen und das Wissen, das wir haben, transportieren, weil, wie Du vorhin schon sagtest, dieser Selbstreflektionsprozeß von der Bewegung nicht geleistet werden kann. Das müßte durch zusätzliche Reflexion mit angeschoben werden. Ich denke, wir wären da in der Pflicht. Aber das ist nicht zu schaffen. Es kostet mich schon alle Kraft, die Arbeit im Verein für Behinderte fortzuführen. Angetreten waren wir mit der Idee, die Behindertenpolitik in der DDR verändern zu wollen. Dann kam die westliche Struktur über uns. Wir wurden schnell eingekauft, damit wir überhaupt noch existieren können. Und wir haben, weil sich nichts bewegte, das heißt, daß die Behinderten immer noch aus den Arbeitsplätzen herausgehalten wurden, uns dafür entschieden, Träger für Werkstätten für Behinderte zu werden. Das heißt, daß wir jetzt Arbeitgeber für etwa 300 Personen sind.

Ich denke, daß es bestimmt eine ganze Menge Leute gibt, die nicht mehr Politik in dem Sinne machen, daß sie versuchen, Einfluß auf Gesetze zu nehmen. Aber sie versuchen sozusagen auf der mittleren Ebene, etwas zu bewegen. Und ich sagte vorhin schon, daß dies sehr schwer untersuchbar ist, weil die arbeitsmarktpolitischen Instrumente das Bild verzerren. Aber meine Annahme ist, daß es dennoch sehr viele Basisgruppen geben wird. Es war die Annahme des Bündnis 90, daß es sich einlassen muß auf Parlamentarismus, auf institutionelle Strukturen, weil man die Interessen der

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

neuen sozialen Bewegungen transportieren muß. Ich habe alle Gruppen gefragt, ob es eine Zusammenarbeit gibt, zwischen der Bewegungspartei Bündnis 90 und den Projekten. Es gab in keinem einzigen Projekt eine solche Zusammenarbeit, von keiner Gruppe wurde gesagt, daß es notwendig sei, daß Abgeordnete ihre Interessen vertreten müssen. Die vertreten die Projekte und Gruppen selbst. Ich kann das auch für unseren Teil sagen. Wir sind ständig präsent im Sozialausschuß im Stadtbezirk Friedrichshain. Ich weiß nicht, wie das Zusammenspiel zwischen Partei und Bewegung in der alten Bundesrepublik ist. Angeführt wird ja immer wieder, daß es sehr vielfältige und komplizierte Strukturen gibt. Im Osten ist dieses Zusammenwirken jedenfalls zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht auszumachen.

Ich habe vorhin die Entwicklung der ostdeutschen Bewegung dargestellt. Beobachtbar ist eine gewisse Orientierungsschwierigkeit. Welche strukturelle Anbindung favorisiert man? Die Entscheidungen sind eigentlich gefallen. Es gibt das Bündnis 90, also ein Teil ist parlamentarisch, der andere Teil des Neuen Forums ist basisorientiert. Das Bündnis 90 hat eine klare Option. Es paßt sich praktisch einer Parteienstruktur an, die auf dem Wege zu einer klassischen Programmpartei ist. Das Neue Forum hat sich immer als Netzwerk verstanden. Man kann sich nicht als Organisation hinstellen und sagen: „So, Leute, hier sind wir, und nun kommt mal". Das funktioniert offenbar nicht. Dann kommt man zu dem Punkt, an dem man sagt, daß die Parteienstruktur keinen Sinn hat, daß man sich auflöst und daß sich die Strukturen verflüssigen. Irena, Du plädierst ja für die Verflüssigung, kannst Du das auch noch ein bißchen erklären. Ich will nur sagen, auch die Vertreter wie Konrad Weiß, Herr Ullmann, die also durchaus Anhänger der parlamentarischen Demokratie, also der institutionellen Form sind, haben vor kurzem, ich habe das in der Taz gelesen, erklärt, das das nicht die Lösung ist.

IRENA KUKUTZ:
Naja, der Streit ist, wie gesagt, voll entbrannt, und ich bekomme auch meine Prügel für das, was ich da sage. Ich hielt die Verflüssigung für die beste Lösung, als ich den Gedanken bis zu Ende gedacht habe. Wir sind darauf gekommen, weil wir uns einfach einmal alle zusammengesetzt haben, nachdem diese unsägliche Entscheidung bei unserem Bundesforum getroffen wurde, zu den Bundes- und Europawahlen anzutreten. Sie glauben, daß man echte Veränderung nur erreichen kann, wenn man im Parlament sitzt, und nicht, wenn man sich in die Nischen der vielen kleinen

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

sozialen Projekte zurückzieht. Und wir sagen, daß wir ja nun Erfahrungen mit dem Parlament gesammelt haben, das waren nun drei Jahre, und wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir eine Bilanz ziehen sollten. Ich habe nicht die Hoffnung, daß das Neue Forum so kreativ sein wird, sich aufzulösen und diese vertikale Struktur zu beseitigen.

Es gibt tatsächlich ganz viele Neue-Forum-Aktivitäten, auch in den Stadtbezirken, wo das Neue Forum gar nicht mehr existiert, in Weißensee gibt es z. B. einen Kinderladen, der maßgeblich von ehemaligen Neue-Forum-Mitgliedern initiiert wurde. Und Du bist da in Deinem Projekt, und so gibt es ganz viele Leute, die eine ganz wichtige Arbeit machen und sich aber schon gar nicht mehr zum Neuen Forum zugehörig fühlen. Mir würde es darum gehen, diese Art von Kommunikation wieder zu schaffen. Ich denke, daß diese Art von Zusammenarbeit, auf dieser Ebene, auf dieser flachen Ebene, wirklich notwendig ist.

Für mich gab es dieses Aha-Erlebnis auf unserem Treffen, wo wir darüber diskutiert haben, daß wir jetzt ein Koordinierungsbüro brauchen. Und dann stellten wir plötzlich fest - und wir mußten auch darüber lachen -, daß jeder von uns bereits ein Büro hatte. Jeder in seinem Projekt in seinem Büro hatte ein Fax-Gerät, und somit bestand oder besteht die Möglichkeit, daß wir uns sofort vernetzen können. Daß wir also nicht noch einmal eine Struktur über dieser Struktur brauchen, daß wir also bereits diese Struktur sind. Wenn es gelingen könnte, daß diese Struktur, die bereits vorhanden ist, miteinander kommuniziert, dann wäre das für mich ein neuer Anfang. Aber ich habe nicht viel Hoffnung, weil leider diese Auffassung so stark ist, daß gesellschaftliche oder politische Veränderung nur auf dieser höheren Ebene möglich sind. Aber daran glaube ich nicht, dafür kenne ich das jetzt zu gut.

B. ENGLER:
Ich habe von Anfang an gesehen, daß die Bürgerbewegung sehr ins Schlittern kam. Als die DDR aufgelöst wurde, war klar, daß irgendwie diese Masse strukturiert werden müsse, damit sie überhaupt funktioniert. Es mußten Interessensvertretungen für die verschiedenen Bereiche entstehen. Und es brauchte eine gewisse Zeit, bis sich diese Struktur herausbilden konnte, um zu sondieren, wo wer hingehört, wo seine Schwächen und Stärken sind. Das war für mich völlig normal. Es war wichtig, daß der Versuch unternommen wurde, auf der einen Seite in den parlamentarischen Strukturen präsent zu sein, sich aber auf der anderen Seite auf der

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

kommunalen Ebene, z. B. in Form von Projekten in verschiedenen Bereichen, zu entwickeln. Beide Strukturen haben ihre Berechtigung und waren ein notwendiger Prozeß, der sich herauskristallisierte, damit überhaupt die verschiedenen Interessen der Leute vermittelbar sind. Sonst funktioniert diese Gesellschaft nicht. Das war ein mir sehr bewußter Prozeß, und ich habe mich bemüht, ihn mit zu befördern.

Was den Parlamentarismus anbelangt und die Art und Weise, damit Politik zu machen, so bin ich auf eine Parlamentsstruktur gestoßen, in der ein klassisches Spiel gespielt wird, z. B. die CDU gegen die SPD, nämlich, daß der eine den anderen von seinem Stuhl verdrängen will, damit er dann selber die Macht hat. Das ist die klassische Parteiendemokratie. Von meinem Selbstverständnis her sage ich, daß wir uns sehr von dem, was hier passiert, unterscheiden. Ich arbeite parlamentarisch völlig anders. Für mich besteht die Aufgabe, eine wieder funktionierende Ostberliner Interessensstruktur, Projektstruktur, Parteienstruktur oder irgendsoetwas zu installieren, damit überhaupt die Lebensweise der Menschen vermittelbar ist. Und da ist es für mich vollkommen egal, welcher Partei ich angehöre.

Das war für die Leute sehr verblüffend, als ich z. B. den Sprecher der CDU zu Hause anrief und ihm sagte, daß ich die Absicht habe, einen Antrag zu stellen, daß die Arbeitslosenzentren in Berlin, da die Arbeitslosenzahlen steigen, eine Unterstützung erhalten. Ich erklärte ihm den Antrag, und er sollte sagen, was er daran rumzumäkeln hat. Dasselbe habe ich mit der SPD und PDS gemacht, um vorzuarbeiten. Die waren so sehr verärgert über diese Verfahrensweise, weil wir ja die Opposition sind und sie sind die regierende Partei, daß sie damit nicht umgehen konnten. Durch diese Art zu arbeiten, wurde die große Koalition oft in Bedrängnis gebracht.

Mein Verständnis von modernem Parlamentarismus besteht darin - ich habe das nicht gelernt, sondern ich mache das so -, Sachfragen miteinander zu kombinieren, Interessen ernst zu nehmen. Damit durchbricht man die Machtstruktur der westlichen bürgerlichen Demokratie. Ich denke, daß der Parlamentarismus demokratisierbar sein muß, und das ist er auch an der Stelle, wenn man es so macht. Die Schwierigkeit besteht darin, daß sich die Westgrünen in diese klassische Clique eingeklinkt haben, mittlerweile dort alt geworden sind, diese Machtspiele beherrschten und auch mitspielten. Und sie ärgern sich ebenso über meine Art und Weise des Umgangs, sie halten mich für einen Naivling, welcher dort

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

nicht hingehört. Ich denke, daß es sehr nötig ist, diese Machtstrukturen aufzubrechen. Wir müssen Menschen in dem Parlament und außerhalb stärken, die ein anderes Selbstverständnis haben, mit Interessen und Sachfragen umzugehen.

PUBLIKUM:
Das ist aber nicht nur in dem Parlament so. Das hat auch mit der Mann-Frau-Kommunikation zu tun.

B. ENGLER:
Aber selbstverständlich. Ich muß dazu sagen, daß nach 89 nicht selten Vertreter der tatsächlichen Opposition, wie sie sich in der Kirche entwikkelt hat, und die kritischen Intellektuellen sich gegenseitig bekämpft haben. Aus der Tatsache heraus, daß ich die Möglichkeit hatte, im DDR-System zu studieren und Mitglied der SED war, sprach man mir ab, daß ich dieses System kritisiert habe und daß ich ein Gegner dieses Systems gewesen war. Ich hätte ihrer Meinung nach der kirchlichen Opposition angehören müssen. Das wäre die logische Konsequenz.

Für mich persönlich war das so, daß ich mit 18 Jahren die Kirche eindeutig hinter mir gelassen habe. Das, was ich als Kind dort erlebt habe, hat so auf mich gewirkt, daß ich Atheist geworden bin. Für mich war diese Tür zugeschlossen, und dies war auch mit einem Stück Isolation verbunden. Es bestand auch das Problem, daß die kritischen Intellektuellen in der DDR sehr isoliert voneinander gearbeitet und nicht zueinander gefunden haben. Dies hat für mein Dafürhalten für die Entwicklung der Opposition nach 1989 sehr unglückliche Folgen gehabt, weil von dieser spontanen Entwicklung des Neuen Forums und der anderen Bürgerbewegung wichtige Teile der kritischen Intelligenz ausgegrenzt waren und nicht zur Verfügung standen. Das ist für mich ein wirkliches Problem gewesen, welches wir auch nie richtig ausgesprochen haben und wo viele Empfindlichkeiten existieren, die es uns auch nicht leicht gemacht haben, miteinander zu kooperieren, was aber dringend nötig gewesen wäre. Aber solche Dinge schmeißt man nur in einem schmerzlichen Prozeß um, und diese Dinge brauchen einfach Zeit.

MARIANNE TIETZE:
Zu der DDR-Identität. Ich muß dazu sagen, an dem Institut der Akademie der Wissenschaften, in dem ich tätig war, mußte ich 1985 gehen, konnte

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

dort auch meine Dissertation nicht zu Ende schreiben. Ich war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr in der Lage, zu unterscheiden, wo meine persönlichen Grenzen lagen. Die Situation war so konfliktbeladen, was dann dazu führte, daß man selber immer mehr Fehler machte. Ich denke, daß es vielen Intellektuellen so gegangen ist. Das ist ein Problem, welches nie aufgearbeitet wurde. Und trotzdem war ich so etwas wie eine „gelernte DDR-Bürgerin", und man hätte mich aus diesem Land hinaustreiben müssen. Meine Heimatliebe wollte dieses Land verändern. Das war der Sinn meiner sozialpolitischen Studie, das war der Sinn meiner Arbeit, der Sinn meiner Lebensweiseforschung. Ich habe gesehen, wo die Probleme liegen, und ich habe versucht, diese zu benennen.

Wenn wir uns heute mit den westdeutschen Grünen zu irgendwelchen Themen auseinandersetzen, wird mir und auch zunehmend meinen Mitstreitern aus der Bürgerbewegung bewußt, daß wir zwar die gleiche Sprache sprechen, aber anders sozialisiert wurden, daß wir doch irgendwie eine andere Sprache sprechen, daß wir eine andere Kultur haben und daß es gerade diese andere Kultur ist, die häufig zu Mißverständnissen führt.

Bei der Frauenbewegung was das ziemlich extrem. Ich hatte die Gelegenheit, 1990 in der Volkskammer als Mitarbeiterin zu arbeiten, und habe die ersten grünen Frauentreffen miterlebt. Und nun war das ja so, daß in den ostdeutschen Strukturen 89% aller Frauen berufstätig waren, und das war auch normal so. Dies wurde auch sehr oft als Belastung empfunden, weil es nun mal schwer ist, Familie und Beruf unter einen Hut zu kriegen. Sie haben auf der einen Seite mit diesem Lebensentwurf ein ziemlich starkes Selbstverständnis entwickelt, aber auch gesagt, daß man ruhig ein bißchen weniger arbeiten könnte.

Wir trafen nun auf eine Frauenbewegung, die immer noch intensiv dafür arbeiten mußte, beruflich anerkannt zu werden, eine Arbeitsstelle zu bekommen, dafür zu kämpfen, daß genügend Kindergartenplätze da sind, usw. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß, wenn man sein Kind zu früh in die Krippe bringt, dann ist dies für das Kind schädlich. Und diese beiden Züge aus verschiedenen Richtungen kamen nun aufeinander zu und wollten sich gemeinsam zu einem Recht bekennen. Es gab ziemlich merkwürdige Auseinandersetzungen, in denen man sich auch gegenseitig verletzt hat, bis man gelernt hat zu akzeptieren, daß man aus verschiedenen Lebensituationen kam, bis man angefangen hat, zu erzählen und zu begreifen. Mir zum Beispiel war eine sehr militante, feministische

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Entwicklung, eine radikal-feministische Entwicklung sehr suspekt. Das wollte ich nicht. Das war mir zu extrem. Ich war froh, daß ein großer Teil der ostdeutschen Frauen sich auch in der Zusammenarbeit mit den Männern emanzipieren konnte.

Interessant war unter den veränderten Bedingungen, daß zum einen die ostdeutschen Frauen heute die Erfahrung machen müssen, daß ihnen eine ganz andere Rolle zugewiesen wird, eine Rolle, die sie aus ihrem Selbstverständnis heraus einfach nicht bereit sind anzunehmen. Und interessant ist auch, daß ein Teil der ostdeutschen Männer sehr leicht bereit ist, die alten Rollen der Stärke wieder hervorzukehren. Insofern hat sich die Situation der ostdeutschen Frauen stark verändert, und es ist nun sehr gut nachvollziehbar geworden, weshalb einige westdeutsche Feministinnen so militant geworden sind. Ich hoffe dennoch, daß es uns gelingt, diesen Prozeß so zu handhaben, daß wir nicht weiter in diese Richtung gehen. Dies war also ein Beispiel für diese unterschiedliche Sozialisation.

Beim Zusammenschluß von Bündnis 90 mit den westdeutschen Grünen ist es so, daß die Westgrünen in der Überzahl sind, und da sie auch wortgewandter sind, führen sie dort eben ihre alten Kämpfe weiter und überstimmen die weniger wortgewandten und an die Situation einfach nicht gewohnten Ostdeutschen und lassen diese einfach nicht zu Wort kommen. Die ersten Bundesverbandstage, die ich erlebt habe, waren so, daß vielleicht fünf Ostdeutsche sprechen konnten und der Rest waren Westdeutsche, so daß man sich einfach nicht mehr vertreten sah.

Was die konzeptionelle Arbeit anbelangt, so ist mir dann auch sehr schnell bewußt geworden, daß sich die Ostdeutschen einfach auch nicht artikulieren konnten. Es wurde dann bei dem Zusammenschluß von Bündnis 90 und den Westgrünen sehr stark darum gekämpft, daß man auch bestimmte autonome Strukturen einrichtet, in der ostdeutsche Sozialisation dominieren kann. Wir haben also mit der Gründung des Parteiverbandes Bündnis 90/Die Grünen ein Forum „Bürgerbewegung" mit eingeklagt. Dieses haben wir auch jetzt gegründet, mit der Maßgabe, daß man dort anders miteinander umgeht und nicht so wie zwischen den klassischen Parteien- und Machtstrukturen mit ihren Hierarchien und auch, um die uns selbst betreffenden Probleme, die ja die Ostdeutschen auf Grund der veränderten Wirtschaftsbedingungen usw. besitzen, thematisch behandeln zu können. In Arbeitsgruppen wird der Versuch un-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

ternommen, außerhalb von Parteien Verbände in die Gesprächsrunden mit einzubeziehen, die den Charakter von einem „Runden Tisch" haben. Ob dies auf Dauer gelingen wird, das vermag ich heute nicht zu sagen.

Dieses Forum „Bürgerbewegung" ist vor ein paar Monaten gegründet worden. Es haben sich ein paar Arbeitsgruppen gebildet, und die Arbeit beginnt eben erst. Es ist natürlich eine große Hoffnung, ich weiß aber auch, daß die Leute durch ihr Alltagsleben beansprucht sind, daß sie ausgelaugt sind und daß sich erst noch zeigen wird, wieviel Kraft sie neben ihrer Arbeit noch haben, weiterhin politisch zu arbeiten.

M. SCHULZ:
Frau Tietze ist aktiv gewesen und ist auch immer noch aktiv im Neuen Forum. Sie war im Stadtbezirk Friedrichshain prominent und ist es auch noch. Sie war Bezirksvorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung und ist jetzt Stadtbezirksrätin für Bildung und Kultur. Meine Frage: Sie alle drei haben ja unterschiedliche Erfahrungen im Widerstand in der DDR gemacht. Alle drei sind jetzt Abgeordnete. Ich stelle jetzt einfach mal ein paar Fragen, über die wir diskutieren können. Wir haben jetzt ein anderes System, ein System, in welchem die Interessen artikuliert werden können. Also sind damit bestimmte Ziele der ehemaligen Bürgerbewegung realisiert, könnte man sagen. Die zweite Frage ist, sind wir damit zufrieden? Es sind neue Strukturen entstanden, man kann seine Interessen artikulieren, man kann sie transformieren, man kann sich organisieren, man kann alles hinausschreien, ohne groß etwas zu riskieren. Was hat man mit dieser Erfahrung gewonnen? Ist der Sinn einer Bürgerbewegung damit erfüllt? Vielleicht können wir aber vorher noch einmal auf die Frage der eigenen Identität zurückkommen.

M. TIETZE:
Ich möchte zuvor noch einmal klarstellen, nur weil Du vorhin sagtest, daß Du eben Atheist warst und ich in der Kirche und daß wir deswegen unterschiedliche Erfahrungen mit dem Widerstand in der DDR gemacht haben. Ich bin also tatsächlich atheistisch erzogen worden, ich wurde nicht getauft und war nie in der Kirche, und der überwiegende Teil der Frauen der Aktion „Bewegung für den Frieden" war nicht kirchlich gebunden, sondern sie kamen aus ganz anderen Bereichen, da waren z. B. Ärztinnen, Lehrerinnen, Künstlerinnen. Wir haben lediglich diesen Raum Kirche genutzt, um unsere Aktionen zu machen; ich empfinde mich auch nicht so, als ob ich von Anfang an eine Widerstandskämpferin war, ich

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

war lange angepaßt und brav, und ich hätte durchaus auch den Schritt in die SED tun können, da ich so erzogen wurde und für mich ganz lange auch alles klar war.

Für mich war 1968 der Punkt, an welchem ich mir sagte, daß es so nicht geht. Mein Klassenlehrer flog von der Schule, weil er als einziger einen Appell nicht mitunterschrieb, in welchem stand, daß man den Einmarsch gut findet. Da hat so etwas wie eine Entwicklung bei mir angefangen. Ich bin sehr spät dazu gekommen, so etwas wie Widerstand zu machen. Ich protestierte immer auf unterster Ebene, also mehr gegen die Verunreinigung von Spielplätzen im Wohnbereich. Erst die zunehmende Angst vor Militarisierung und Atomkrieg überzeugte uns, daß dagegen etwas getan werden muß. Und so fing diese Frauenbewegung an. Das war keine Kirchenbewegung, und sie war auch nie unter dem Dach der Kirche.

Die Frage zur DDR-Identität ist natürlich wirklich schwierig zu beantworten. Unsere Auseinandersetzung an dem Punkt, wo es darum ging: „Werden wir eine eigene Fraktion machen, die Bürgerbewegung im Abgeordnetenhaus, oder schließen wir uns sofort mit der AL zusammen zu einer gemeinsamen Fraktion?", das hat für uns eine sehr starke Rolle gespielt. Ich hatte die Erfahrung über die letzen Jahre, im Kontakt mit dem Westen, auch mit Vertretern der AL, den Grünen, daß es nur sehr wenige waren, die uns in unserer Arbeit unterstützten.

Da hieß es immer, daß die westliche Friedensbewegung vom Osten gesteuert wird, die östliche unabhängige Bewegung ist vom Westen gesteuert. Für die Linken im Westen waren wir Unpersonen. Denn eigentlich war ja alles in Ordnung in der DDR und auf jeden Fall sehr viel besser als in der Bundesrepublik. Da war für mich von Anfang an klar, daß wir nicht unbedingt die gleiche Sprache sprechen, daß wir nicht dieselben Probleme haben, und daß es wünschenswert wäre, erst einmal selbst zu schauen und die eigenen Probleme formulieren zu können, in diesem Parlamentsbetrieb. Ich würde schon sagen, daß es besser gewesen wäre, wenn man die eigenen Erfahrungen besser hätte berücksichtigen können. Es wäre besser gewesen, wenn wir es damals geschafft hätten, die größere Gruppe der Bürgerbewegung zu bleiben und wenn wir versucht hätten, eigene Ansätze und durchaus auch andere als die von der AL oder den Grünen zu formulieren. Denn für mich war schon klar, daß die Tatsache, daß die Grünen sich den politischen Strukturen bereits angepaßt hatten, nicht so sehr unsere Sache war. Dieser Anpassungsdruck ist ja mit einer

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Geschwindigkeit über uns gekommen, daß der Widerstand, der Versuch, Identität zu bewahren und an eigenen Sachen festzuhalten, für mich sehr verständlich ist.

PUBLIKUM:
Was wollten Sie bewahren?

M. TIETZE:
Unsere Erfahrungen, die wir in der DDR gemacht haben. Zu mir haben zu Wendezeiten Westgrüne gesagt, daß wir jetzt erst einmal das Einmaleins der Demokratie lernen sollten und dann könnten wir mitreden. Das klingt so nach: „Ihr seid jetzt Kinder und nun lernt erst mal schön, und irgendwann seid ihr gleichberechtigte Partner." Vielleicht bringen wir aber auch etwas mit, was für die Westler interessant sein könnte?

PUBLIKUM:
Können Sie versuchen, das zu konkretisieren? Was ist das - diese Anpassung?

M. TIETZE:
Anpassung an dieses Denken über das Geld. Alles wird bestimmt von diesem Denken an Geld, an Besitz. Es ist eine total entfremdete Gesellschaft. Und damit verbunden ist die Anonymität. Daß mehr Schein als Sein existiert und ein großer Teil der sozialen Beziehungen darüber vermittelt wird. Ein großer Teil der DDR-Bürger ist der Meinung, sicherlich auch auf Grund dieses Anpassungsdruckes und auf Grund der Verlokkung dieses schönen Scheins, sich sehr schnell in diese Strukturen zu begeben und sehr schnell zu versuchen nachzuholen, was sie meinen, versäumt zu haben.

Das ist nach meinem Dafürhalten eine Tragik von Emigranten. Emigranten in der Bundesrepublik verhalten sich ja genauso. Die Probleme, die Ausländer in Deutschland haben, die haben wir auch. Es ist eine Kultur, die sich scheinbar als Hochkultur vorstellt, sie meint, sie sei entwickelt und man müsse ihr möglichst schnell nachfolgen, und man hat eigentlich keine Chance, seine eigenen Besonderheiten einzubringen und zu bewahren. Interessant sind aber jene Ausländer, die die Kultur ihres Kulturkreises bewahren, die auch die Gelassenheit des Orientalen haben. Dieses Mischen von verschiedenen Erfahrungen passiert hier nicht, sondern hier wird eine Kultur durch eine andere ausgelöscht.

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

B. ENGLER:
Wenn ich nun danach gefragt werde, was mich mit der DDR verbindet, wo meine Identität ist: Ich bin dort aufgewachsen, meine Kinder sind erwachsen geworden in dieser DDR, ich habe eine großen Teil meines Berufsleben in der DDR gehabt. Und trotzdem ist es schwer für mich zu sagen, was nun diese Identität ausmacht. Ein Punkt ist natürlich die Anonymität dieser neuen Gesellschaft, das empfinde ich so. Dieses „Nicht-mehr-miteinander". Ich lasse es einmal dahingestellt, ob es in der DDR dieses „Miteinander-gegen-etwas-sein" war, oder das „Miteinander-bestimmte-Dinge-tun". Jetzt gibt es eher, ich sage es jetzt etwas überspitzt, dieses Konkurrenzverhalten, welches wir alle spüren und mit dem wir schwer zurechtkommen. Das ist eigentlich der kardinale Punkt. Ich wünsche mir um keinen Preis diese DDR zurück, darüber brauchen wir gar nicht zu reden. Aber manchmal - wie hat Biermann das gesagt?- manchmal hatte die DDR so etwas wie eine Kuhwärme gehabt. Und das ist eigentlich verloren gegangen.

M. SCHULZ:
Inwieweit unterscheiden sich die Ostdeutschen in ihren Umgangsformen von den Westdeutschen? Beeinflussen diese die Atmosphäre, in der sich die demokratischen Ansätze in der DDR entwickelten?

M. TIETZE:
Mir ist vorhin aufgefallen, als Du die Entwicklung schildertest, daß ich mich z. B. bei dieser Aktion „Konkret für den Frieden", bei dieser Art Netz über dem Netz, nicht beteiligt, sondern herausgehalten habe, weil mir das schon zuviel Partei war. In der Frauengruppe war das immer so eine Art Aktionsbündnis. Und diese Form von Bewegung fand ich besser, als diese ewigen Abstimmungen und Strukturbildungen. In dem Moment, als plötzlich dieses Parlament auf uns zu kam, und nun sollten wir da mit rein gehen, und wir wollten ja auch an die Öffentlichkeit, in diesem Moment hat sich das derartig verselbständigt und die Bewegung tot gemacht. Wenn ich heute einmal politisch Einfluß nehmen will, dann fühle ich mich dort fehl am Platz. Die Stellvertreterpolitik liegt mir überhaupt nicht. Ich fühle mich eigentlich so, daß ich nur mich selber vertreten kann und nicht noch viele andere, eine Gruppe hinter mir dazu.

PUBLIKUM:
Mir fiel auf, daß nach 1974 in Portugal genau die gleichen Geschichten gelaufen sind. Es war Jahrzehnte lang Faschismus in Portugal, und die

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Basisbewegung ging wahnsinnig schnell kaputt damals, ungefähr so schnell wie in der DDR ging sie kaputt, und zwar an den gleichen Mechanismen, so auch an der Bequemlichkeit der Menschen. Man hat eben nicht über Jahre die Kraft, immer wieder am Tisch zu sitzen und zu quatschen, das ist viel zu anstrengend. Man möchte ja auch gerne aufatmen und leben. Es war in Portugal auch das Geld und Einkaufen gehen können und so weiter.

EMMANUEL TERRAY:
Wir hatten in Frankreich während der 68er-Bewegung die gleiche Erfahrung.

I. KUKUTZ:
Wir hatten einmal eine Veranstaltung mit osteuropäischen Revolutionären, Leuten, die in den ganzen Ländern: Ungarn, Polen, Sowjetunion usw. an den Anfängen der Bewegung teilgenommen haben und sich dann in diesen parlamentarischen Strukturen und den neuen demokratischen Anfängen bewegt haben. Wir haben sie danach gefragt, so nach zwei,drei Jahren, wer denn nun noch in diesen Parlamenten sitzt. Und interessant war, daß sich die Revolutionäre von damals resigniert zurückgezogen haben und übrig geblieben sind merkwürdige Leute. Und ich denke tatsächlich, daß jede Zeit ihre Menschen hat und daß jede Aufgabe ihre Menschen hat, und einige Aufgaben brauchen einen langen Atem und Ausdauer, und einige Aufgaben brauchen Spontaneität und Kraft.

Leute, die in einer revolutionären Phase an erster Stelle stehen, müssen nicht automatisch in der Lage sein, die Mühen der Ebene zu bewältigen. Da sind vermutlich andere Charaktere gefragt. Beide sind notwendig. Man muß nur lernen, die Besonderheit der einzelnen Personen zu akzeptieren und als gleichwertig und notwendig zu begreifen. Und da liegt für mich immer wieder die Traurigkeit in der Entwicklung solcher Bewegungen, daß dann sehr oft die einen meinen, daß sie besser, moralischer, wertvoller, revolutionärer als die anderen sind, aber eigentlich sind sie beide notwendig.

In dem Prozeß der Vereinigung von Bündnis 90, Demokratie jetzt, der Initiative für Frieden und Menschenrechte, der Frauenbewegung habe ich mich damals auch sehr engagiert, weil ich der Meinung war, daß jede kleine Bewegung ihre Struktur braucht und daß diese Prozesse vereinfacht werden können, indem man sich zusammenschließt. Die Kraft, die

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

dann frei wird, kann für die Lösung der Probleme verwendet werden. Das Traurige war, daß jede dieser kleinen Gruppierungen für sich autonom mittlerweile ihre Funktionärstruktur entwickelt hat, und die machten das Zusammengehen sehr schwer, weil die Persönlichkeiten, die Funktionen und Rollen, die sie mittlerweile hatte, diesen Integrationsprozeß fast unmöglich machten. Es gab ein starkes Konkurrenzverhalten und ein Gegeneinandersetzen: „Ihr seid Parlamentarier, Ihr wollt in die Partei, Ihr seid also schlechter, Ihr seid alte konservative Menschen. Die anderen, die draußen bleiben, sind die wirklichen Helden und Revolutionäre". Meine Meinung ist, daß wir beides brauchen. Parlamentarier ohne Hinterland können genauso wenig arbeiten, wie die Bürgerbewegung, wenn diese Bewegung nicht aufgenommen wird und Druck gemacht wird, um Strukturen zu verändern.

Ich bin traurig darüber, daß dies bis jetzt nicht funktioniert hat, und vielleicht ist es ja auch nur eine Illusion; jeder vertritt seinen Autonomieanspruch. Nun sagt doch mal, Ihr Soziologen, sollen wir uns nun auflösen und zurückgehen in die Bürgerinitiativen? Ich habe eine andere Meinung dazu. Ich habe einen großen Teil meiner Identität aus diesen letzten vier Jahren gezogen. Die Vorstellung, daß das Neue Forum so nicht existieren kann, darüber sind wir uns völlig einig, aber ob es überhaupt eine Form gibt, in der es weiter existieren kann, das kann ich auch nicht beantworten. Für mich wäre es verhängnisvoll, einfach zu sagen, daß wir das jetzt auflösen, weil es so nicht funktioniert.

B. ENGLER:
Es funktioniert eben nicht mit den berühmten Basisgruppen, oder wie man die auch immer nennen will. Die Drähte sind wie zerschnitten, es funktioniert immer nur punktuell, und das machen meist persönliche Beziehungen möglich.

I. KUKUTZ:
Meine Erfahrung ist eine andere als Deine. Ich denke, daß Bewegungen eine Lebendigkeit haben, und ich sage, daß in einer starren Struktur diese Bewegung sterben wird. Für mich ist diese Art von Parlamentarismus, so wie sie strukturiert ist - ich habe für mich dieses Bild vom Fließen und im Fluß sein -, dieses Parlament ist für mich wie ein Aquarium. Ich fühle mich darin auch tatsächlich wie in einem Aquarium.

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

B. Engler:
Dann gehörst Du da nicht hin.

I. Kukutz:
Ja, ich gehöre da nicht hin. Aber mir widerstrebt auch die These, daß da nur die richtigen Leute hingehen sollten und dann wäre alles anders. Ich finde, daß man sich in Bezug auf die Bewegung auch damit abfinden sollte, daß zum Leben auch Sterben gehört. Ich denke, daß man sich auflösen muß, wenn der Sinn erfüllt ist. Und daraus entsteht dann wieder etwas Neues, und das ist ja eine irre Hoffnung, wenn man das akzeptieren kann, daß man auch sterben kann. Da würde meines Erachtens auch wieder ganz viel Kraft freigesetzt, die jetzt unnötigerweise gebunden ist. Was könnte ich alles machen, wenn ich nicht meine ganze Kraft in dieses Aquarium hineingäbe.

B. Engler:
Ich habe jetzt Ost- und Westabgeordnete vor Augen. Die Ostabgeordneten in den Parteien, CDU oder SPD, fühlen sich von den Westlern bedrängt, und dann jammern sie immer, und es ist eine günstige Möglichkeit, mit diesen bestimmte Sachen vorzubesprechen. Wir benutzen sie immer, um in diese Parteien hineinzukommen. Das funktioniert gut. Wir müssen auch dazu sagen, daß diese Ostsozialisation nur die eine Seite ist, denn innerhalb des Ostens gibt es natürlich die Schicht der Kleinen und Mittelständler, des Bildungsbürgertums, der Proletarier, der einfach Denkenden. Die haben verschiedene Interessen. Eine Frau, die einen Mann hat, der Handwerker ist, hat andere Interessen als jemand, der aus dem Bildungsbürgertum kommt.

Diese Ostsozialisation ist nur eine Möglichkeit. Sie führt nicht automatisch dazu, daß man sich sehr nahe steht. Ich habe z. B. katastrophale Denkstrukturen, die extrem konservativ sind, bei Ost-SPDlern festgestellt. Konservativer, als es zum Beispiel die Ost-CDU ist. Ich habe bei den Ost-CDUlern auch bei Frauen ein völlig unsoziales Denken, was mir völlig fremd ist, festgestellt. So nach dem Motto: „Lassen wir doch die freien Kräfte des Marktes wirken, und welche Folgen das für die Bevölkerung hat, das ist egal." An dieser Stelle kann man dann nicht mehr miteinander kooperieren, aber man lernt die Leute, die sich davon unterscheiden, kennen. Prinzipiell ist es möglich, hier noch bestimmte Sachen zu machen.

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Wir hatten am Anfang den Versuch unternommen und wollten sehen, ob wir alle Ostler aus dem Gesamtparlament, aus allen Parteien zusammenbekommen. Wir haben sie eingeladen zu einem Osttreffen. Da sind nicht sehr viele gekommen. Es ist dann auch sehr unglücklich gelaufen, aber was erkennbar ist, und das ist auch eine wichtige Sache, daß es ein unterschiedliches Verhalten im Parlament von Frauen und Männern gibt. Frauen verhalten sich anders als die Männer. Das Parlament ist eine Bühne, auf welcher Männer ihre Spiele spielen. Frauen agieren dort anders, sie arbeiten kooperativer, sie haben nur im bedingten Maße solche Selbstdarstellungsbedürfnisse wie die Männer. Es gibt natürlich auch Ausnahmen. Aber es gibt eine ganze Reihe von Frauen, aus dem Osten sowie aus dem Westen, die sehr unter diesen Strukturen der Männermacht leiden, die dann aber andererseits Ansprechpartner für einen kooperativem Umgang bei der Lösung von Problemen sind. Auch über Parteigrenzen hinweg, und das ist für mich eine Möglichkeit in diese anderen Parteien hineinzukommen.

M. SCHULZ:
Es gibt zumindest in Brandenburg die Beobachtung, daß die Personen in den verschiedenen Parteien, die aus der Bürgerbewegung kommen, andere Umgangsformen miteinander haben, sie versuchen nämlich konsensual vorzugehen. Das widerspricht eigentlich jeder Macht- und Parteihandlungs-„Ethik". Dies ist ein Prinzip, welches nicht durchhaltbar ist. Man kann zwar versuchen, den Stil im Parlament zu unterwandern. Das Problem ist aber die Strategiebildung, und da funktionieren solche Unterwanderungsstrategien nicht, dazu müßte man vermutlich andere Strukturierungen vornehmen.

PUBLIKUM:
Kann man den Wandel der Bewegungsakteure so brutal zusammenfassen: von der Konsens- zur Machtpolitik?

M. SCHULZ:
Auf der einen Seite „Ja", die Bewegungspartei Bündnis 90 hat genau diesen Weg beschritten. Beim Neuen Forum gibt es diese Verunsicherung.

I. KUKUTZ:
Wenn man sich die historische Entwicklung anschaut, setzen sich bestimmte Machtpolitiker, Strategen und Taktiker durch. Im Neuen Forum, ich könnte sie jetzt hier benennen, das möchte ich aber nicht, ist es

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

genauso wie in dem Parteienbündnis 90 und wie schon 10 Jahre zuvor bei den Grünen.

PUBLIKUM:
Die bleiben da einfach übrig.

I. KUKUTZ:
Genau das wollte ich sagen. Vor 10 Jahren etwa, als sich in Westberlin und in Westdeutschland die grüne Bewegung entwickelt hat, gab es ebenfalls diese Hoffnung am Bewegungsanfang. Da gab es ebensolche kritischen und differenziert denkenden Leute. Die wurden sehr schnell von einer heute noch auszumachenden Gruppe von Taktikern, die heute noch in Amt und Würden sind, an den Rand gedrängt und irgendwann mundtod gemacht. Das ist eine sehr bittere Erfahrung. Da ich im Abgeordnetenhaus die Sozialpolitik behandle, kommen die komischerweise alle zu mir, denn irgendwie haben die sich in diesem Bereich niedergelassen. Und die sagen dann, daß sie sehr gern weitermachen würden, aber nicht wissen, wie sie gegen diese Strategen vorgehen sollen.

Die Struktur des Parlamentarismus befördert diesen Prozeß des „Sich-Herausselektierens". Das ist ja das Tragische daran. Sie bedienen sich gegenseitig, sie lassen nur die Strategen zu. Genau wie diese Gesellschaft nur den Erfolgs- und Konkurrenzmenschen zuläßt und die anderen kaputt gemacht werden. Es werden immer wieder diese Dinge gegenseitig befördert, während all das, was an Interessantem, Neuem und Wichtigem dazugehört, zerstört wird. Ich bin ziemlich ratlos, wie man diesen Prozeß umkippen kann, weil die Leute selbst das auf die Dauer nicht aushalten.

SOPHIE KOTANYI:
Nach dieser Stunde habe ich den Wunsch in mir: „Bitte nicht mitmachen, sondern nur stören. Nicht konstruktiv mitmachen." Das ist so gespenstisch, dieses Zermürbtwerden in dieser Maschine. Die gehen alle unter, und Sie als erste. Und wozu das?

M. SCHULZ:
Kommt man nur mit negativen Erfolgen vorwärts?

S. KOTANYI:
Hören Sie sich das doch erst einmal an, was ich Ihnen sage.

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

I. KUKUTZ:
Sie meinen, wir sollten Sand im Getriebe sein?

S. KOTANYI:
Ja. Das ist das einzige, was da noch Bewegung reinbringen kann, weil die Maschine so gut geölt ist. Also ich bin in Ungarn geboren, aber in Westdeutschland aufgewachsen. Meine Eltern haben politisch in Ungarn nie mitgemacht, weil sie gesagt haben, daß man da untergeht. Und meine Versuche, im Westen mitzumachen, haben auch gezeigt, daß ich bei diesem Mitmachen untergehe. Und das ist vermutlich die Diskrepanz zwischen einer Gesellschaft, in der gewisse politische Aktivitäten nicht möglich waren, und in der jetzt so ein gewisser Nachholbedarf besteht. Sie haben uns eine Geschichte des Nachholbedarfs hier erzählt. Und jetzt ist die Erfahrung da und eben auch die Erfahrung, daß man dabei untergeht. Das ist nicht nur bei uns so, das ist in aller Welt so, überall in der Politik ist das so. Entweder macht man mit und man macht Machtpolitik und Geldpolitik, oder man entscheidet, daß man das nicht will.

M. SCHULZ:
Es ist zweifelhaft, ob das funktioniert. Ich möchte daran erinnern, daß Bush in den USA etwa 26% der Stimmen bekommen hat und daß die Verweigerung von etwa 70% der Bevölkerung da überhaupt nichts ausgerichtet hat. Sondern die ziehen ihre Politik durch. Ich denke, daß das mit der Verweigerung nicht geht.

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Dramatische Wende am ostdeutschen Theater

Diskussion am 13.06.1994 mit:

Dirk Baum	Theaterwissenschaftler
Isabelle Cribier	Sozialanthropologin
Sophie Kotanyi	Filmemacherin
Peter Petruschka	Theaterwisssenschaftler
Rainer Roßner	Theaterwissenschaftler
Elke Wiegand	Slawistin

Dirk Baum:
Ich darf als erste Frau Dr. Elke Wiegand vorstellen. Sie ist Slawistin und hat Slawistik und Germanistik in Halle und ein Jahr lang in der Sowjetunion studiert. Nach einem Forschungsstudium promovierte sie in Leipzig; von 1973 bis zu dessen Auflösung 1990 hat sie im Theaterverband der DDR gearbeitet, und zwar in der Abteilung Internationale Arbeit - mit dem Schwerpunkt Osteuropa. Herr Dr. Peter Petruschka studierte Philosophie, Kulturwissenschaft und Theaterwissenschaft an der Humboldt-Universität in Berlin und war von 1966 bis 1968 Redakteur bei der Zeitung „Volksarmee". Seit 1968 ist er Assistent am Institut für Theaterwissenschaft der Humboldt-Universität, wo er 1975 promovierte. Herr Rainer Roßner studierte Theaterwissenschaft, und zwar ebenfalls an der Humboldt-Universität, arbeitete dann als Dramaturg am Maxim-Gorki-Theater in Berlin und war von 1973 bis 1980 Kulturredakteur bei der Presseagentur ADN. Von 1980 bis 1990 arbeitete er beim Ministerium für Kultur der DDR in der Abteilung Theater; er war zuständig für junge

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Künstler, für den Nachwuchs und für das Puppentheater. Im Moment hat er eine ABM-Stelle. Aus den kurzen Vorstellungen wird sicher schon ersichtlich, daß wir drei Bereiche einbezogen haben: den Theaterverband, das Ministerium für Kultur und das Institut für Theaterwissenschaft an der Humboldt-Universität. Deren ehemaligen Vertreter haben stichpunktartige Einführungen vorbereitet.

ELKE WIEGAND:
Zunächst eine kleine Ergänzung zu dem, was Herr Baum gesagt hat: Seit Januar dieses Jahres arbeite ich im Duo mit einer Theaterwissenschaftlerin an einem Forschungsprojekt mit dem Titel: „DDR-Frauen-Bilder auf Bühne, Leinwand, Bildschirm. Beiträge zur deutschen Frauen- und Theatergeschichte aus arbeits- und lebensbiographischer Sicht Ostberliner Schauspielerinnen". Das Projekt wird für zwei Jahre durch das Förderprogramm Frauenforschung des Berliner Senats gefördert.

Wenn man hört, daß ich Slawistik und Germanistik studiert habe, fragt man sich vielleicht, was ich mit dem Theater zu tun habe. Ich habe mich in meinem Studium auf die Dramatik geworfen und bereits während des Studiums und des Forschungsstudiums mit dem Theater meiner Heimat- und Studienstadt Halle zusammengearbeitet. Hinzu kamen Lektoratsarbeiten, Übersetzungen und dramaturgische Beratungen, später für den Henschel- Verlag Gutachten und Übersetzungen von Stücken. Aus dieser Arbeit entstand die Idee, an einer Arbeitsstelle zu wirken, wo das, was ich bis dahin für <u>ein</u> Theater gemacht hatte, vielen Theatern zugute kommen könnte. Und das war in diesem Falle der Theaterverband. Ich will versuchen, kurz etwas zu diesem Theaterverband oder, wie sein offizieller Name lautete, „Verband der Theaterschaffenden in der DDR" zu berichten, weil das eine Organisation war, wie sie meines Wissens in Frankreich und auch in der Bundesrepublik existiert.

Der Theaterverband war einer von fünf Künstlerverbänden in der DDR, er war der jüngste Verband und wurde 1966 gegründet. Das Gründungsdatum scheint mir - nachdem ich mich jetzt nochmal intensiver damit beschäftigt habe - besonders interessant. Das war ein Jahr nach dem 11. Plenum des Zentralkomitees der SED, auf dem es vorrangig um Fragen der Kunst und Kultur ging, die sehr heftig diskutiert wurden bis hin zu Verurteilungen und Verboten von künstlerischen Werken, insbesondere Filmen. Es gab vor dem Theaterverband also einen Schriftstellerverband,

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

einen Verband der bildenden Künstler, einen der Musikwissenschaftler und Komponisten und einen Verband der Film- und Fernsehschaffenden; zuletzt wurde der Theaterverband gegründet. Es war eine Gründung von „oben" und nicht von „unten": Ein Initiativkomitee erarbeitete eine Vorlage, in der sowohl der Gedanke, einen Verband zu gründen, als auch das, was der Verband leisten sollte, begründet wurde. Dieser Text wurde in „Theater der Zeit" - der Fachzeitschrift für Theater in der DDR, die später zum Organ des Verbandes wurde - publiziert und diskutiert. Daß es eine Gründung von „oben" und weniger von „unten" war, zeigt sich beim Durchsehen der Zeitschrift schon an der Diktion: Bereits vor der Gründung wurde so gesprochen, als gäbe es den Verband schon. Die Diskussion um diese Gründung hatte die Gewerkschaft organisiert, aus ihrem Kreis kam dann auch der spätere Erste Sekretär. Der Verband war als ein politisches Instrument der ideologischen Disziplinierung der Künstler gegründet worden - wie es im November 1989 Professor Schumacher, der Mitglied des Verbandes, des Vorstandes und des Präsidiums war, aus der Sicht der zusammenbrechenden DDR ausdrückte.

Im Vorfeld der Gründung des Verbandes war seine Funktion folgendermaßen bestimmt worden: „Unser Verband soll die geistige Heimat aller Theaterschaffenden werden, die ihren Fond an Bildung und Wissen, an Erfahrung und Leistung für das große Werk der Entwicklung eines sozialistischen deutschen Nationaltheaters in dieses Forum einbringen." Etwas direkter hieß es in der Zeitschrift, daß „die wesentlichste Aufgabe dieses Verbandes darin bestehen müsse, herauszufinden, worin sich die spezifische Wirkungsweise des sozialistischen Theaters äußere. Vor allem gelte es, den Dualismus zu überwinden, der für die Arbeit am Theater zwei Pole setzt, das Formproblem und die Forderung an die Kunst, dem Staat zu helfen, sich als Staat durchzusetzen. Die Kunstmittel des Theaters sollen immer wieder im Brechtschen Sinne auf ihre Nützlichkeit für den Klassenkampf abgeklopft werden, die soziale Aktivität des Publikums provoziert und die Wolfsche These realisiert werden: 'Kunst ist Waffe'. Das Theater hat nur gesellschaftliche Berechtigung, wenn es sich dieser Rolle bewußt wird. Diese Waffe müssen wir schärfen, dürfen sie nicht dem Klassenfeind preisgeben, indem wir es uns einfach machen und sagen, das Publikum ist gewachsen. Machen wir also auf dem Theater, was wir wollen. Dabei sollte auch nicht übersehen werden, daß neben der Brechtschen Darstellungsweise andere Waffengattungen existieren. Es handelt sich hier nicht um eine Qualitäts-, sondern um eine

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Richtungsfrage." Das finde ich militant formuliert, es stand aber so in der Zeitschrift!

Im Vorfeld des Gründungskongresses wurde in den verschiedensten Theatern darüber diskutiert, wozu ein derartiger Verband gebraucht würde. Und da ist interessant, daß es an der Basis dann - als es gewissermaßen schon beschlossen war, den Verband zu gründen - doch Fragen gab: „Soll dieser Verband vielleicht nur die Aufgaben lösen, die die Fachabteilungen im Staatsapparat, in der Partei oder der Gewerkschaft nicht zufriedenstellend gelöst haben?" Die Diskussionsgrundlage gab darüber nicht genügend Auskunft, gleichzeitig kamen aber von den Theatermachern Vorschläge, die in Richtung Fachverband gingen. Der Verband sollte Kommunikation, Weiterbildung, Dokumentation und Erfahrungsaustausch fördern. Erfahrungsaustausch über künstlerische Arbeitsergebnisse, Inszenierungsauswertungen usw. Eine Möglichkeit wurde gesehen, eine Beziehung zwischen Theorie und Praxis herzustellen. In einigen Theatern sah man darin den Hauptsinn eines derartigen Verbandes. In Potsdam wurde bei einer Diskussion, an der u. a. Peter Kupke, der ja inzwischen ein bekannter Regisseur ist, und auch Thomas Langhoff, heute Intendant des Deutschen Theaters, teilnahmen, darauf verwiesen, daß man ausgehend von der Brechtschen Arbeitsweise mit den Modellbüchern Vorbereitungsmaterial zu Inszenierungen, Ergebnisse, dokumentierbare Ergebnisse von Inszenierungen an einer zentralen Stelle zusammenführen und für andere Theaterleute nutzbar machen könnte.

Aus diesen Vorschlägen ist im Verband die Abteilung Theaterdokumentation und -information entstanden. Diese Abteilung konnte sich nach der Auflösung des Verbandes am ehesten neu konstituieren und ist heute als Zentrum für Theaterdokumentation der Akademie der Künste angeschlossen. Ich werde zu der Dokumentationsbteilung später noch etwas sagen. Im Gedanken der Kommunikation zwischen Ensembles über Arbeitsergebnisse, zum Beispiel in Form von Inszenierungskolloquien, auch der Kommunikation zwischen Künstlern und Wissenschaftlern, Künstlern und Kritikern, damit sie sich besser kennenlernen und jeweils mit der Arbeit des anderen besser vertraut werden, sah man einen Sinn. Der zweite Punkt war Weiterbildung. Weiterbildung durch Theaterfahrten, bei denen - so hieß es zunächst - ganze Ensembles andere Ensembles besuchen und ihre Aufführungen ansehen, darüber sprechen sollten; man dachte auch an Weiterbildungsreihen, die über neue theater-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

wissenschaftliche Forschungen, über neue Dramatik informieren oder Fragen des Erbes behandeln sollten.

Die Erklärung des Gründungskongresses war dann allerdings vorwiegend eine politische Erklärung, in der das, was ich anfangs vorgelesen habe, bestärkt wurde: die Republik stärken, das sozialistische deutsche Nationaltheater mit entwickeln helfen usw. In diesem Spannungsfeld - denke ich - hat sich in all den Jahren der Verband bewegt: Einerseits war er ein politisch orientiertes, andererseits ein fachlich orientiertes Gremium. In der konkreten Arbeit dominierten die Sektionen des Verbandes, hier kümmerte man sich vor allem um fachliche Weiterbildung, um Information und Kommunikation. Ich habe nochmal darüber nachgedacht, warum dieser Verband so schnell durch die Ereignisse von 1989 gestorben ist. Sein Ende fand im Dezember 1990 statt. Der konkrete und auch ein wenig brutale Anlaß war die Einstellung der Subventionen: Es war kein Geld für die Arbeit mehr da. Der Verband war der Partei, der SED zugeordnet gewesen, er wurde von der Partei angeleitet und war unabhängig vom Ministerium, unabhängig von der Gewerkschaft, obwohl er mit beiden Institutionen zusammenarbeitete und es auch immer Reibung mit dem anleitenden Organ gab. Man mußte bestimmte Zugeständnisse machen. Das hat sich ganz besonders deutlich gezeigt, als 1988 gemeinsam mit dem Ministerium eine Perspektivkonzeption für das DDR-Theater im Verband erarbeitet wurde, die auf Widerstand der Gewerkschaft und der Partei stieß. Man erklärte sich dann zu einem Kompromiß bereit. Andererseits hat sich der Verband für eine ganze Reihe von Autoren und für neue Stücke eingesetzt, die es schwer hatten, an den Theatern aufgeführt zu werden, wo zum Beispiel trotz genereller Genehmigung in einer bestimmten Stadt die Inszenierung nicht herauskommen sollte oder sehr scharfe Diskussionen über die Inszenierung und das Stück liefen. Da hat der Verband im Einzelfall die Diskussion zum Guten wenden oder Schlimmes abwenden können. Dennoch war er eben kein völlig unabhängiger Verband, und das erklärt so manches. Darin sehe ich den Grund dafür, daß der Verband - das heißt, die Leitung des Verbandes - im Herbst '89 versagt hat, daß die politischen Aktivitäten von den Theaterleuten als Gewerkschaftsmitglieder und als Ensemble-Mitglieder, aber nicht als Verbandsmitglieder initiiert wurden.

In den Theatern hat - darüber gibt es bereits ein Buch - im Herbst '89 eine große Bewegung stattgefunden. Vor den Vorstellungen wurden Resolutionen verlesen. „Wir treten aus unseren Rollen" hieß zum Beispiel die

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

bemerkenswerte Dresdener Resolution. Der Verband hat es nicht geschafft, an der Seite der Theaterleute zu stehen, doch würde ich gern diese Aussage einschränken: Die Leitung des Verbandes, das Präsidium und der Präsident haben es nicht geschafft. Deshalb trat der Präsident auch relativ schnell zurück, und es wurde ein außerordentlicher Kongreß für den Januar 1990 einberufen, der entscheiden sollte: Soll der Verband sterben, soll er reformiert werden oder soll ein völlig neuer Verband entstehen? Die politischen Ereignisse haben diese Diskussion eingeholt, indem die DDR verschwand und mit ihr die Mittel für diesen Verband. Die Bemühungen, mit der Dramaturgischen Gesellschaft, die es in den alten Bundesländern gab, zu fusionieren, scheiterten unter anderem auch daran, daß diese Gesellschaft andere Aufgaben hat. Sie wäre, wollte man sie dem Verband, von dem ich spreche, zuordnen, eine Sektion - möglicherweise.

Ein zweiter Grund, warum der Verband im Herbst bzw. in der Folge des Herbstes '89 so schnell starb, war die Entfremdung zwischen dem Verband - gleich Leitung - und den Mitgliedern; die Initiativen, die Aktivitäten gingen vom Apparat aus - das ist ein typisches DDR-Wort -, das heißt: im Verband gab es Mitarbeiter, die Weiterbildungsangebote,Veranstaltungsangebote machten, die Mitglieder selbst waren relativ inaktiv. Sie haben auch die Möglichkeiten von Demokratie, die der Verband bot, nicht angenommen. Sie hätten stärker Forderungen an den Verband stellen, mit gutem Druck von „unten" die Leitung herausfordern sollen. Es war letztlich so: Man war Mitglied, man zahlte, man nahm die Angebote hin, befragte sie aber nicht genügend.

Zu den Angeboten: Es gab die Sektionen Schauspiel, Puppentheater, Bühnentanz und Musiktheater. Von diesen Sektionen wurden am meisten die Sektionen Puppentheater und Bühnentanz gebraucht, weil das die unterprivilegierten Sparten an den Theatern waren. Und da haben auch die Mitglieder stärker als in den anderen Sparten - zum Beispiel im Musiktheater - ihre Wünsche geäußert. Es gab die Abteilung Dokumentation/Information, internationale Arbeit und Bezirksarbeit und es gab Arbeitsgruppen Theaterwissenschaft, Theaterkritik und Kabarett. Für diese Abteilungen und Sektionen gab es feste Mitarbeiter mit einer relativ hohen Qualifikation: Theaterwissenschaftler oder ehemalige Regisseure mit einer theaterwissenschaftlichen Ausbildung, Tänzer vom Ballett; und die Theaterleute hatten den Gewinn, untereinander kommunizieren zu können. Es wurden seit 1978 Werkstatt-Tage für Schauspiel,

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Musiktheater, Ballett und Kindertheater durchgeführt. Dabei wurden Inszenierungen gezeigt, über die Aufführungen diskutiert und manchmal auch sehr heftig gestritten. Es wurden auch umstrittene Aufführungen gezeigt.

Das zweite, was die Theaterleute von dem Verband hatten, waren die Weiterbildungsveranstaltungen und die Möglichkeit, in der Abteilung Dokumentation schriftlich niedergelegte Vorbereitungs- und Auswertungsmaterialien von Inszenierungen ausleihen zu können, in den letzten Jahren auch Video-Dokumentationen. Man ging davon aus, das Fahrrad müsse nicht jedesmal neu erfunden werden, die Vorarbeit, die schon gemacht worden war, könne man benutzen. Zu den Dokumentationen gehörte auch wissenschaftliches Material, das reichlich benutzt wurde, vor allem von kleineren Theatern. Bedenken Sie, daß Döbeln oder auch Quedlinburg ein Theater hatten, aber keine Universitätsbibliothek. Zu den ausländischen Kontakten und anderen Fragen kann ich in der Diskussion noch sprechen.

PETER PETRUSCHKA:
Ich möchte nur ein paar kleine Thesen, eventuell Gedankenanstöße vorbringen. Ich werde dabei nicht über das DDR-Theater referieren. Zunächst habe ich einen Einwand gegen Ihr übergeordnetes Thema, gegen den Begriff „Wende". Es hat hier keine Wende stattgefunden. Es war die Angliederung eines sozialstaatlichen Gefüges an ein völlig anderes, so daß man schwer von einer „Anthropologie der Wende" sprechen kann. Es ist ja nicht das Gegenteil von vorher erreicht worden in diesem Ostdeutschland, sondern etwas völlig anderes. Es hat nichts mit dem zu tun, wovon in den Monaten nach dem Herbst '89 bis zum Frühjahr vielleicht oder auch nur Weihnachten die Rede war. Insofern finde ich den Begriff „Wende" unglücklich, aber er ist nunmal im Gebrauch. Ich wollte nur mal darauf hinweisen!

In diesem Ostdeutschland, in der DDR, gab es über 50 feste Theater mit festen Ensembles, meistens zweispartige Theater, also Musik- und Schauspieltheater, sehr häufig noch Ballett. Das Theater beschäftigte etwa 350 bis 400 Mitarbeiter. Es gab vier Schauspielausbildungsstätten, davon eine an der Filmhochschule; es gab zwei theaterwissenschaftliche Ausbildungseinrichtungen - an der Humboldt- Universität, von der ich komme, und an der Theaterhochschule Leipzig, die inzwischen, was die theoretischen Dinge betrifft, wohl in die Universität übergegangen ist; und es

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

gab eine Regieausbildung in der DDR. Das, glaube ich, hat es sonst nirgendwo gegeben.

Die Theater in der DDR waren sowohl Instrumente der Ideologiepolitik der SED als auch Orte der Zusammenkunft von Menschen, die nirgendwo anders in dieser Art vorhanden waren. Man begab sich in ein Gebäude, in einen Raum, in dem Leute etwas vorspielten, andere den Vorspielenden zuschauten und zuhörten und es bereits durch den Kauf einer Karte eine Art Verabredung gab: „Mich interessiert das, was du da oben machst." Diese Form, die nirgendwo anders so vorhanden war, ist auch für die Theater in der DDR - wahrscheinlich nicht nur in der DDR - immer problematisch gewesen, aber auch für die kulturpolitische Führung in diesem Land, weil sie nur teilweise zu lenken war, nämlich über Verlagswesen, über Stückgenehmigung usw., aber kaum zu lenken über das, was Theater eigentlich ist: nämlich über die abendliche Vorstellung, die danach nicht mehr da ist, die ja nur für die zwei bis drei Stunden existiert - dann verschwindet sie und kommt neu am nächsten Abend zurück. Darauf kann man sehr schwer Einfluß nehmen, obwohl auch das natürlich möglich ist. Ich will damit nicht sagen, die Theater in der DDR wären jahrzehntelang ein Hort des Widerstandes gegen das SED-Regime gewesen. Das kann man meiner Meinung nach beileibe nicht sagen! Dennoch war dieses besondere Zusammenfinden der Menschen ein ganz beachtlicher Sozialisierungsfaktor. Das scheint mir ein möglicher Ansatzpunkt für anthropologische Debatten zu sein.

Allerdings muß man das einschränken: Das Theater hat in der DDR jahrelang, jahrzehntelang darum gekämpft, Arbeiter ins Theater zu holen, weniger gebildete Schichten zu erreichen. Das Gros der Zuschauer - denke ich - war ein mehr oder weniger intellektuell, zumindest kunstsinnig geprägtes Publikum. Eine andere Seite des Theaters ist, im Gegensatz zur eben genannten, oft beschrieben und erforscht worden: die hohe ästhetische Kultur des Theaters in der DDR, die viele Menschen aus aller Welt hergelockt hat. In den Jahren, in denen ich am Institut war, haben sich Menschen aus vielleicht dreißig Staaten mehr oder weniger lange für Studien oder Gespräche aufgehalten. Die hohe ästhetische Kultur des Theaters in der DDR, die natürlich auf Brecht - vor allem, was das Schauspiel betrifft - und auf Felsenstein, was das Musiktheater betrifft, zurückzuführen ist, hat Folgen gehabt, setzte sich fort in Schülern, die in ihrem Sinne gearbeitet haben. Das hatte auch eine Wirkung auf Schauspieler, Regisseure, Dramaturgen, Musiker, Sänger usw. Charakteristisch für die

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

se hohe ästhetische Kultur war eine enge Verbindung vom politischen Verständnis des Theatermachens, von der politischen Funktion des Theaters als Tribüne, als Versammlungsort und dem politischen Selbstverständnis der Theatermacher. Das läßt sich nicht allein aus den ästhetischen Auffassungen von Brecht und Felsenstein erklären. Diese Verbindung von politischem Verständnis und politischem Selbstverständnis der Theatermacher war in der DDR mit einem großen handwerklichen Können verbunden, vor allem bei den Schauspielern, unterstützt durch eine starke Betonung der Dramaturgie. Das ist sicherlich eine Tradition des deutschen Theater, die in der Theatergeschichte Deutschlands begründet ist, die vielleicht auch der politischen oder künstlerischen Mentalität der Deutschen entspricht. Sie wurde jedoch durch Brecht in eine hohe Kunstform gebracht und auch durch Felsensteins Musiktheater.

Mir ist nach '89 immer wieder von westdeutschen Theaterleuten gesagt worden: „Eure Dramaturgen müssen umlernen, sie müssen jetzt Manager werden, sie können nicht mehr wie zu DDR-Zeiten an einer Inszenierung arbeiten." Sie können heute nicht neben dem Regisseur - manchmal sehr souverän - den tieferen Bereich einer Theaterinszenierung aufdekken. Dieses dramaturgische Element würde ich für das Theater in der DDR für wesentlich halten. Man müßte mal untersuchen, was mit den Leuten passiert ist, die aus der DDR, aus dieser Tradition, aus diesem Kontext kommend in den Westen Deutschlands gegangen sind. Und das waren viele! Schauspieler, Regisseure, Tänzer, Sänger usw. Welche Wirkung haben diese Leute auf die westdeutsche Theaterkultur gehabt? Der Intendant des Burgtheaters in Wien, Peymann, hat vor zwei Jahren mal gesagt: „ Das westdeutsche Theater hat eigentlich nur von der DDR gelebt!" Der Beitritt zur BRD hat die Theater im Osten Deutschlands - behaupte ich mal - von allen Künsten am wenigsten getroffen. Das war auch der Kernpunkt, auf den ich hinauswollte. Das ist sehr merkwürdig. Aber es ist so.

Die Filmproduktion, die DEFA, ist liquidiert, es gibt sie nicht mehr; ein Fernsehen der DDR gibt es nicht mehr, es ist aufgespalten in verschiedene Regionalstationen; den Rundfunk gibt es nicht mehr; Verlage sind teilweise weg; umgewandelt hat sich die bildende Kunst, sie ist in einem sehr problematischen Zustand, zumindest viele bildende Künstler sind es; die Strukturen haben sich völlig verändert. Ich kann nicht sagen, ob sie tot sind wie das Fernsehen. Sie leben ja alle noch, die Schriftsteller und andere Künstler, die Musik wahrscheinlich auch. Das Theater war

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

offensichtlich wenig betroffen, so scheint es jedenfalls auf den ersten Blick. Aber es gibt kein Geld mehr oder wenig Geld; sie müssen Strukturen verändern; hier wird das Musikensemble aufgelöst, dort das Schauspiel, oder sie fusionieren ... Aber es hat nicht einen einzigen Tag gegeben, an dem das Theater nicht gespielt hätte. Sie haben auch am Abend der Maueröffnung Theater gespielt. Vielleicht ist auch das etwas Deutsches. Es gibt eine Parallele in der Geschichte, und zwar 1945, nach dem Ende des Faschismus in Deutschland. Brecht sagte dazu 1951 auf einem Kongreß - ich versuche, es mit eigenen Worten wiederzugeben: „Das Theater ist durch zwölf Jahre Naziherrschaft völlig heruntergekommen. Es ist zu einem deklamatorischen, repräsentativen Theater geworden. Es muß völlig neu gemacht werden. Die Schauspieler müssen völlig neu ausgebildet werden, alles muß verändert werden." Gustav Gründgens dagegen erinnerte sich: „Der Krieg war kaum vorbei, kaum waren die Kriegshandlungen beendet, sprangen die meisten von uns wieder auf die Bühne und agierten weiter, fast als wäre nichts geschehen!" So unterschiedlich war die Beurteilung!

Es ist interessant, daß heute westdeutsche Theatermacher, die ihr Leben in einem anderen sozialen System zugebracht haben, mit dem ostdeutschen Theater offensichtlich keine Probleme haben. Es gibt ja in vielen Theatern Westintendanten, die einsteigen und den ganzen Betrieb scheinbar ohne große Probleme weiter leiten. Natürlich wird sich etwas verändern ...

PUBLIKUM:
Sie werden alles kaputt machen!

P. PETRUSCHKA:
Solche Leute gibt es auch. Aber ich denke an die seriösen, die echten Theaterleute. Ich meine, eine derartige Sicht auf das Theater provoziert Fragen nach gesellschaftspolitischen Konzepten in zwei völlig unterschiedlichen politökonomischen Systemen. Aber vielleicht stellt man auch fest, daß diese Systeme gar nicht so unterschiedlich sind. Was hier die Ideologie bewirkt hat, bewirkte dort vielleicht das Geld, ich weiß es nicht! Es ist jedenfalls verwunderlich, daß es so gut funktioniert! Das ist vermutlich gar nicht so unterschiedlich gewesen!

RAINER ROßNER:
Ja, es ist schon erstaunlich, daß von 1933 bis 1994 unverdrossen gespielt

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

wurde, ohne eine nennenswerte Unterbrechung. Und ich finde es auch erstaunlich, wie unverdrossen in der eigentlichen Umbruchszeit von 1989/90 die Theater gespielt haben - zum Teil vor leeren Sälen! Es sind ja keine Leute mehr gekommen! Sie funktionierten wie aufgezogen, wie mechanische Puppen.

Ich habe es relativ leicht. Ich muß über das Ministerium für Kultur sprechen, dessen Arbeitsgegenstand im großen und ganzen kein Geheimnis ist. Ich möchte mich auf drei Interessenkonflikte konzentrieren, die die Arbeit des Kulturministeriums der DDR ausgezeichnet haben. Das Ministerium wurde mit dem 3. Oktober 1990 abgewickelt, weil die Bundesrepublik ein zentrales Kulturministerium nicht besitzt. Es gibt Kultusministerien in den Ländern, aber kein zentrales in Bonn. Die Arbeit des DDR-Kulturministeriums war mit dem Ende der DDR natürlich erledigt.

Der erste wesentliche Interessenkonflikt war ein Konflikt zwischen dem Parteiapparat und dem Staatsapparat, etwas, was wir zu DDR-Zeiten die Doppelherrschaft im Lande nannten. Der Parteiapparat hat versucht, ideologische Prämissen vorzugeben und dem Staatsapparat aufgetragen, diese Prämissen oder ideologischen Vorstellungen umzusetzen. Allein aus dem Führungsanspruch der Partei und dem Mißbrauch des Staatsapparates als Transmissionsriemen ergaben sich eine Fülle von Konflikten und Auseinandersetzungen. Bildlich gesprochen führte das immer dazu, daß in Spannungszeiten der Kulturminister zu Herrn Hager gerufen wurde, der als Mitglied des Politbüros zuständig für Kultur und Wissenschaft war, und in regelmäßigen Abständen der Kulturminister „mit einem Herzinfarkt" die Beratung verließ. Diese Doppelherrschaft hat übrigens zu Reibungsverlusten in allen Bereichen geführt - nicht nur in der Kultur, auch in der Wirtschaft, sie hat zu einer wahnsinnigen Überbürokratisierung des Landes geführt und zu einer Ineffektivität, die für den Sozialismus sprichwörtlich ist.

Als zweiten großen Interessenkonflikt nenne ich den sogenannten demokratischen Zentralismus. Dieser beinhaltete die demokratische Vorbereitung von Entscheidungen von „unten nach oben" und die Durchsetzung der gefällten Entscheidung von „oben" (zentral) nach „unten" (dezentral). In der Kultur hat weder das „Von-unten-nach-oben" noch das „Von-oben-nach-unten" jemals funktioniert. Beauftragt mit einer einheitlichen Kulturpolitik für das ganze Land, war das Ministerium für Kultur in jeder, fast jeder Frage überfordert, weil die kommunalen und regiona-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

len Bedingungen dem, was die zentrale Kulturpolitik forderte, widersprachen. Die Kommune, die ein Theater zu leiten hatte und die Gelder vom Rat des Bezirkes zugewiesen bekam, war daran interessiert, ihre eigenen Möglichkeiten auszuschöpfen, und hat sich im wesentlichen um die eigenen Belange gekümmert, wie man so schön sagt: „Da war das Hemd näher als der Rock", und die zentralen Vorgaben wurden mit großem Widerwillen erfüllt; und da wir keine direkten finanziellen Hebel hatten, konnten wir meistens nur mit wenig Effektivität einwirken.

Es gibt eine Reihe von Beispielen, wo das Kulturministerium selbst im positiven Sinne nicht wirksam werden konnte. Es hat - wie Sie wissen - in der Kulturpolitik generell, in der Literatur, aber auch im Theater, eine Art Zensur gegeben. Es gab auch für den Theaterbereich Genehmigungen von Ur- und Erstaufführungen durch den Staat, durch den Minister für Kultur. Das hatte bei bestimmten, komplizierten, vor allem bei sowjetischen Stücken, den Vorteil, daß ein vom Minister für Kultur genehmigtes Stück überall in der DDR hätte gespielt werden dürfen. Aber trotz der Genehmigung des Ministers wurde in den Kommunen das Stück oft verboten. Das zeigt, wie machtlos das Wort von „oben" unter Umständen war. Die sowjetischen Stücke, die wir vor allem in den späten achtziger Jahren gern gespielt haben, waren in den meisten Fällen in politischen Fragen, in Fragen der Gesellschaftsentwicklung, viel kritischer, offener und klarer als DDR-Stücke. Die DDR-Dramatik war eher verschwommen, metaphorisch oder - sagen wir mal - weltabgewandt. Diese sowjetischen Stücke wurden in Kreisen und Bezirken, also in der Provinz, weniger unterstützt als im Ministerium für Kultur.

Das hängt mit dem dritten Konflikt zusammen, der die Arbeit ohne Zweifel in allen Ministerien beeinträchtigt hat, aber im Kulturministerium auf eine besondere Art: der ewige Konflikt zwischen den Versuchen, liberale Kulturpolitik zu betreiben, und den Versuchen, alte stalinistische Prinzipien durchzusetzen. Und das hat sich auch innerhalb eines Ministerium ausgewirkt. Es konnte sein, daß ein Minister liberaler eingestellt war als sein Stellvertreter. Und es konnte passieren, daß Mitarbeiter stalinistischer dachten als der Abteilungsleiter. Durch diesen Konflikt, der auch mit viel Mißtrauen und viel Angst verbunden war: Wie weit kann man sich vorwagen? Wie weit kann man vorpreschen? - ist sehr viel auf der Strecke geblieben.

Es hat zum Beispiel die Zusammenarbeit des Ministeriums - wenn es

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

liberal sein wollte - mit dem Theaterverband erschwert, der in erster Linie eine Interessengründung des ZK der SED gewesen ist. Der Theaterverband wurde ideologisch angeleitet durch die Kulturabteilung des Zentralkommitees und war damit in vielen politischen Entscheidungsfällen der Gegner des Ministeriums. Ganz eindeutig! Der Verband war Instrument der Partei und damit ein Teil der Doppelherrschaft. Er hat das Ministerium für Kultur in wesentlichen Fragen bekämpft. Die berühmte Perspektivkonzeption, die mit dem Verband erarbeitet wurde, um über viele Jahre die Entwicklung des DDR-Theaters festzuschreiben, wurde von der Partei zurückgewiesen. Es wurde dann auf einen Kompromiß hingearbeitet. Das ganze hieß zum Schluß: „Leitlinien einer Theaterpolitik". Ich weiß das deshalb, weil ich der Verfasser der Endfassung gewesen bin. Ich habe hier auch zwei Exemplare mit. Ich würde sie gern ausleihen, um zu zeigen, wie wir 1989 gedacht und geglaubt haben, (sie) sei fortschrittlich. Sie werden heute, wenn Sie das lesen, lächeln. Da in den verschiedenen Bereichen - in der Gewerkschaft, in der Partei, im Theaterverband - es einerseits immer wieder Leute gab, die liberalisieren wollten, und andererseits auch immer wieder Leute, die die alten Prinzipien durchzusetzen versuchten, gab es auch innerhalb der einzelnen Organisationen und Einrichtungen große Meinungsverschiedenheiten. Ich weiß, daß wir an der Perspektivkonzeption Jahre gesessen haben, weil es einfach nicht möglich war, einen Konsens herzustellen; und wenn, dann auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Und der war dann so läppisch, daß man es eigentlich nicht mehr formulieren mußte. Das war dann Null, was da herauskam!

Dieser Interessenkonflikt zwischen Liberalisierung und Behauptung stalinistischer Prinzipien verschärfte sich im Verlauf der achtziger Jahre. Es ist sicher kein Geheimnis, daß die politische Führung der DDR in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre immer unflexibler, immer unbeweglicher wurde. Wir nannten das den Aufstand der alten Männer, weil wir der Meinung waren, daß sich der Parteiapparat immer weniger auf die Probleme und realen Entwicklungen orientierte. Was die führenden Genossen im Auge hatten, müssen virtuelle Wirklichkeiten gewesen sein, sie hatten mit der Realität nichts zu tun. Aus diesem Grund gab es eine immer größere Kluft zwischen dem Parteiapparat, dem eigentlichen Politibüro, dem ZK-Abteilungsleiter und denjenigen, die die Arbeit machen mußten. Es hat sich wenig bewegt, und oftmals brauchte es den persönlichen Einsatz des Ministers für Kultur, um bestimmte Dinge überhaupt auf den Weg zu bringen. Ich denke, was sich im Herbst '89 abge-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

spielt hat, war zum großen Teil unser eigenes Verschulden. Wir waren unbeweglich geworden und fanden keinen Ausweg, keine Lösungen für die Probleme. Wir konnten auch keinen Konsens mehr herstellen.

Wenn ich an die Diskussionen damals denke: Da war der Theaterverband, da war der Zentralvorstand der Gewerkschaft „Kunst", da war die Partei selbst und alle Blockparteien; und dann kam ein Schwanz von Organisationen: der Zentralrat der FDJ ...; mit allen diesen Leuten mußten wir über jeden Satz, den wir über die Theaterentwicklung schrieben, einen Konsens herstellen. Das war ein Unding. Es lief eine Maschine heiß, die nicht mehr geölt, aber hochkompliziert war und deshalb unfähig, noch irgendwas zu produzieren. Der Zusammenbruch der DDR ist zum großen Teil unsere eigene Schuld. Ich bin damit am Ende und würde gern die beiden Exemplare ausleihen. Das ist historisches Material. Als wir fertig waren und es an die Räte der Bezirke verteilt haben, lebte die DDR nur noch zwei bis drei Monate. Es hat keine Wirkung mehr gehabt, obwohl es das Ergebnis von jahrelanger Arbeit einer Heerschar von Wissenschaftlern und Politikern und Funktionären gewesen ist. Ich selbst habe an dem Material ein Vierteljahr gesessen, allein um die Endfassung herzustellen, weil ich mit zwanzig verschiedenen Papieren durch die Gegend gelaufen bin. Datieren würde ich das auf März 89. Das war die Endfassung, die erlaubt war. Wir waren der Meinung, außerordentlich viel durchgesetzt, etwas Großes vollbracht zu haben. Ich habe es mir nochmal angesehen: Sie werden Binsenweisheiten finden, Dinge, über die man lächeln muß, weil die Zeit einfach darüber hinweggegangen ist.

ISABELLE CRIBIER:
Wenn ich Sie recht verstehe, ist die DDR kaputtgegangen, weil die Funktionäre nicht mehr flexibel genug waren. Aber was haben politische Funktionäre in Theatern zu suchen? Das stellen Sie gar nicht in Frage! Sie sagen nur: „Ok, wenn sie ein bißchen flexibler gewesen wären, vielleicht wäre es dann anders gewesen." Aber sie hatten immanent doch da gar nichts zu suchen.

R. ROßNER:
Mit einer Grundausnahme: Es gibt ja auch in der Bundesrepublik sehr viele, die in Theatern etwas zu suchen haben, zumal wenn es um Finanzen geht! Die Subventionen wollen ja vergeben sein. Die Kulturverwaltung des Senates ist pausenlos in den Theatern und kümmert sich darum, wie das Geld ausgegeben wird. So ganz überflüssig ist das nicht ...

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

I. CRIBIER:
Aber es ging um eine politische Zensur. Rainer Roßner hat es schon erwähnt: Früher waren es die politischen Repressionen, und heute ist es das Geld.

D. BAUM:
Ich muß mal dazu sagen: Theater ist Politik! Und es gibt einfach diese enge Verknüpfung. Und insofern haben Politiker...

R. ROßNER:
Wenn Sie die Schwierigkeiten sehen, die Peymann in Wien hat und wie oft er in sein Ministerium laufen muß, um sich Rückendeckung zu holen, nicht nur Geld, auch politische Rückendeckung bei den Politikern, dann können Sie nicht davon ausgehen, daß Politik nichts mit dem Theater zu tun hat! Das geht gar nicht anders! Sehen Sie den Ärger, den Clinch einer Stadtverwaltung beispielsweise mit dem Intendanten in Potsdam, wie oft sich die Stadtverordnetenversammlung in Potsdam mit dem Theater befassen muß - das sind alles Politiker!

SOPHIE KOTANYI:
Es ist ein Unterschied, ob es ein Staatstheater oder ein anderes Theater ist. Wenn Sie in der kapitalistischen Welt auch schlecht bezahlt Theater machen wollen, dann können Sie das auf Ihre Kosten tun; Sie sind schlecht bezahlt, aber es gibt schlicht und einfach keine Instanz, die Ihnen das verbieten kann! In Staatstheatern geht es tatsächlich auch um die Macht, da wird natürlich auch in der kapitalistischen Welt auf das Geld geschaut. Da kann man nicht alles spielen. Aber nicht in dem Ausmaß wie in der DDR, wo jede Theateraufführung eine politische Frage war. Das sind massive Unterschiede. In Deutschland - mir ist das französische Theater nicht so präsent -, in Deutschland ist Staatstheater genauso politisch wie in der DDR. Es wird sehr viel Geld hineingesteckt. Es ist so wie die Oper in Paris. Jedes Staatstheater ist in jeder Stadt in Deutschland wie die Oper in Paris. Und in der Oper in Paris kann auch nicht alles laufen. Es gab viele Auseinandersetzungen, Kündigungen ...

D. BAUM:
Wenn wir uns über DDR-Theater unterhalten, müssen wir uns darüber unterhalten, wie diese Struktur ausgesehen hat. Sie gehen von einer anderen Perspektive aus. Das ist nicht legal, tut mir leid!

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

PUBLIKUM:
Was man wohl legitimerweise machen könnte, wäre, sich das Ergebnis anzusehen und sich zu fragen, auf welchem Wege führen Marktkräfte zu einer ganz bestimmten Theaterlandschaft bzw. was machen sie, wenn sie auf eine gewachsene Struktur treffen. Und natürlich gibt es Ähnlichkeiten zwischen der Wirkung: Es ist kein Geld mehr da, und das Theater ist weg oder ich zensiere das Stück. Das sind vollkommen andere Ursachen, aber manchmal ähnliche Wirkungen.

S. KOTANYI:
Ich halte die Diskussion darüber, was in der Kunst tötet, für nicht unerheblich: das Geld? Der Vergleich ist unglücklich, wenn man behauptet, das Geld sei gleich Ideologie, er ist äußerst unglücklich, weil Ideologie andere Dinge bewirkt als das Geld. Die Ideologie bewirkt eine Kontrolle, die das Geld in der Weise nicht bewirkt.

P. PETRUSCHKA: Es gibt nur leider so viele Ähnlichkeiten zwischen Ost- und Westdeutschland, wenn man sich die Geschichte anschaut. Es gibt zum Beispiel ganz verblüffende Ähnlichkeiten zwischen Kulturauffassungen der westdeutschen CSU und der SED. Das kann ich Ihnen sogar schriftlich nachweisen. Noch ein Wort zu Herrn Roßner, der gesagt hat, daß die DDR an der Unflexibilität der Funktionäre gestorben ist. Die DDR ist gestorben an der Stärke des Kapitalismus oder an der momentan besseren oder besser funktionierenden Struktur, an einem System, das sehr verbesserungswürdig ist, aber nun eben noch funktioniert; das andere hat nicht mehr funktioniert.

S. KOTANYI:
Es ist interessant, daß Sie das jetzt sagen. Seit zweieinhalb Jahren beschäftige ich mich intensiv mit der DDR, und es ist interessant, daß ich erst vor ein paar Wochen oder vor vierzehn Tagen diesen gleichen Satz von Herrn Bauer hörte. Warum sagte er es mir nicht vor zwei Jahren, sondern heute? Ich stelle die These auf, daß es offensichtlich nach so viel Zeit des Grübelns, die Sie von Ende '89 bis jetzt hatten, dieser Gedanke sich nun verschiedenen Schichten von ehemaligen DDR-Bürgern aufdrängt: „Also irgendwie ging es nicht anders, wir waren so unbeweglich, es funktionierte nicht!" Vor zwei Jahren war nur die Nostalgie da: „Es war doch viel schöner, das war schöner und dies war schöner, und das ist jetzt entsetzlich, man kann nicht mehr mitbestimmen" usw. Ein

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

komisches Märchen wurde da erzählt. Der gleiche Mensch erzählt mir zwei Jahre später, daß es so nicht mehr funktionieren konnte. Vorhin hatte ich das Gefühl, ich bekomme eine Verteidungsrede in drei Schichten über das DDR-Theater zu hören, und dachte: 'Mein Gott, warum müssen sie das jetzt machen, was ist los?' Und an dem Punkt haben Sie abgebrochen, aber ich merkte, Sie wollten uns erzählen: „Wie war es doch alles, verdammt nochmal, wirklich gut, was wir da gemacht haben!"

P. PETRUSCHKA:
Es war ja auch gut, das ist ja das Dumme!

D. BAUM:
Ich glaube, es gibt wirklich einen Unterschied, weil das DDR-Theater im Vergleich zu anderen Künsten das Aushängeschild der DDR gewesen ist. Und das ist es nicht umsonst gewesen!

E. WIEGAND:
Es gab zwei Bereiche, mit denen die DDR um ihre politische Anerkennung gekämpft hat, das war der Sport und das Theater. Ich habe, als ich eingeladen wurde, hier teilzunehmen, gleich gefragt: „Sitze ich dann auf der Anklagebank?" Jetzt haben Sie den Eindruck, daß ich mich selber da hingesetzt habe, um mich zu rechtfertigen. Ich muß sagen, ich bin eigentlich froh über den Anlaß, hier zu sprechen, weil es für mich gleichzeitig der Anlaß war, die ganze Theaterverband-Geschichte noch einmal zu überschauen.

Ich bin im siebten Jahr nach seiner Gründung zum Verband gekommen, war zunächst zwei Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Internationale Arbeit tätig und habe dann diese Abteilung als Leiterin übernommen, gehörte also zur mittleren Leitungsebene; die obere Leitungsebene bildeten die wissenschaftlichen Sekretäre und der 1. Sekretär des Verbandes. Ab 1980 habe ich in meiner Abteilung sogenannte „Länderaktive" (Polen, Ungarn, Sowjetunion) aufgebaut und geleitet, also kleine, spezialisierte Arbeitsgruppen, in denen sich interessierte und vor allem mit besonderen Kenntnissen über diese Länder (darunter auch Sprachkenntnisse) ausgestattete Theaterleute, vom Schauspieler und Regisseur bis zum Theaterkritiker und Übersetzer, mit aktuellen Trends und historischen Problemen in Drama und Theater dieser Länder beschäftigten. Zu achtzig Prozent hatte ich in meiner Tätigkeit den Ein-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

druck, etwas sehr Nützliches zu tun, indem ich internationale Arbeit mache und damit Theaterleuten Möglichkeiten schaffe, im Ausland ihre Kollegen kennenzulernen, Inszenierungen zu sehen, an Festivals und Kolloquien teilzunehmen. Und gleichzeitig für Theater-Leute aus diesen Ländern in der DDR ein Programm zusammenzustellen, das ihnen einen Eindruck vom Theater in der DDR vermittelt. Das schloß Festivals ein, aber auch Aufenthalte in Berlin und auch bewußt an Theatern in der Republik - heute würde man sagen: an Provinztheatern -, wo sie eine Woche lang den Theaterbetrieb von unten bis oben erleben, mit allen möglichen Leuten sprechen und das Theater in seinem Beziehungsgefüge mit der Stadt und dem Bezirk kennenlernen konnten. Es ergaben sich aber immer wieder Situationen, wo der Bürokratismus zuschlug, wo es Diskussionen darüber gab: „Soll der ins Ausland fahren oder der oder ein dritter?" Über solche Streitfälle wurde nicht von mir, sondern auf anderer Ebene entschieden, die generell auch die Entscheidung über die Kandidaten für Theaterreisen ins westliche Ausland traf. Ich konnte jedoch Vorschläge und Empfehlungen einbringen und in dringenden Situationen bei Reisen nach Osteuropa mitunter selbst Festlegungen vornehmen.

S. KOTANYI:
Sie sagten: „Das wurde 'oben' entschieden." Ich höre von anderen: „Man konnte gar nichts machen." Oder auch: „ Natürlich, einige wichtige Dinge haben die 'oben' entschieden, das ist klar!" Ich verstehe Ihre Rede auch so: „Wir machten doch eine so gute Arbeit! Warum war das nicht zu halten?" Das ist es doch, was Sie sich fragten. Und ich hörte die Antwort: „Ja, der Verband hatte einfach einen so stark ideologischen Auftrag! Gut: Arbeit hin, Arbeit her; fiel dieser Auftrag weg, mußte das zusammenbrechen." So habe ich es verstanden, ich weiß nicht, ob das so zutrifft.

E. WIEGAND:
Das habe ich am Anfang darzustellen versucht: Der ideologische Auftrag - das war der Punkt, wo die Partei, die den Auftrag gab, wegfiel. Fiel der Auftrag weg und auch noch das Geld, war der Verband hin, konnte nicht mehr existieren. Andererseits hat er sich in der praktischen Arbeit doch sehr stark um die fachlichen, theaterspezifischen Belange der Theaterleute gekümmert. Es war auch nicht so, daß „oben" entschieden und „unten" nur ausgeführt wurde, sondern es gab viele Reibungsflächen. Es wurde viel diskutiert und man hat, je nach Zivilcourage, es durchgehal-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

ten oder irgendwann resigniert; aber die wenigsten haben alles nur hingenommen...

P. PETRUSCHKA:
Na ja! ... Ich würde das schon so sehen!

PUBLIKUM:
Ich sehe das anders!

E. WIEGAND:
Ich rede vom Theaterverband; und es ist hier noch nicht gesagt worden, daß mit der Perestroika, der Zeit ab 1985/86, sich einiges verändert hat. Sie haben es erwähnt: Kritischere sowjetische Stücke wurden gespielt, und es war ja schwierig, ein sowjetisches Stück zu verbieten! In der Perestroika-Zeit fand das aber statt. Im Verband gab es Leute, die gesagt haben: „Wir lesen jetzt einfach mal das Stück, das da verboten worden ist." Nicht der Theaterverband verbot, sondern die Partei.

P. PETRUSCHKA:
Es war ja noch komplizierter! Jahrzehntelang konnte ein Intendant ein sowjetisches Stück auf den Spielplan setzen. Dann wurde er erstmal gelobt, völlig egal, was das für ein Stück war! Als sie aber auf einmal anfingen, bereits in der Vorzeit der Perestroika, das heißt vor 1985, Filme zu machen und Stücke zu schreiben, die so merkwürdig waren, wo manche meinten, das Sowjetische sei in Gefahr, änderte sich alles. Ich habe übrigens vorhin nicht den Eindruck gehabt, Herr Roßner hält als DDR-Bürger eine Verteidigungsrede. Herr Roßner hat etwas ironisch - das ist sein Habitus - über dieses Ministerium geredet, aber er hat sich nicht verteidigt! Und im übrigen finde ich, können sich ein paar DDR- Bürger ruhig verteidigen! So schlimm ist das auch nicht. Es ist vielleicht gar nicht so schlecht!

S. KOTANYI:
Nein, es geht doch um etwas anderes. Wir finden alle das DDR-Theater gut, verstehen Sie! Das Interessante ist ja diese Analyse. Wenn Sie sagen: hier Gründgens, da Brecht, kann ich Ihnen nicht folgen. Ich habe gerade vor zwei Tagen den Film „Mephisto" wieder gesehen. Er stellt Gründgens und seinen Kompromiß mit der Nazi-Zeit gut dar. Es ist nicht sehr überraschend, wenn ein Gründgens meint: „Weiter, weiter!", denn er hat auch während der ganzen Nazi-Zeit weitergemacht. Das war seine persönli-

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

che Ideologie, auf Biegen und Brechen - was auch geschieht, ich spiele Theater! Brecht ist gegangen. Das ist doch ein ganz schöner Unterschied - nicht wahr -, ob man wahrnimmt, was geschieht, oder nicht!

P. PETRUSCHKA:
Aber es sind zwei Leute aus der gleichen Zeit mit sehr unterschiedlichen Sichten.

S. KOTANYI:
Brecht hat die Konsequenz gezogen: „Es wird gemordet, ich gehe! Ich morde nicht mit!" Und Gründgens hat die Mörder unterstützt, indem er geblieben ist und so getan hat, als würde nicht gemordet. Diese Haltung hatte auch ihre Wirkung nach dem Krieg: Der eine, der gesagt hatte: „Es wird gemordet, das kann ich nicht unterstützen", stellt fest, im Theater ist alles neu anzufangen, weil die Nazi-Erziehung tief eingegriffen hatte. Und Gründgens, der alle Kompromisse geschlossen hatte mit allen Lagern ..., das war wirklich ein Wendehals, da habe ich gedacht: 'Aha, eine Wende-Geschichte hat es schon vorher gegeben!' Sie haben die These vorgebracht, wir hätten das gleiche Deutschland, im Grunde wären Ideologie und Geld auswechselbar. Ich weiß nicht, wie man das weiter diskutieren kann, aber mit Gründgens und Brecht funktioniert das für mich nicht, weil es da ganz Entscheidende ...

P. PETRUSCHKA:
Das ist aber etwas anderes! Gründgens und Brecht sind sicher verschiedene Personen mit völlig unterschiedlichen Biographien usw. Mir ging es um diese merkwürdige Einrichtung Theater; für mich ist Theater die Synthese von Kunst überhaupt, die Urform von Kunst. Im Theater sind alle Künste vereint. Der Theaterbetrieb ist, wenn man genau hinsieht, noch komplizierter als der Film. Vielleicht nicht im technischen Sinn, aber im Ablauf. Und diese Einrichtung existiert weiter, sie geht nicht kaputt. Das Fernsehen geht kaputt, die Filmproduktionsfirma geht kaputt, aber das Theater bleibt bestehen. Und es geht übergangslos weiter. Es werden jetzt Stücke gespielt, die vorher nicht gespielt werden konnten, weil sie ideologisch verboten waren oder weil keine Tantiemen, kein Westgeld für sie bezahlt werden konnte. Jetzt kann man das. Aber es gibt auch noch andere Tendenzen. Das Theater - und zwar in ganz Deutschland - ist in großen Schwierigkeiten und versucht, sich deshalb zum Beispiel auf die Jugend zu konzentrieren. Das ist in Ostdeutschland jetzt ganz deutlich. Alle Theater versuchen, Zuschauer unter der Jugend zu

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

gewinnen. Scheinbar funktioniert das auch bis zu einem gewissen Punkt. Aber für mich bleibt die Frage: Wie ist dieses System, das scheinbar pur sozialistisch war, auf einmal ohne Schwierigkeit zu einem anderen übergegangen ...?

PUBLIKUM:
Das Theater ist eine moralische und eben auch eine ästhetische Anstalt, und es gibt offensichtlich für die Institution - für die Bühne, die Leute, die Schauspieler usw. - die Möglichkeit, ganz schöne äußere Wandlungen zu überstehen! Interessant wäre die Frage: Welche ästhetischen Kontinuitäten und Brüche hat es gegeben? Die politischen sind relativ leicht festzustellen. Aber die ästhetischen - das wäre interessant!

S. KOTANYI:
In Berlin haben wir eine Situation, die typisch ist für diesen dezentralen Kapitalismus. In Frankreich ist die Ausbildung zum Beispiel viel besser, weil es zentralistisch ist. Auch in London ist sie besser, weil es zentralistisch ist.

P. PETRUSCHKA:
Besser als wo?

S. KOTANYI:
Als in Deutschland. In Deutschland und in Berlin haben Sie ein unglaublich provinzielles Theater - mit Ausnahme der Schaubühne ...

PUBLIKUM: (Widerspruch)

S. KOTANYI:
Warten Sie mal, ich will kurz erklären, was ich meine. Ich mache gerade ein Seminar, zehn Tage lang, wir haben zwanzig junge Schauspieler; und es ist wirklich zum krank werden, wie schlecht sie sind! Wer ist gut? Drei polnische Schauspieler sind gut. Die aus Berlin, aus Deutschland kommen - eine Katastrophe! Ich spreche jetzt nur von Professionalität und von Provinzialismus. In Berlin ist die Ausbildung schwach. Die Stärke des DDR-Theaters, die Stärke aller ex-sozialistischen (Theater): sie waren zentralistisch. Es fand ein starkes Aussieben statt, man hat aussortiert und eine scharfe, hochsubventionierte Ausbildung gemacht, sehr autoritär, wo man wirklich Gute von Schlechten unterschieden hat. Im Kapitalismus, wo jeder seine Ausbildung bezahlen muß, kommt voran, wer

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

bezahlen kann, und nicht, wer gut ist - manchmal passiert es, daß ein Guter vorankommt, aber nicht unbedingt! Es fehlt dieses ganze System - deshalb ist es kein Zufall, daß Sport und Theater diese Gemeinsamkeiten hervorheben. Vom Sport weiß man, wie ausgesiebt wurde. Warum ist in Berlin das Theater übriggeblieben? Wir hatten einen Senator, der stark am Theater interessiert war, und das DDR-Theater hatte etwas zu bieten.

P. PETRUSCHKA:
Und das Westberliner Theater?

S. KOTANYI:
Dort gab es mehr oder weniger Dilettantismus und ab und zu mal etwas Gutes. Angesichts der DDR-Theater hat sich der Senator gesagt: „Das wird international die Stadt Berlin voranbringen." Das ist ein Politikum! Es gab ein Abwägen: „Was bringt uns weiter und was führt uns aus dem Provinzialismus heraus? „Aber das hat sehr viel mit dem zentralistischen System zu tun, damit, wie die Ausbildung in der DDR war und warum unter einer Länderhoheit in der Kultur im Kapitalismus das nicht möglich ist. Wenn man das so analysiert, hat das nichts mit der DDR und BRD zu tun, sondern sehr viel mit dieser Struktur.

P. PETRUSCHKA:
Was soll das Zentralistische so wesentlich besser gemacht haben, was sollen England und Frankreich so wesentlich besser machen als Westdeutschland?

S. KOTANYI:
Ich bringe Ihnen ein Beispiel: Ich kenne die Ausbildung der Tänzer - ich habe selber mit Tanz angefangen - in Brüssel, in Paris und in Deutschland. In Paris werden an der Oper schon bei den Kindern die Begabtesten ausgewählt. Und auch beim „Bolschoi". Eine derartige Struktur gibt es in Westdeutschland nicht. Es wurde an der Tanzschule in Wuppertal etwas in der Richtung versucht, da gab es eine Tradition. Ansonsten waren die Traditionen nach dem Krieg zerstört. In der DDR hat man sie wieder aufgebaut im Tanz, mit dem „Bolschoi" und mit der Klassik. Moderner Tanz war out; aber man hat in der Palucca-Schule noch ein wenig versucht, etwas aufrecht zu erhalten; Ähnliches ist in Wuppertal entstanden, das war das Lebendigste, was aus der Tradition gerettet wurde. Aber sonst hat man es nicht geschafft, in dieser Dezentralistische-Länderhoheit-Geschichte, in Berlin etwas Neues aufzubauen, im Gegensatz zur DDR.

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Die Palucca wurde zwar sehr stark in die Klassik hineingedrängt. Aber ich will nur sagen: Das Zentralistische ist wesentlich für die Struktur, über die Sie finanziell und organisatorisch verfügen, um Kinder zu entwickeln. Das ist beim Tanz sehr einfach zu erklären, weil es viel mit dem Training zu tun hat. Ich glaube, beim Theater war es ähnlich, sie konnten viel schärfer aussieben und gute Leute ausbilden.

P. PETRUSCHKA:
Wir hatten zum Beispiel an unserem Institut 150 Bewerber; 15 von ihnen wurden in den Eignungsgeprächen ausgesucht. Das waren dann - wenn wir uns nicht geirrt hatten - die 15 Besten aus den 150. Jetzt sind alle 150 da, und die 15 unter ihnen muß man suchen. Das ist schwierig! Das ist richtig: Wenn Sie das zentralistisch nennen ...

E. WIEGAND:
Ich habe mich jetzt im Rahmen meines Forschungsprojektes mit der Theaterhochschule Leipzig beschäftigt. Es gab Planaufgaben; und ein Theater war ebenfalls in diesem Fünfjahrplan eingebunden. Und Planaufgaben bei der Ausbildung hieß eben: 15 Studenten werden als SchauspielerInnen ausgebildet und nicht mehr! Und davon dürfen nur fünf Frauen sein, weil das Theater weniger Frauenrollen zu bieten hat. Sinn und Zweck dieser Limitierung war, daß die SchauspielerInnen, die ausgebildet werden, auch einen Platz am Theater bekommen. Darum hat man sich bemüht, hat die Schule sich bemüht. Es wurde zum Intendanten-Vorspiel eingeladen. Die Dozenten der Hochschule haben sich persönlich dafür engagiert, das richtige Theater für den Schauspieler zu finden. Es gibt in Leipzig eine Spezialisierung, bei der man zwei Jahre lang an der Schule ist, und dann findet weitere zwei Jahre die Ausbildung an einem Theater statt. Das ist beibehalten worden auch nach der Wende. Die Studenten gehen an bestimmte Theater - es sind vier - und sind dort an den Inszenierungen beteiligt, gleichzeitig haben sie weiter Schauspielunterricht sowie theoretische Kurse und sind dadurch viel besser vorbereitet auf den Theaterbetrieb. In Leipzig ist die Studentenzahl im Fach Schauspiel auch nicht so gigantisch gewachsen, im Gegensatz zur Theaterwissenschaft, wo jetzt 300 Studenten sind! Die Dozenten versuchen, nach wie vor ein Stückchen sehr persönlicher Betreuung fortzuführen, weil sie wissen, daß es ein besseres Ergebnis bringt.

P. PETRUSCHKA:
Na sicher, die wenigen sind natürlich besser zu betreuen, das ist logisch!

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

Ich meine, die 40 Jahre DDR (und das hat nichts mit Verteidigung zu tun) können eine lehrreiche Erfahrung sein. Das gab es bisher nur einmal auf der Erde, daß 17 Millionen Menschen - ein kulturell, ökonomisch usw. relativ hochentwickeltes Gebiet in Europa - 40 Jahre lang einen Weg gingen, der als lichtes Ziel bereits in der Französischen Revolution und noch früher aufgetaucht ist. Nun ist das schief gegangen. Dennoch sollte man - glaube ich - im Interesse der weiteren Menschwerdung auf dieser Erde sehen, was vielleicht an diesem Experiment brauchbar war. Eigentlich müßten wir alten DDR-Bürger vom Rest der Welt eine große, dicke Prämie dafür bekommen, daß wir uns für diesen Lebendigversuch 40 Jahre lang zur Verfügung gestellt haben.

R. Roßner:
Jemand hat das mal einen Tierversuch genannt.

P. Petruschka:
Es müßte jedenfalls für Leute, die Anthropologie betreiben, von Bedeutung sein. Im Moment herrscht in den Medien Bösartigkeit und eine gewisse Verunglimpfung vor.

Publikum:
Siegergeschichtsschreibung! Das ist ja klar, das ist die erste Phase; das wird sich im Lauf der Zeit objektivieren.

R. Roßner:
Wir hatten eine Reihe sehr sinnvoller und sehr nützlicher Geschichten. Zum Beispiel mit den Studenten. Es gab regelrechte Absolventen-Einsatz-Kommissionen. Nicht irgendwelche Dozenten; richtig staatlich geleitete Kommissionen, die entschieden: Wer geht wo hin, welcher Schauspieler, welcher Musiker, welcher Tänzer geht an welches Theater? Es gab Vorspiele vor den Intendanten, und danach traf sich die Kommission und hat nächtelang debattiert: Ist dieser Student reif genug für Rostock oder muß er nach Döbeln?

S. Kotanyi:
Und warum sind solche Leute wie Manfred Krug gegangen?

Publikum:
Sie haben völlig recht. Wie kam es, daß besonders gute Leute, oder jedenfalls nicht die schlechtesten, weggingen?

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

R. Roßner:
Ich würde dazu gern etwas sagen, weil die vielen Anträge auf Ausreise in vielen Fällen auf unseren Tischen im Ministerium für Kultur landeten - Anträge für Urlaubsreisen oder für Arbeitserlaubnisse in Westdeutschland oder auch Ausreiseanträge. Es waren hunderte und aberhunderte, gerade in den letzten Jahren. Bei den Künstler waren es im allgemeinen andere Motive als bei der übrigen Bevölkerung: Viele von diesen waren ja Wirtschaftsflüchtlinge. Bei den Künstlern ging es dagegen wesentlich um die Freiheit, vor allem die Freiheit der Kunst. Wir haben ja selber darunter gelitten, daß wir von den Etagen über uns oder durch den Parteiapparat gegängelt wurden; die Gängelei, das Verbieten, die Zensur, das alles hat viele Leute außer Landes getrieben. Bei den Künstlern standen meistens keine wirtschaftlichen Gründe im Vordergrund.

D. Baum:
Das berührt meiner Meinung nach eines der Mißverständnisse, das deutlich wurde, als Sie darüber sprachen, warum das Theater weiter gespielt (hat), und das jetzt wieder bei der Frage auftaucht, warum die Leute gegangen sind. Es hat zu tun mit der Sehnsucht nach Freiraum für die Kunst, nach Freiheit, nach demokratischen Verhältnissen. Deshalb haben sie weiter gespielt, deshalb ist die DEFA abgewickelt worden, deshalb sind die Medienanstalten abgewickelt worden, denn sie waren ja wirklich Ideologieträger. Und zwar in viel schärferem Maße, als es das Theater je war. Es besteht ein Mißverhältnis insofern, als das Theater in den kapitalistischen Strukturen überhaupt keinen politischen Wert hat, aber natürlich für die Leute, die gegangen sind, und sicher für uns alle, die wir hier darüber reden, diesen politischen Stellenwert hatte, und zwar sowohl für die Macher, als auch auf der Kehrseite für die Partei, die Zensur ...

P. Petruschka:
Aber jetzt herrscht bei uns eine Meinung: „Nun haben wir nicht mehr diesen politischen Stellenwert, weil wir alles sagen können, nun braucht das nicht mehr über das Theater vermittelt zu werden, jetzt ist das Sache der Medien und von sonstwer; nun muß sich das Theater ästhetisch neu formieren, sich neu finden."

D. Baum:
Theater ist keine Gefahr mehr für diese Gesellschaft.

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

PUBLIKUM:
Kunst überhaupt nicht mehr!

E. WIEGAND:
Wenn man jetzt im Theater sitzt, erlebt man als Zuschauer und auch als derjenige, der auf der Bühne steht - das haben etliche Schauspielerinnen in Interviews beschrieben -, eine ganz andere Art von Kommunikation zwischen Zuschauerraum und Bühne. In der DDR reagierte man auf Wörter, auch auf das, was nicht gesagt wurde, was zwischen den Zeilen zu hören war; das merkten die Schauspieler sofort und reagierten entsprechend. Jetzt beschreiben die SchauspielerInnen, daß sie manchmal überhaupt nicht wissen, wer da unten sitzt und wie sie das aufnehmen. Dann sind sie erstaunt darüber, daß am Ende ein Riesenapplaus mit Bravo-Rufen kommt; das haben sie die ganze Vorstellung über nicht erwartet! Im DDR-Theater konnten sie das erwarten wegen der Reaktionen während der Aufführung. Sie sagten, die Theater haben weiter gespielt - natürlich: Die Häuser bestehen weiter, die Ensembles bestehen mehr oder weniger so weiter in ihrer Struktur; aber dennoch gehe ich jetzt in ein anderes Theater als vorher.

P. PETRUSCHKA:
Wir leben ja auch in einem anderen Land.

E. WIEGAND:
Natürlich lebe ich auch in einem anderem Land. Man muß neue Reibungsflächen finden, auch für das Theater, weil so viel weg ist, woran man sich vorher gerieben hat. Das ist völlig klar. Und das Publikum hat sich gewandelt. Das Deutsche Theater hat jetzt 90 Prozent Besucher aus Westberlin und nicht mehr das ehemalige Ostberliner Publikum. Das wird sehr wohl registriert, und es werden auch andere Ansprüche gestellt; wir haben eine soziologische Befragung gemacht, die darüber Auskunft gab. Es hat sich eine Menge geändert. Und für jeden einzelnen kam eine Masse von Problemen so ruckartig, das man das gar nicht so schnell verarbeiten konnte. Es wird noch sehr lange Zeit brauchen. Zunächst hat man vielleicht - mir ging es so - aufgeatmet, andererseits aber sehr wohl gespürt, was da verloren ging. Immerhin: 40 Jahre haben wir in diesem Land gelebt und - ich meine - nicht nur Mist gebaut! Und mit den 40 Jahren sind wir die geworden, die wir sind. Dann ist das weggebrochen! Damit bricht ein Stück von einem selber weg! Und dazu kommt die Siegermentalität, die uns immer wieder sagt: „Ihr seid nichts!" Und erst

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy

mit der Zeit wagt man sich auch an diese wunden Punkte, wo es immer wieder weh tut, und kommt dann vielleicht zu einer objektiveren Betrachtung und sagt: „Gut, das so und das so!“ Und das Emotionale kann ein wenig zurückgedrängt werden. Aber ich denke, man muß sehr differenziert abwägen: Was war da gut und was war nicht gut.

http://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00461237/fr/
oai:hal.archives-ouvertes.fr:hal-00461237_v1
Contributeur : Eliane Daphy